

Preußische Allgemeine

Nr. 42 · 16. Oktober 2020

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Einzelverkaufspreis: 2,90 €



Angriff auf Hohenschönhausen

Wie interessierte Kreise versuchen, einen authentischen Ort der Erinnerung an das Unrechtssystem der DDR zu diskreditieren **Seite 3**



Nachruf Zum Tode des märkischen Schriftstellers Günter de Bruyn **Seite 9**



Gezielte Tötungen Wie es die Führungsmacht USA damit hält **Seite 11**

CORONA-MASSNAHMEN

Die Kritik nimmt zu

Undurchsichtige Maskenpflichtregeln an belebten Orten in Großstädten erzürnen die Gemüter. In Hamburg etwa gilt in zehn Straßenabschnitten tageszeitlich unterschiedlich begrenzt eine Maskenpflicht. Dazu drohen Sperrstunde, Alkoholverbot und höhere Strafen für Verstöße gegen die behördlich angeordneten Corona-Auflagen. Gegen die oft willkürliche Regelungswut von Politik und Behörden regt sich nicht nur der Widerstand der betroffenen Hotel- und Gaststättenbetriebe. Inzwischen melden sich vermehrt auch Ärzte und Epidemiologen kritisch zu Wort.

Bundesärztekammer-Chef Klaus Reinhardt hält die Oberflächendesinfektion für überflüssig, da inzwischen bekannt sei, dass die Übertragung von Corona ausschließlich über den Luftweg und nicht über Schmierinfektionen stattfindet. Der leitende Epidemiologe des Helmholtz-Zentrums für Infektionsforschung, Gérard Krause, kritisiert Sperrstunden und Alkoholverbot. Er setzt auf einen besseren Schutz der Risikogruppen, der Ausgang der Pandemie werde in Altersheimen entschieden. Anders als zu Beginn der Pandemie müsse jetzt die Abmilderung des Schadens im Mittelpunkt stehen.

Kritik üben vermehrt auch Hausärzte, die nicht zuletzt durch die Warn-App und widersprüchliche Maßnahmen verunsicherte Patienten sowie Reiserückkehrer um schnelle Tests nachsuchen. Die Kapazität vieler Praxen sei bereits ausgelastet, so der Bundesvorsitzende des Hausärztesverbandes, Ulrich Weigelt. **MRK**

POLITIK

Auf das Scheitern folgt die Brechstange

Ein Gesetzentwurf zum Schutz der „erneuerbaren Energien“ zermürbt das Vertrauen in den demokratischen Rechtsstaat

VON HANS HECKEL

Die Fülle der Fakten, die das krachende Scheitern der deutschen „Energiewende“ belegen, ist längst erdrückend, wirtschaftlich und technologisch ebenso wie ökologisch. Die Deutschen zahlen die höchsten Strompreise weltweit, 32,10 Euro pro Kilowattstunde sind es laut dem Vergleichsportal Verivox. Der globale Schnitt liegt bei 12,22 Euro. Der Grund ist, dass die „erneuerbaren“ Energieträger vollkommen unwirtschaftlich sind und hauptsächlich von Subventionen leben.

Die Stromversorgung wird zudem immer unsicherer, je mehr Wind- und Solarstrom die fossilen und nuklearen Energieerzeuger auf den Willen der Politik hin verdrängen. Hinzu kommen Landschaftszerstörung, Massenvernichtung von Vögeln, Fledermäusen und Insekten sowie die gesundheitlichen Folgen für die Menschen in der Nachbarschaft von Windrädern – es ist ein Desaster, das eigentlich ein dringendes Umsteuern erfordert.

Doch stattdessen verbeißt sich die schwarz-rote Koalition unter Beifall der Grünen nur noch tiefer in ihr ideologisches Projekt. Einem Gesetzentwurf der Bundesregierung zufolge soll „die Nutzung erneuerbarer Energien“ in den Rang nationaler Sicherheitsinteressen erhoben werden. Ein schlechter Witz, denn gerade wegen dieser Energieträger wird die nati-

onale Sicherheit der Energieversorgung Schritt für Schritt untergraben. Doch darum geht es nicht: Mit dem neuen Gesetz sollen Einsprüche gegen den Bau neuer Wind- und Solarkraftanlagen erheblich erschwert, wenn nicht möglichst abgewürgt werden. Denn mit dem Argument der „öffentlichen“, also nationalen Sicherheit ist Widerspruch weitaus leichter vor Gericht zu ersticken, da sind sich die Fachleute einig.

Das Gesetz kommt just in dem Moment, da die Windkraft in einer tiefen Krise steckt. Ein erheblicher Teil der Windräder fällt zum 1. Januar aus der staatlichen Förderung, ist aber, da vollkommen unrentabel, ohne diese Zuschüsse auf Kosten der Bürger nicht lebensfähig. Da eilt nun die Politik der Branche mit dem neuen Gesetz zu Hilfe, um das Scheitern ihres eigenen Projekts zu kaschieren.

Ein altbekanntes Muster

Hinter dieser Art des Vorgehens scheint ein Muster hervor, das schon beim Euro oder der Asyl- und Einwanderungspolitik sichtbar wurde. Die Politik formuliert ideologische Ziele und verspricht dem Volk zunächst, dass alle davon profitieren würden und klare Regeln gälten. Wer ein Scheitern vorhersagt, wird als Panikmacher stigmatisiert.

Tritt das Scheitern dann zutage, verbiegt die Politik die Regeln entweder bis zur Unkenntlichkeit oder schießt noch

mehr Steuergeld nach. In dem vorliegenden Fall soll zudem von vornherein jedweder Protest niedergewalzt werden mit dem Hinweis auf die angeblichen nationalen Sicherheitsinteressen.

Dieses brachiale Durchregieren, von schweigenden Parlamenten durchgewinkt, zermürbt das Vertrauen der Bürger in den demokratischen Rechtsstaat. Viele werden den Eindruck gewinnen, dass ihr Staat zur Beute mächtiger Einflussgruppen verkommen ist, die meinen, dass Regeln und Bürgerrechte nur lästige Hindernisse darstellen, die es abzuräumen gilt, sobald sie den Zielen im Wege stehen.

Doch dieses Spiel ist riskant, zumal in einer Zeit, da sich in der Kritik an den Einschränkungen von Bürgerrechten im Zuge der Corona-Maßnahmen ohnehin ganz neue Koalitionen im Volk gezeigt haben. Protestbündnisse, denen mit dem alten Stigmatisierungshammer nicht mehr beizukommen ist, wie die „Querdenken“-Demonstrationen gezeigt haben. Bewegungen, die gezeichnet sind von einem tief sitzenden Misstrauen gegen die „Herrschenden“. Ein Misstrauen, das in jüngster Zeit offenbar an gesellschaftlicher Breite gewonnen hat.

„Querdenken“ hat offengelegt, wie schnell Protest aus ganz unterschiedlichen Richtungen zueinanderfinden kann. Jeder zusätzliche Funke kann also eine Breitenbewegung auslösen. Auch ein aberwitziges Energiegesetz.

IN DIESER AUSGABE

Deutschland

Lafontaine begeht erneut Tabubruch: Gemeinsamer Auftritt mit Thilo Sarrazin **Seite 4**

Berlin

Räumung der Liebigstraße 34: Linkspartei sympathisiert mit den Besetzern **Seite 5**

Das Ostpreußenblatt

Kreisverkehr in Heilsberg erhält den Namen eines deutschen Pfarrers **Seite 13**

Lebensstil

Pferdebegeisterung: Der Trakehner-Herbstmarkt in Neumünster **Seite 21**



Lesen Sie die PAZ

auch auf unserer Webseite **paz.de**



4 191814 302902 42
ZKZ 05524 – PVST. Gebühr bezahlt

KAUKASUS

„Jeder Tag kann der letzte sein“

Interview mit Viktor Wuchrer, deutschstämmiger Oberstleutnant i.R. der armenischen Streitkräfte, zum Krieg um Bergkarabach

Viktor Wuchrer wurde 1949 während der Deportation der Russlanddeutschen in Tscheljabinsk in Sibirien geboren. Der Vater war Katharinenfelder aus dem Kaukasus, die Mutter Wolgadeutsche. Mit ihnen zog er 1956, da sie nicht mehr in ihre Heimat Katharinenfeld in Georgien zurück durften, nach Noyemberyan in Armenien. Er ist mit einer armenischen Germanistin verheiratet und Autor zahlreicher Bücher zur Geschichte des Kaukasus und der dortigen Deutschen. 1983 hat er an der Lomonossow-Universität in Moskau in Chemie promoviert. Nachdem Armenien die Unabhängigkeit erlangt hatte, wurde er nicht nur Vorsitzender der Vereinigung der Armeniendeutschen „Teutonia“, er begann 1998 auch noch eine Karriere in der Armee Armeniens, wo er es bis zum Oberstleutnant brachte. Als solcher war er bis zu seiner Pensionierung vor einigen Jahren auch an Missionen der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) in seinem Land beteiligt.

Herr Wuchrer, weshalb kommt gerade jetzt dieser Krieg um Bergkarabach, nachdem der Waffenstillstand 26 Jahre mehr oder weniger gut oder schlecht gehalten hatte?

Der Konflikt um Karabach ist schon sehr alt. Er stammt aus der Stalinzeit, als es in der Sowjetunion erstmals eine Teilrepublik Aserbaidshans gab, Armenien gibt es ja als Staat schon seit 4000 Jahren. Stalin hat Aserbaidshans Karabach geschenkt, obwohl dort fast keine Aserbaidshaner leben. Als nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion 1991 sich erstmals ein unabhängiger Staat Aserbaidshans gebildet hatte, proklamierten die Karabach-Armenier auch den Staat Karabach. Diesen Unabhängigkeitswillen der Karabacher hat Aserbaidshans nicht anerkannt. Aserbaidshans allein hätte es jedoch nicht gewagt, jetzt allein militärisch gegen Karabach und Armenien vorzugehen, denen steckt noch die Niederlage von 1994 in den Knochen. Erst die unkonditionierte Beistandszusage der Türkei und die enorme technische Aufrüstung durch Israel und Russland haben die Aserbaidshaner dazu verleitet, jetzt mit Rückendeckung Erdogans loszuschlagen.

Was könnte Erdogan veranlasst haben, gerade jetzt, nach vier anderen Konflikten, auch seinen vielleicht heißesten und gefährlichsten mit Armenien zu riskieren?

Die Türkei fühlt sich, nachdem sie bei vielen Konflikten die Oberhand behalten hat, in Syrien, Irak, Libyen, Zypern und gegen Griechenland, sehr stark. Deshalb hat Erdogan jetzt das totale Beistandsversprechen an den Präsidenten Aserbaidshans Alijew und somit grünes Licht gegeben. Die Türkei war sehr erschrocken, als sie 1991 plötzlich einen Staat Armenien und nicht mehr die Sowjetunion als Nachbarn hatte. Ein Staat kann sehr viel besser auf internationaler Ebene Gerechtigkeit für das Menschheitsverbrechen, das den Armeniern 1915 von den Osmanen angetan wurde, einfordern. Für Erdogan war es auch eine Art Entlastung, jetzt die Aserbaidshaner loszuschicken, denn diese, mit denen die Armenier in der Sowjetzeit eigentlich gut zusammengelebt haben, müssen nicht das Trauma eines uneingestanden Völkermords verarbeiten, das die Gewissen unbewusst zerfrisst. Seine Gewissensbisse bekämpft Erdogan mit weiteren Drohungen, bis hin zu der Drohung, den Genozid von 1915 zu vollenden. Aserbaid-

shaner und Türken sprechen zwar dieselbe Sprache, aber die Aserbaidshaner sind Schiiten und die Türken Sunniten. Die alevitischen Schiiten in der Türkei zum Beispiel hatten sich 1915 nicht am Völkermord beteiligt, sie haben sogar Armenier gerettet.

Erdogan hat seinen Einsatz an der Seite Aserbaidshans auch mit dem Vorhandensein kurdischer PKK-Kämpfer in Armenien begründet. Ist da etwas dran?

Dies war ein Ablenkungsmanöver. Hier in Armenien leben viele Überlebende von Völkermorden, darunter sind neben Assyren und Aramäern und Pontosgriechen auch die kurdischen Jesiden, also keine Muslime, die vor den Verfolgungen im Osmanischen Reich schon vor 200 Jahren hierher geflüchtet sind und sich heute auch als Staatsvolk fühlen und ihren armenischen Militärdienst leisten. Aus ihnen hat Erdogan jetzt PKK-Terroristen herbeiphantasiert.

Wer sind die radikal-islamischen Söldner, die Erdogan vor allem aus Syrien an die Front nach Karabach schickt? Welche Rolle spielen sie im derzeitigen Krieg?

Die irregulären islamistischen Hilfstruppen der Aserbaidshaner aus Syrien, Libyen und die Uiguren aus China sind leider keine Einbildung. Die ersten sind bereits gefallen und identifiziert worden. Auch Macron hat sie erwähnt. Zwei französische Journalisten an vorderster Front haben sie selbst gesehen. Erdogan, der sie vermittelt hat, wie in Syrien und Libyen, hat damit sein wahres Gesicht gezeigt, dass er nämlich im Grunde der große Förderer des islamistischen Terrors ist, der dabei ist, die ganze Welt zu befallen. Wir Armenier kämpfen im Grunde jetzt nicht mehr bloß für unser Land, sondern auch für eine Zivilisation der Menschlichkeit gegen die Herrschaft des menschenverachtenden islamistischen Terrors, der dank Erdogan die ganze Menschheit bedroht. Deshalb hat der heutige Kampf der Armenier eine ganz andere Dimension als 1915. Aber auch damals haben irreguläre Hilfstruppen, die Basi Bozuk („Halsabschneider“) der osmanischen Armee, die aus Kriminellen bestand, bereits die Dreckarbeit beim Genozid an den Armeniern gemacht.

Wie gut ist Armenien jetzt auf einen monatelangen Abnutzungskrieg vorbereitet?

1994 war die Kampfkraft der aserbaidshanischen Armee sehr schwach. Viele Soldaten des jungen Staates sind einfach weggelaufen, weil auch sie von der hohen Moral und Kampfkraft der Armenier nach dem Genozid wussten. Im jetzigen Krieg spielt jedoch Technik die Hauptrolle. Da ist das kleine Armenien Aserbaidshans fast eins zu zehn unterlegen. Noch viel mehr, wenn man die Türkei dazu zählt, die ja faktisch schon mitkämpft. Armenien hat alte meist sowjetische Waffen und Aserbaidshans moderne Waffen aus Russland, Israel und der Türkei, und von dort auch Waffen aus Deutschland. Armenien hat außerdem keine Verbündeten. Wenn Russland nicht hilft, kann jeder Tag der letzte sein.

Welchen Rückhalt hat Premierminister Nikol Paschinjan, und warum nimmt er die Vermittlungsbemühungen anderer Staaten nicht an?

Paschinjan will Armenien weg von Russland führen. Obwohl Armenien zusammen mit Russland und vier weiteren ehemaligen Sowjetrepubliken zur „Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit“ gehört, einer Verteidigungsunion wie die NATO, hat Paschinjan bisher, anders als Lukaschenko, keine

russische Hilfe angefordert. Paschinjan ist sehr träge. Er hat zwar seinen Vorgänger Koscharjan, der wegen Korruption im Gefängnis saß, entlassen, aber er wartet zu lange ab, obwohl es jeden Tag hohe Verluste gibt.

Wie wird in Armenien die Tatsache wahrgenommen, dass die Nachkommen der Völkermörder von 1915 jetzt wieder das armenische Volk angreifen und aus historischen Siedlungsgebieten vertreiben?

Die Armenier haben ein langes Gedächtnis. Der Genozid von 1915 prägt auch heute noch das Land und seine Erinnerung. Fast alle verlorenen armenischen Städte und Orte vom heutigen Staatsgebiet der Türkei wurden in Armenien an anderer Stelle neu aufgebaut. Vor allem der Ort „Musa Dagh“ bei Eriwan, benannt nach dem Mosesberg bei Antiochia, wo Armenier monatelang einer hundertfachen Übermacht von osmanischen und deutschen Militärs beim Völkermord standgehalten haben, ist zu einem nationalen Symbol für den legendären Durchhaltewillen der Armenier geworden.

Viele setzen sich jetzt für Armenien ein, vor allem Russland, Frankreich und auch die USA. Welche Hilfe sehen die Armenier als die wichtigste?

Amerika hat die Kurden in Syrien im Stich gelassen, obwohl diese ihnen geholfen hatten beim Kampf gegen den IS. Das hat man hier in Armenien nicht vergessen. Frankreich hat zwar beim ersten Genozid viele Armenier aufgenommen, Macron spricht zwar manchmal als einziger EU-Politiker auch Klartext mit Erdogan, aber verlassen können sich die Armenier nur auf Russland, weil Russland als einziger Staat hier auch Militärstützpunkte hat. Aber auch Moskau wird nur eingreifen, wenn es sonst nicht mehr geht und wenn es genügend Gegenleistungen von Armenien bekommt.

Zu denjenigen, die Aserbaidshans mit modernen Waffen ausgerüstet haben, die jetzt zum Einsatz kommen, gehört auch Israel, ein Volk, das selbst einmal Opfer eines Völkermords war. Wie sieht man das in Armenien?

Von Israel sind die Armenier am meisten enttäuscht, weil durch die israelischen intelligenten Drohnen und israelische Raketen der meiste Schaden angerichtet wird. Dadurch, dass Israel solche Waffen an Staaten liefert, die sich im Kriegszustand befinden, hat es sich eines Verbrechens schuldig gemacht. Die Erinnerung, dass Israel und Armenien bereits Opfer eines Völkermords waren, steht da zurück, denn Israel hat daraus wohl nichts gelernt. Armenien hat seinen Botschafter bereits aus Israel abgerufen.

Wie könnte ein Waffenstillstand zustande kommen, welche Rolle spielt die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa eigentlich noch?

Die OSZE sollte eigentlich den Waffenstillstand kontrollieren, aber deren Beobachter an der Demarkationslinie sind bereits nach dem ersten Schuss geflüchtet. Sie konnten nicht sagen, wer den ersten Schuss abgegeben hat. Deshalb behaupten jetzt sogar die Aserbaidshaner, Armenien hätte den Krieg angefangen, obwohl Armenien überhaupt kein Motiv oder Grund hatte, ihn zu beginnen.

Das Interview in deutscher Sprache per Skype führte Bodo Bost.



Die Diskriminierung der Deutschen in der Sowjetunion verschlug ihn nach Armenien: Viktor Wuchrer

Foto: privat

Aserbaidshans und Armenien im Vergleich

Aserbaidshans hat mit zehn Millionen dreimal so viele Einwohner und ist geographisch dreimal so groß wie Armenien. Allerdings hat Armenien 1994 etwa ein Fünftel des Territoriums von Aserbaidshans, darunter drei Viertel des Gebietes der autonomen Region Bergkarabach, besetzt. Zwischen 1988 und 1994 haben 300.000 Aserbaidshaner Armenien und 300.000 Kurden das zwischen Bergkarabach und Armenien liegende Rote Kurdistan nach der Besetzung durch Armenien verlassen. Zur selben Zeit haben nach Pogromen 500.000 Armenier Aserbaidshans,

vor allem die Städte Sumgait, Baku und die Exklave Nachitschewan, verlassen. Die größten Minderheiten in beiden Ländern sind heute, nach dem ethnischen Ausgleich, die Kurden. Im Vielvölkerstaat Aserbaidshans bilden muslimisch-sunnitische Kurden fünf Prozent der Bevölkerung und in Armenien jesidische Kurden etwa einen Prozent der Bevölkerung. Das Bruttonationaleinkommen pro Kopf ist in Aserbaidshans, infolge eines großen Rohstoffreichtums, um ein Fünftel höher als in Armenien, das wirtschaftlich am Tropf der Auslandsarmenier hängt. BB

Geplante Zersetzung

Vor wenigen Tagen enthüllte die „Welt am Sonntag“, dass Hubertus Knabe bei seiner Entlassung als Leiter der Stasi-Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen vor zwei Jahren Opfer einer Intrige wurde. Der Vorgang zeigt, dass es beim „Fall Knabe“ nicht um die Arbeit des langjährigen Direktors geht – sondern um die Beschädigung einer unbequemen Institution

VON VERA LENGSFELD

Die Gedenkstätte in der ehemaligen Zentralen Untersuchungshaftanstalt der Staatssicherheit in Berlin-Hohenschönhausen ist ein erfolgreiches Projekt der ehemaligen politischen Gefangenen der DDR. Das Gefängnis war auf keinem Stadtplan verzeichnet. Es blieb den Augen der Öffentlichkeit weitgehend verborgen, weil es von einem eingezäunten Sperrgebiet umgeben war. Die Straßen, die zum Gefängnis führten, waren mit eisernen Rollläden versperrt. Große Schilder wiesen darauf hin, dass Fotografieren verboten sei. Ein zufälliger Fußgänger, der aus der Ferne bei geöffnetem Rolllad einen Blick auf ein weiteres eisernes Tor und stacheldrahtbewehrte Mauern werfen konnte, wusste nicht, was er sah. Es hätte sich um eine Einrichtung der Polizei, der Volkssarmee oder der Westgruppe der Sowjetischen Streitkräfte handeln können.

Stasi wollte ihre Spuren verwischen

Auch die Gefangenen, die hier landeten, wussten nicht, wo sie sich befanden. Sie kamen gefesselt in Dunkelzellen der Transporter an und verließen sie erst in der sogenannten Schleuse, einer Art Garage, die mit einem weiteren Rolllad verschlossen wurde. Ich habe ehemalige Mitgefangene getroffen, die tatsächlich erst nach der Vereinigung aus ihren Akten erfahren haben, dass sie in Hohenschönhausen gewesen sind.

Es handelte sich um eine perfekte Isolationshaft. Das ganze Regime war so organisiert, dass die Gefangenen einander nie sahen, außer die Stasi wollte es. Wenn man nach Tagen endlich einen Zellengefährten bekam, handelte es sich oft um einen Spitzel. Das waren entweder Gefangene, die mit der Staatssicherheit kooperierten, um Strafnildderung zu erlangen, oder, wie in meinem Fall, verkleidete Stasi-Leute, die trainiert waren, Informationen zu bekommen. Die Untersuchungshaft konnte sich wochen- oder monatelang hinziehen. Es gab weder Radio noch Fernsehen, keinen Kontakt zur Außenwelt, Bücher nur, wenn man auf die Idee kam, welche zu verlangen. Durch die Glasbausteine der Fensteröffnungen kam etwas Licht in die Zelle, von der Umgebung sah man nichts, auch nicht beim Freigang, der in einer Freiluftzelle absolviert werden musste, die doppelt mannshohe Mauern hatte und von einem eisernen Steg überquert wurde, auf dem bewaffnete Posten patrouillierten.

Während der Friedlichen Revolution wurden die Stasi-Zentralen gestürmt und aufgelöst, die Gefängnisse aber vergessen. Erst nach der freien Volkskammerwahl erinnerte ich mich als Abgeordnete daran, dass mir nun Zugang zu den Haftanstalten gewährt werden musste. Ich verlangte im April 1990, das Gefängnis zu besichtigen. Es war ein Erlebnis der dritten Art, denn die Wärter, die mich noch als Gefangene durch die Gänge geschleucht hatten, mussten mir jetzt alles zeigen.

Verwischte Spuren

Ich staunte über die einfache dreiflügelige Konstruktion des Gebäudes. Als Gefangene war ich nie direkt von A nach B geführt worden, sondern treppauf, treppab, um viele Ecken, sodass ich die Orientierung verlor und das Gefühl bekam, mich in einer Art Labyrinth zu befinden.

Die Zellen sahen ganz anders aus, als ich sie erlebt hatte. Wir hatten nur eine Holzpritsche mit erhöhtem Kopfteil, das zur Tür zeigte, über der in regelmäßigen Abständen über Nacht immer wieder eine grelle Lampe aufleuchtete. Die einzig erlaubte Schlafposition war, auf dem Rücken, mit den Händen sichtbar auf der Decke, zu liegen. Es gab noch ein Holztischchen, einen Hocker, einen kleinen



Vom Ort des Terrors zum Ort des Erinnerns an das Unrechtssystem des SED-Staats: Die Gedenkstätte Hohenschönhausen in der ehemaligen Zentralen Untersuchungshaftanstalt der DDR-Staatssicherheit

Foto: Mauritius

Wandschrank für die Waschutensilien: Seife, Zahnpasta, Zahnbürste, Zahnputzbecher, Handtuch. Das war alles.

Jetzt sah ich richtige Metallbetten, Schränke für die persönlichen Sachen der Gefangenen, Radios, Fernseher, Plattenspieler, Bücher, Zeitschriften, Kartenspiele. Auch die Freiluftzellen existierten nicht mehr. Stattdessen gab es einen Freigangshof mit Bänken und Blumenkübeln. Die Dunkelarrestzellen waren mit Gerümpel vollgestopft, sodass man nichts erkennen konnte. Das stellte sich später als Glück heraus, denn die Stasi vergaß, die Wandverkleidung zu demontieren, sodass die Zellen im Originalzustand erhalten blieben.

An den Veränderungen wurde deutlich, dass die Stasi bemüht war, ihre Spuren zu verwischen und ihre Haftanstalt wie ein gewöhnliches Gefängnis aussehen zu lassen.

Umwandlung in eine Gedenkstätte

Erst am Tag nach der Vereinigung wurde das Gefängnis geschlossen. Dann stand es einige Jahre leer. Zum Glück gab es die Antistalinistische Aktion Berlin-Normannenstraße e.V. (ASTAK), die im Sommer 1990 von Mitgliedern des Bürgerkomitees und Bürgerrechtlern, die an der Auflösung der Stasizentrale beteiligt waren, gegründet wurde. Die ASTAK hatte es sich zur Aufgabe gemacht, mit dem Aufbau der Forschungs- und Gedenkstätte Normannenstraße (später in Stasimuseum umbenannt) zu beginnen. Da sich im vereinten Deutschland keine staatliche Institution zuständig fühlte, übernahm die ASTAK auch die Trägerschaft des Museums.

Schon 1991 kam die Idee auf, auch die ehemalige Stasi-Haftanstalt einzubeziehen. Jörg Drieselmann, der Chef der ASTAK, vereinbarte mit der Verwaltung in Hohenschönhausen, dass er Schlüssel zu der Anlage bekam, um dort Führungen von ehemaligen politischen Gefangenen abhalten zu können. Diese Führungen wurden schnell ein beeindruckender Erfolg. Besonderer Anteil daran hatten Gerhard „Charly“ Rau, der 17 Jahre inhaftiert gewesen war, sowie der Psychologe und Hochschullehrer Hans-Eberhard Zahn, der schon in den 50er Jahren in die Fänge der Stasi geraten war und sieben Jahre im Zuchthaus saß. Charly machte sich gemeinsam mit einem anderen politischen Gefangenen, der

aber nicht genannt werden will, auf die Suche nach dem Originalmobiliar. Sie fanden im Schuppen eines Heizhauses noch Holzpritschen, Tischchen und Hocker und brachten sie zurück ins Gefängnis, wo einige Zellen wieder original ausgestattet werden konnten.

Ein erster Erfolg war, dass die Haftanstalt 1992 unter Denkmalschutz gestellt wurde. Damit war den Plänen, sie in ein Gewerbegebiet umzuwandeln, ein Riegel vorgeschoben, obwohl diese noch jahrelang weiterverfolgt wurden. So soll es Versuche des Kultursenators Thomas Flierl (SED-PDS) gegeben haben, das Hauptgebäude für baufällig zu erklären. Diese konnten jedoch erfolgreich abgewendet werden. Gleichzeitig gab es eine regelrechte Kampagne der ehemaligen Stasimitarbeiter gegen die Gedenkstätte.

Schon 1994 waren die Führungen so erfolgreich, dass das Projekt in eine Gedenkstätte umgewandelt wurde. Seit dem Jahr 2000 ist sie eine Berliner Stiftung öffentlichen Rechts. Im Dezember 2000 wurde der Historiker Hubertus Knabe zum Direktor ernannt, sein Stellvertreter war bis 2009 Siegfried Reiprich, der von Helmuth Frauendorfer abgelöst wurde, weil Reiprich die Leitung der Sächsischen Gedenkstätten übernahm. In der Ära Knabe erlangte die Gedenkstätte internationale Bedeutung. Sie ist Mitglied der Platform of European Memory and Conscience.

Erfolgreiche Erinnerungsarbeit

Wie effektiv ihre im Gesetz über die Errichtung der Stiftung „Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen“ festgelegte Aufgabe erledigt wurde, war immer ein Dorn im Auge der umbenannten SED. In allen Jahren ihrer Existenz musste sich besonders Knabe immer wieder Angriffen erwehren. Die Gedenkstätte wurde zur Forschungsanstalt, nicht nur, was die Geschichte der Haftanstalt Hohenschönhausen in den Jahren 1945 bis 1989 betrifft. Vielmehr informierte sie auch durch Ausstellungen, Veranstaltungen, Publikationen und Seminare über die Auseinandersetzung mit den Formen und Folgen politischer Verfolgung und Unterdrückung in der kommunistischen Diktatur, insbesondere ihrer politischen Justiz.

In Knabes Amtszeit stiegen die Besucherzahlen von rund 50.000 auf über 450.000 pro

Jahr. Besonders nach dem Film „Das Leben der Anderen“ kamen verstärkt Schulklassen. Das Gros der Besucher sind mittlerweile Schüler aus Nordrhein-Westfalen, Bayern und Baden-Württemberg. Ausländische Gruppen kommen vor allem aus Dänemark, Norwegen und Großbritannien.

Einen besonderen Anteil am Erfolg der Gedenkstätte hatten die Besucherreferenten, die anfangs mehrheitlich aus ehemaligen politischen Gefangenen bestanden, die neben anderen Informationen auch ihre persönliche Geschichte einbringen konnten. Das machte größeren Eindruck als alle trocken vermittelten historischen Fakten.

Attacken alter Stasi-Kader

Außer Führungen gibt es auch Lehrangebote an Schulen. Dafür wurde in Zusammenarbeit mit dem Berliner Landesinstitut für Schule und Medien Unterrichtsmaterial entwickelt. Bei einem von der Gedenkstätte angebotenen Projekttag werden den Schülern die Haftbedingungen aus der Sicht der Inhaftierten veranschaulicht.

Das alles war den ehemaligen Betreibern höchst unangenehm. Am 14. März 2006 kam es zum Eklat. Hochrangige ehemalige Stasi-Offiziere und -Funktionsträger wie Wolfgang Schwanitz und der frühere Anstaltsleiter Siegfried Rataiczik bestritten während einer Podiumsdiskussion die Misshandlungen an Häftlingen, behaupteten, die Schilderungen über die Zustände in der Haftanstalt seien unzutreffend, und leugneten den von der Stasi ausgeübten Terror gegen politische Gegner.

Dieser Vorstoß wurde mit Hilfe des Berliner Abgeordnetenhauses zurückgewiesen. Besonders der damalige Präsident des Abgeordnetenhauses, Walter Momper (SPD), versicherte den Opferverbänden und der Gedenkstätte die Unterstützung des Abgeordnetenhauses und griff die ehemaligen Stasi-Offiziere scharf an. Danach kam es mehrfach zu Versuchen ehemaliger Stasi-Offiziere und -Mitarbeiter, die sich zum Teil fälschlich als sächsische Historiker ausgaben, die Führungen durch Zwischenrufe zu stören. Diese Bemühungen wurden eingestellt, nachdem sie bei den Besuchern auf wenig Resonanz oder gar offene Ablehnung stießen.

Die Absetzung Knabes

Der entscheidende Angriff auf die Gedenkstätte erfolgte 2018, als Vorwürfe gegen den stellvertretenden Direktor Helmuth Frauendorfer öffentlich wurden. Er soll weibliche Angestellte und Praktikantinnen sexuell belästigt haben. Ich will an dieser Stelle nicht auf die Plausibilität dieser Vorwürfe eingehen, noch wage ich eine Beurteilung, ob Knabe als Vorgesetzter alle nötigen Maßnahmen ergriffen hat, um diese Vorwürfe gegenstandslos zu machen.

Als Skandal empfinde ich, dass Senator Klaus Lederer (Die Linke) Knabe vor seinem Erscheinen beim Untersuchungsausschuss im Abgeordnetenhaus einen juristischen Maulkorb verpasst hat, der geeignet ist, die Aufklärung zu verhindern. Klar wird auch, dass mit der umstrittenen Ablösung von Knabe als Direktor eine tiefgreifende Veränderung in der Gedenkstätten-Konzeption verbunden wird. Die Zeitzeugen, die jahrelang selbstständig Gruppen geführt haben, sollen nun Führungen in Begleitung – „Tandemführungen“ genannt – machen. Das sieht stark nach Zensur aus, auch wenn es nicht so genannt wird.

Die Zeitzeugen kaltzustellen bedeutet, den Erfolg der Gedenkstätte zu schmälern. Genau das liegt im Interesse der umbenannten SED, welche die Aufklärung ihrer Verbrechen an politischen Gefangenen fürchtet, wie der Teufel das Weihwasser. Es geht also nicht nur um Knabe, es geht um die Gedenkstätte als Vermächtnis der politisch Inhaftierten.

Die Zeitzeugen kaltzustellen bedeutet, den Erfolg der Gedenkstätte zu schmälern. Genau das liegt im Interesse der umbenannten SED, welche die Aufklärung ihrer Verbrechen an politischen Gefangenen fürchtet wie der Teufel das Weihwasser. Es geht also nicht nur um Knabe, es geht um die Gedenkstätte als Vermächtnis der politisch Inhaftierten

● MELDUNGEN

Tübingen darf nicht warnen

Stuttgart – Baden-Württembergs Landesdatenschutzbeauftragter Stefan Brink hat die Stadt Tübingen aufgefordert, polizeiliche Daten über straffällige Immigranten in einer Liste auffälliger Asylbewerber zu löschen. Zur Begründung führte das FDP-Mitglied das Prinzip der Zweckbindung an. Demnach dürfen Daten, die für staatsanwaltliche Ermittlungen erhoben werden, zunächst nur diesem Zweck dienen. Hintergrund der Aufforderung ist das Vorgehen Tübingens, Daten über Straftaten, die von der Polizei an die Ausländerbehörde fließen, auch anderen städtischen Behörden zur Verfügung zu stellen. Tübingens Oberbürgermeister Boris Palmer (Grüne) verwies zur Begründung auf die Notwendigkeit, städtische Mitarbeiter zu schützen: „Zu verlangen, dass ein Sozialarbeiter ahnungslos einem Mann gegenüber sitzen solle, der eine Woche zuvor mit dem Messer auf einen anderen losgegangen ist, ist nicht der Datenschutz, den die Bevölkerung sich wünscht“, so Palmer. *N.H.*

Komplizierte Reform

Berlin – Gegen die Stimmen der Oppositionsparteien hat die schwarz-rote Koalition am 8. Oktober im Bundestag eine Wahlrechtsreform beschlossen. Bei der Neuregelung haben sich CDU/CSU und SPD darauf verständigt, künftig die Überhangmandate einer Partei teilweise mit deren Listenmandaten zu verrechnen. Zudem sollen bei Überschreiten der Regelgröße für den Bundestag von 598 Sitzen drei Überhangmandate nicht durch Ausgleichsmandate kompensiert werden. Bei der kommenden Bundestagswahl soll es zunächst noch bei der Zahl von 299 Wahlkreisen bleiben. Im Vorfeld der Abstimmung hatten mehrere Wahlrechtsexperten bei einer Anhörung Zweifel vorgebracht, ob die Reformpläne der Regierungskoalition verfassungsgemäß sind. Durchgehend einig waren sich die Sachverständigen, dass die neue Wahlrechtsregelung noch komplexer als das bisherige Gesetz und für Normalbürger in Teilen kaum noch zu verstehen sei. *N.H.*

Drosten: Zweifel an PCR-Tests

Berlin – Offenbar hegte auch Charité-Virologe Christian Drosten vor Jahren starke Zweifel an der Aussagekraft der sogenannten PCR-Tests, mit denen heute auf Corona untersucht wird. Die Test-Methode wurde schon früher, seinerzeit zur Ermittlung von MERS-Infektionen, angewendet. 2014 sagte Drosten laut „Tichys Einblick“, dass die PCR-Tests so empfindlich seien, dass sie auch bei völlig ungefährlichen Infektionsstärken anschlügen, was die hohe Zahl angeblicher MERS-Erkrankungen in Saudi-Arabien seinerzeit erkläre. In Wahrheit sei die Zahl der tatsächlich Erkrankten viel geringer gewesen. Unlängst kam auch ein US-Wissenschaftler zu dem Schluss, dass die PCR-Tests zu 80 bis 90 Prozent ungefährliche Infektionen anzeigten (siehe PAZ 38/20, „Maskierte Wahrheit“). Drosten dagegen zeigt heute keine Einwände mehr gegen die übertriebene Deutung der PCR-Tests. *H.H.*



Lässt sich durch die Verfechter von Politischer Korrektheit und Multikulti unter seinen Parteifreunden nicht den Mund verbieten: Oskar Lafontaine

Foto: James Steakley

ASYLPOLITIK

Lafontaine begeht erneut Tabubruch

Der Linkspolitiker kritisiert, dass zu viel Geld für zu wenige Notleidende ausgegeben werde

VON PETER ENTINGER

Der frühere saarländische Ministerpräsident und Bundesfinanzminister Oskar Lafontaine ist mit dem früheren Berliner Finanzsenator und Buchautor Thilo Sarrazin aufgetreten, um über dessen neues Buch „Der Staat an seinen Grenzen“ zu sprechen. Ebenfalls mit dabei war der Euro-Rebell und CSU-Veteran Peter Gauweiler.

Für Diskussionen sorgte dabei weniger Sarrazins neues Werk als Lafontaines Einlassungen zur Asylpolitik. Dem 77-Jährigen zufolge gibt der Staat für „jedes unbegleitete Flüchtlingskind“ monatlich rund 5000 Euro aus. Aus Lafontaines Sicht ist das ungerecht. Es werde zu viel Geld für zu wenige Notleidende ausgegeben.

Auftritt mit Sarrazin und Gauweiler

Es ist nicht neu, dass Lafontaine mit solchen Thesen für Aufsehen sorgt. Spätestens seit er innerhalb der Linkspartei keine Ämter mehr hat, schert er sich kaum noch um die Parteiräson. Den Fraktionsvorsitz im saarländischen Landtag ver-

waltet er mehr, als dass er ihn mit Leben ausfüllt. Und er schaut genüsslich zu, wenn sich seine Nachfolger in der Landespartei nach Herzenslust fetzen, sich mit Klagen überziehen und den Verband quasi lahmlegen.

Der Landesvorsitzende und Bundestagsabgeordnete Thomas Lutze ist seit Jahren ein erbitterter Gegner des Ex-Ministerpräsidenten. Lafontaine hat stets durchblicken lassen, dass er von dem gelernten Bürokaufmann nicht viel hält. Lutze forderte wiederum die Partei wiederholt auf, sie müsse sich von Lafontaine emanzipieren.

Doch ganz so einfach ist das nicht. 2009 bescherte „de Oskar“, wie er an der Saar immer noch ehrfurchtsvoll genannt wird, der Linken ein westdeutsches Rekordergebnis in Höhe von mehr als 21 Prozent. Seitdem geht es bergab. 2017 reichte es immer noch für 12,8 Prozent, und alle Beobachter im kleinsten Flächenland der Republik sind sich einig, dass es ohne ihn noch viel weniger wären.

Und so ist die Linke gefangen zwischen Pest und Cholera. Alle wissen, dass sie Lafontaine in zwei Jahren brauchen werden, um ein halbwegs achtbares Er-

gebnis zu erzielen. Derzeit handelt sich die Partei in den Umfragen an der Grenze zur Einstelligkeit. Auch deshalb ballt Lutze derzeit die Faust nur in der Tasche.

Doch die Jugendorganisation hat die Nase voll. Sie kritisierte Lafontaine scharf für seinen Auftritt und warf ihm vor: „Er spielt Gruppen hilfsbedürftiger Menschen gegeneinander aus, um bei einer zumindest latent fremdenfeindlichen Klientel wählbar zu bleiben. Keine dieser

„Wir fordern, dass Oskar Lafontaine unverzüglich alle politischen Ämter niederlegt, in denen er die Politik der Linken vertreten müsste“

Antikapitalistische Linke (AKL)

Gruppen kann folglich sichergehen, nicht als nächstes unter den Karren geworfen zu werden.“

Lafontaines Aussagen reihten sich nach Ansicht der Linksjugend damit ein in die lange Liste der „kalkulierten Entgleisungen nach rechts“. Unverhohlen fordert der Nachwuchs nun einen Generationswechsel: „An seinem verstaubten Politikverständnis leidet die gesamte Linke im Saarland. Unsere Partei gibt sich viel zu wenig Mühe dabei, sich von rechten Erzählungen abzugrenzen, als Gegenpol aufzutreten und damit besonders migrantische, junge und ältere Menschen für sich zu gewinnen.“

Damit steht die Parteijugend an der Saar nicht alleine in der Linken. In einer Mitteilung schreibt die dem linken Parteiflügel zuzurechnende „Antikapitalistische Linke“ (AKL): „Wir fordern, dass Oskar Lafontaine unverzüglich alle politischen Ämter niederlegt, in denen er die Politik der Linken vertreten müsste.“

Der Bundesvorstand hält sich derzeit noch auffällig zurück. Und das hat Gründe. Auch wenn Lafontaine stramm auf die 80 zugeht – bundesweit ist er immer noch der populärste Politiker der Linken.

ORGANISIERTE KRIMINALITÄT

Sicherheit wird zunehmend zur Privatsache

Immer mehr Clans drängen in die Wachdienst-Branche – Polizei verliert zahlenmäßig an Bedeutung

Bereits vor zwei Jahren haben drei AfD-Abgeordnete eine offizielle Anfrage an den Bundestag gerichtet und wollten wissen, wie die Verflechtungen zwischen Sicherheitsfirmen und dem Clanimilieu sind. Ebenfalls 2018 hat die „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ berichtet, wie tschetschenische kriminelle Banden sich im Sicherheitsgewerbe immer weiter ausbreiten und ihre Gewinne aus diesen Geschäften zunehmend in legale Unternehmen investieren. Schon der „Focus“ vom 16. Dezember 2015 hatte über enge Verbindungen zwischen kriminellen arabischen Familienc clans und privaten Sicherheitsunternehmen berichtet.

Einen besonderen Schnittpunkt zwischen organisierter Kriminalität und Sicherheitsunternehmen bildet die Türsterherrschaft. Nach einem Bericht der Berliner Zeitung „Der Tagesspiegel“ würden „Großfamilien und Rockerbanden darum kämpfen, in Klubs den Türsteher zu stellen, weil der, der am Eingang steht, auch entscheiden kann, welche Geschäfte, sprich Drogen, drinnen laufen.

Massenzuwanderung als Türöffner

Private Sicherheitsunternehmen übernehmen immer bedeutsamere Aufgaben für die Sicherheit und Ordnung in Deutschland, sogar bei den Sicherheits-

behörden wie Bundeswehr und Polizei selbst, aber auch im Bereich der Luftsicherheit, der kerntechnischen Anlagen und der Asylantenunterbringung.

Verfassungsschutz schaut weg

Vor allem die Massenzuwanderung von 2015/16 hatte dem Sicherheitsgewerbe in kürzester Zeit enorme Umsatzzuwächse in Millionenhöhe gebracht. Gesucht wurden vor allem Mitarbeiter mit arabischen Sprachkenntnissen. Im Jahr 2016 arbeiteten mit rund 265.000 offiziellen Mitarbeitern fast genauso viele private Sicherheitskräfte in Deutschland, wie bei allen Polizeidienststellen in Deutschland.

Wenn man die Schwarzarbeiter mitrechnet, sind es bereits mehr. Die so wichtige innere Sicherheit liegt damit personell nur noch zur Hälfte in der Hand des Staates, obwohl dieser laut Verfassung ein Monopol auf die Sicherheit haben sollte.

Bezeichnend ist, dass sich trotz dieser zunehmenden Bedeutung von privaten Sicherheitsunternehmen für die Sicherheit des Bundes und der Länder sowie der nachgewiesenen Verbindung der organisierten Kriminalität mit einigen Sicherheitsunternehmen sich das Bundesamt für Verfassungsschutz zumindest laut dem Verfassungsschutzbericht 2016 noch nicht mit diesem Milieu befasst. *Bodo Bost*

LINKE GEWALT

„Machen wir die City platt!“

Räumung der Liebigstraße 34 in Berlin: Linkspartei sympathisiert mit den Besetzern

VON NORMAN HANERT

Ein Großaufgebot von mehreren tausend Polizisten aus acht Bundesländern war nötig, um im Berliner Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg die gerichtlich bestätigte Räumung des „anarcha-queer-feministischen Wohnprojekts“ in der Friedrichshainer Liebigstraße 34 abzusichern.

Die eigentliche Räumung am Morgen des 9. Oktober verlief zunächst problemlos, als dies von der Polizei befürchtet worden war. „Es gab keinen nennenswerten Widerstand“, so der Polizeisprecher Thilo Cablitz.

Allerdings bestätigte die Polizei auch, dass schon zu diesem Zeitpunkt, parallel zur Räumung, in den umliegenden Straßen Polizisten „massiv von Personengruppen angegriffen“ wurden. Als am Abend des Räumungstages mehr als 1000 Personen der linken Szene durch Berlin-Mitte zogen, eskalierte die Lage dann vollends. Aus dem Zug der „Tag-X-Demo“ flogen immer wieder Flaschen, Steine und Feuerwerkskörper auf Polizeibeamte. Parallel zum Hauptdemonstrationszug waren Gruppen von gut organisierten Linksmilitanten unterwegs, um die Parole des Abends in die Tat umzusetzen: „Nehmt Ihr uns die Häuser ab, machen wir die City platt.“ Die Randalengruppen demolierten mit Hämmern und Pflastersteinen in der Alten Schönhäuser und angrenzenden Straßen die Schaufenster von Läden und abgestellte Autos.

Privatpersonen im Visier der Linken

Bislang unbekannte Täter hatten zwei Tage vor dem Räumungstermin bereits die Tür des Amtsgerichts Tempelhof-Kreuzberg angezündet und in Neukölln die Scheiben eines SPD-Büros eingeschmissen. In derselben Nacht attackierte eine Gruppe schwarz verummter Personen zudem das Gebäude einer Polizeihundertschaft in Lichtenberg mit Steinen und Farbbomben und demolierte einen abgestellten Streifenwagen. Die Täter hatten vor dem Angriff die Eingangstüren des Polizeigebäudes mit Bügelschlössern und Metallketten verriegelt, um ein Eingreifen der Beamten zu verhindern.

Ziele wie das Lichtenberger Polizeigebäude, SPD-Büros und auch Immobilien-



Eine Woche linker Gewalt: Autos und Müllcontainer standen in Flammen, Scheiben wurden eingeworfen

Foto: pa

firmen kursieren schon längere Zeit auf linksextremen Internetseiten, auf denen zum „Widerstand“ gegen die Räumung der „Liebig 34“ aufgerufen wird. Auf einer „Aktionskarte“ sind sogar Namen und Adressen von Gerichtsvollziehern, Politikern und Richtern markiert.

Auftakt einer ganzen Woche linker Gewalt war ein Brandanschlag in der Nacht zum 5. Oktober, der Auswirkungen auf Hunderttausende Nutzer des öffentlichen Nahverkehrs hatte. Mutmaßlich linksextreme Täter hatten im Bereich des S-Bahnhofs Frankfurter Allee einen Kabelschacht in Brand gesteckt. Als Folge waren Teile des Regional- und S-Bahnverkehrs im Berliner Osten über Tage lahmgelegt. Für die Fahrgäste vollständig wieder nutzbar war die Berliner Ringbahn erst nach einer Woche.

Unter Hinweis auf die Räumung der „Liebig 34“ bekannte sich eine „Feministisch-Revolutionär-Anarchistische-Zelle“ auf einer linksextremen Internetplattform zu dem Brandanschlag. Als Ziel hat-

ten sich die Täter einen zentralen Abschnitt des S-Bahn-Systems ausgesucht: Jeden Tag nutzt eine halbe Million Fahrgäste die Ringbahn. Dementsprechend nötigte die tagelange Unterbrechung des Rings viele Pendler zu zeitraubenden Umwegen oder zwang sie in überfüllte Ersatzbusse.

SPD und Grüne halten sich bedeckt

Bemerkenswert fiel die Einschätzung des Innenexperten der Linkspartei, Niklas Schrader, zu den Vorgängen rund um die Räumung der Liebigstraße 34 aus, der sich offen mit den Besetzern solidarisiert. Nach Angaben des „Tagesspiegel“ sagte der Politiker, „Drohgebärden wie der Brandanschlag auf die Kabel der S-Bahn“ seien „eher kontraproduktiv“, da sie die Bevölkerung gegen die Besetzer aufbrächten. Zugleich warf er der Polizei vor, durch unnötige Aktionen „ohne Not Gegenreaktionen“ provoziert zu haben.

Laut dem Bericht sagte Schrader am Rande der Räumung, der Polizeieinsatz

habe Proteste „verunmöglicht“. Die Berliner Linkspartei hatte im Vorfeld des Räumungstermins sogar gefordert, angesichts der „derzeitigen Pandemiesituation die Räumung auszusetzen“.

Völlig andere Töne sind indessen von der FDP-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus zu hören. Der innenpolitische Sprecher der Fraktion, Paul Fresdorf, sagte: „Wieder einmal haben Linksextremisten für Gewalttaten und brennende Autos in der Stadt gesorgt, was seit vielen Jahren leider zum Alltag in Berlin gehört.“ Als Ergänzung zum ‚Konsens gegen Rechts‘ fordert die FDP-Fraktion nun einen „Konsens gegen Linksextremismus“.

Bereits in der vorigen Legislaturperiode hatte die CDU einen „Berliner Konsens gegen Linksextremismus“ vorgeschlagen. Von den damals im Abgeordnetenhaus vertretenen Parteien zeigte zwar die Piratenpartei Bereitschaft, das Konsenspapier unterschreiben zu wollen, nicht aber die Fraktionen von SPD, Linkspartei und Grünen.

PLAGIATSVORWÜRFE

Zweifel an Giffeys Doktorarbeit werden lauter

AStA setzt Veröffentlichung gegen die Führung der Freien Universität Berlin durch

Im Februar 2010 wurde die heutige Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Franziska Giffey (SPD), an der Freien Universität Berlin (FU) zum Doktor der Staatswissenschaften promoviert. Neun Jahre später leitete die Hochschule ein Verfahren zur Klärung der inzwischen immer lauter ertönenden Plagiatsvorwürfe seitens der Online-Plattform VroniPlag ein: Sollte Giffey in ihrer Dissertation „Europas Weg zum Bürger“ wirklich 119 Mal geschummelt und Passagen aus anderen Arbeiten übernommen haben, ohne dies ordnungsgemäß zu kennzeichnen?

Die Überprüfung durch eine eigens eingesetzte Kommission der FU ergab, dass die Arbeit der SPD-Politikerin in der Tat zahlreiche gravierende Mängel aufweist. Trotzdem verzichtete die Universität auf den Entzug des Doktorgrades und

sprach im Oktober vorigen Jahres nur eine Rüge aus, obwohl das Berliner Hochschulgesetz diese nach Lage der Dinge recht milde Form der Sanktion gar nicht vorsieht.

FU hielt Bericht unter Verschluss

Details zum Ausmaß des Betruges nannte die FU damals auch keine. Vielmehr hielt sie den brisanten Bericht der Gutachterkommission unter Verschluss. Daraufhin erzwang der Allgemeine Studentenausschuss (AStA) der Alma Mater unter Verweis auf das Informationsfreiheitsgesetz gegen den heftigen Widerstand des Hochschulpräsidiums Einsicht in das Papier und veröffentlichte das Dokument dann am 5. Oktober in voller Länge auf seiner Internetseite.

Was man dort lesen kann, birgt Sprengstoff: Die Prüfung habe ergeben,

dass 27 Passagen der Dissertation zweifelsfrei „den Tatbestand der ‚objektiven Täuschung‘ erfüllen“. Darüber hinaus herrsche unter den Gutachtern Konsens, was den „systematischen Charakter“ der „Plagiate“ und fehlenden Quellennachweise betreffe. Deshalb sei zumindest von „bedingtem Vorsatz“ auszugehen. Aufgrund dessen lautete das Fazit, in Giffeys Fall liege definitiv „ein sanktionswürdiges wissenschaftliches Fehlverhalten“ vor.

Angesichts dieser Einschätzung wiederholte der AStA seine Forderung vom letzten Herbst, der Ministerin den Doktor-Titel zu entziehen. Dabei verwies er auch auf deren mögliche Ambitionen, nach der nächsten Wahl zum Abgeordnetenhaus im September 2021 nicht nur das Amt des Regierenden Bürgermeisters der Bundeshauptstadt, sondern ebenso noch das des Senators für Wissenschaft und

Forschung von ihrem Genossen Michael Müller zu übernehmen. Laut dem AStA-Referenten Janik Besendorf „wäre das eine Bankrotterklärung für den Wissenschaftsstandort Berlin“.

Und seine Mitstreiterin Anna Müller ergänzte: „Studierende fallen durch Prüfungen, weil sie zwei Zitatangaben vergessen haben ... Wir sehen hier keinerlei Verhältnismäßigkeit, sondern politisches Kalkül der FU-Führung.“ Damit spielte sie darauf an, dass die Universität auf das Wohlwollen der rot-rot-grünen Koalitionsregierung des Landes Berlin angewiesen ist, denn die stellt immerhin drei Viertel der von der Hochschule benötigten Finanzmittel zur Verfügung. Deshalb könnte sich die FU veranlasst fühlen, die SPD-Politikerin Giffey mit Samthandschuhen anzufassen.

Wolfgang Kaufmann

KOLUMNE

Randale

VON VERA LENGSFELD

Jahrelang wurde das besetzte Haus in der Liebigstraße vom Berliner Senat nicht nur geduldet, sondern unterstützt. Anfang der 90er gab es sogar eine Art Mietvertrag mit der Stadt. Als das Haus von einem Privateigentümer übernommen wurde, machte er mit den Besetzern einen Vertrag mit sehr günstigen Bedingungen aus. Als der Vertrag vor zwei Jahren abgelaufen war, dachten die Besetzer nicht daran, auszuziehen.

Der von ihnen gegründete Hausverein zog mit Hilfe befreundeter Anwälte vor Gericht und verzögerte eine Zeit lang die vom Besitzer geforderte Räumung. Dabei hatten sie die Unterstützung von roten und grünen Mitgliedern des Abgeordnetenhauses. Und die Zusammensetzung der Bewohner hatte sich stark verändert. Waren es Anfang der 90er noch hauptsächlich Studenten und EU-Ausländer, waren es zum Schluss Linksradikale. Immer wieder kam es im Umfeld des Hauses zu Randalen, Sachbeschädigungen und Angriffen auf Polizisten und Ordnungskräfte. All das wurde von Berliner Politikern eher als Folklore denn als Angriff auf den Rechtsstaat und seine Organe behandelt. Die Reste der CDU waren schwach. Der einzige Politiker, der immer wieder auf die Gefahr aufmerksam machte, die vom linksextremen Projekt Liebig 34 ausging, Tom Schreiber, wurde von seinen Abgeordneten-Kollegen kaum unterstützt.

Nun wurde die Räumung endlich vollzogen. Sie ging professionell ab. Das lag an dem genau geplanten Einsatz. Mehr als 1500 Beamte, darunter auch Mitglieder eines Spezialeinsatzkommandos, beendeten das „anarcha-queer-feministische“ Hausprojekt. Die Bilder, die anschließend vom Inneren dieses Hauses öffentlich wurden, sind mit Leben auf der Müllhalde am treffendsten beschrieben.

Gleich nach der Räumung begann die Randalen. Das Abfackeln von Autos, die systematische Zerstörung von Fensterscheiben werden als „erstaunlich ruhig“ beschrieben. Dabei gab es 132 Festnahmen wegen Landfriedensbruch und 19 verletzte Polizisten.

MELDUNG

Bau startet

Potsdam – Unter Federführung zweier Baugenossenschaften hat die Entwicklung der Brachfläche am Alten Markt in Potsdams Innenstadt begonnen. Zwei Jahre nach dem Abriss der DDR-Fachhochschule heben derzeit die Bauherren, zwei Genossenschaften und vier private Investoren, gemeinsam eine Grube für den ersten Abschnitt der Wiederbebauung aus. Auf dem Areal zwischen der ehemaligen Schloßstraße und der früheren Schwertfegerstraße sollen mehrere Wohn- und Geschäftshäuser auf dem Stadtgrundriss der Vorkriegszeit entstehen. Für die vier Eckhäuser des ersten Blocks sind dabei Leitfassaden nach historischen Vorbildern vorgesehen. Als besonders anspruchsvoll gilt die Wiederherstellung der Sandsteinfassade des „Plögerschen Gasthauses“ und der Fassade des Eckhauses Alter Markt 3, dessen Original von Knobelsdorff stammt. Die Rohbauten des Bauabschnitts sollen bis Mitte 2022, das Karree insgesamt bis Mitte 2023 fertiggestellt werden.

N.H.

● MELDUNGEN

Neue Allianz der Sparsamen

Wien/Stockholm – Nachdem sich Österreich, die Niederlande, Schweden, Dänemark und Finnland bereits bei den Verhandlungen zum EU-Haushalt eng abgestimmt hatten, strebt Österreichs Regierung nun auch eine Kooperation in der Zuwanderungspolitik an. Bei einem Besuch in Stockholm betonte Europaministerin Karoline Edtstadler (ÖVP): „Schweden und Österreich haben gemeinsam eine große Last der Integration von Flüchtlingen.“ Schwedens Europaminister Hans Dahlgren (Sozialdemokraten) lobte gegenüber der ÖVP-Politikerin die bisherige Zusammenarbeit der „Frugalen“ (Sparsamen) beim Beschluss des EU-Budgets und des „Corona-Wiederaufbauplans. Österreichs Europaministerin kündigte zudem für den 5. November ein Treffen der Europaminister der „Frugalen“ in Wien an. An dem Treffen soll auch Finnland teilnehmen, das sich bei den EU-Verhandlungen im Sommer den Positionen der Gruppe der „sparsamen Vier“ angeschlossen hatte. *N.H.*

Corona geht zu Herzen

Graz – Nach Erkenntnissen von Forschern der Medizinischen Universität Graz hat es in der Steiermark während des Lockdown deutlich mehr Todesfälle durch Herzinfarkte gegeben. Wie die Auswertung von Krankenhauseinweisungen durch Kardiologen ergab, wurden in der Steiermark während des sechswöchigen Lockdown 23 Prozent weniger kardiovaskuläre Notfälle eingeliefert als im Vergleichszeitraum der Vorjahre. Zugleich sind mehr Patienten, die kardiologische Notfälle hinter sich hatten, innerhalb von 14 Tagen im Krankenhaus verstorben. Im Vergleich zu den Vorjahren war dies ein Anstieg um 65 Prozent. Als Ursache für die erhöhte Sterblichkeit vermuten die Forscher, dass viele Betroffene selbst bei Infarktsymptomen davor zurückscheuten, sich an Notärzte zu wenden oder ins Krankenhaus zu gehen. Dabei könnte die Angst vor Ansteckung mit dem Coronavirus eine Rolle gespielt haben, aber auch Appelle der Politik, nur in Notfällen zum Arzt zu gehen. *N.H.*

Rätselhaftes Tiersterben

Kamtschatka – Seit Mitte September wurden an den Stränden der Halbinsel Kamtschatka Tausende verendeter Meerestiere angespült. Bewohner sowie Surfer, bei denen das UNESCO-Weltnaturerbe-Resort sehr beliebt ist, beklagten Vergiftungserscheinungen. Greenpeace-Aktivisten berichteten von einem gelblichen Film auf der Wasseroberfläche eines Flusses, der ins Meer mündet. Sie nahmen Wasserproben und sammelten Tiere, um sie untersuchen zu lassen. Im Verdacht stand zunächst eine Giftmüll-Deponie aus der Sowjetära. Russische Wissenschaftler bestätigten dies jedoch nicht, sondern stellten eine hohe Konzentration einer Mikro-Alge fest, die ein Toxin freisetzt. 175.000 Menschen forderten mit einer Petition eine „freie Untersuchung“. Wladimir Solodow, Gouverneur der Region, wandte sich nun an ausländische Wissenschaftler mit der Bitte um Hilfe. *MRK*

FRANKREICH

Gefahr erkannt, aber nicht gebannt

Wider den „islamischen Separatismus“ – Macrons Kampfrede gegen Parallelgesellschaften in seinem Land

VON BODO BOST

Die von Frankreichs Präsident Emmanuel Macron gehaltene große Islam-Rede war das meist verschobene Ereignis seiner bisherigen Amtszeit, aber nicht wegen Corona. Seit drei Jahren wurde sie angekündigt, nun hat er sie endlich gehalten.

Eine Woche zuvor hatte ein neuer radikalislamisch motivierter Angriff vor dem Denkmal für das 2015 erfolgte Massaker in der Redaktion des Satireblatts „Charlie Hebdo“ das Land erschüttert. Ein offiziell 18-jähriger Asylsucher aus Pakistan – in Wirklichkeit war er 25 – hatte dort einen Mann und eine Frau mit einer Fleischeraxt angegriffen. Der Täter kannte seine Opfer nicht, mit „Charlie Hebdo“ hatten beide nichts zu tun. Der Mann wollte die kurz zuvor erfolgte Veröffentlichung von Mohammed-Karikaturen anlässlich des Prozessbeginns gegen die Terrorhelfer der drei getöteten „Charlie Hebdo“-Attentäter durch das Satiremagazin rächen.

Der Islam sei „eine Religion, die heute überall auf der Welt eine Krise durchmacht“, begann Macron seine lange erwartete Islam-Rede in dem Pariser Vorort Les Mureaux. Eigentlich hatte er diese Rede in einer Kleinstadt in der Provence halten wollen, aus der 20 Dschihadisten nach Syrien zum IS gegangen waren, aber dort kann man seine Sicherheit auch heute noch nicht gewähren.

Imam-Ausbildung in Frankreich

Macron betonte in seiner Rede den „islamischen Separatismus“, ein Ausdruck der früher nur in Bezug zu politisch nationalistischem Separatismus, etwa in Korsika oder dem Baskenland, gebraucht wurde. Der Islam wolle kein begrenztes Gebiet von Frankreich abspalten, wie das Korsen oder Basken wollten. Stattdessen wolle diese Ideologie Muslime von der französischen Gesellschaft abspalten und so ganz Frankreich für sich gewinnen.

Frankreich müsse „den islamistischen Separatismus angreifen“, ein „bewusstes

Projekt“, das darauf abziele, „eine Parallelordnung zu schaffen“ und „die Republik zu verleugnen“, sagte Macron. Der Präsident zählte insbesondere den „Schulabbruch bei Kindern“ auf sowie die „Entwicklung eigener sportlicher und kultureller Praktiken“, den Kommunismus, die „Indoktrination und die Verneinung von Prinzipien wie die Gleichstellung von Männern und Frauen“.

Macron kündigte mehrere Maßnahmen an, so etwa die Verpflichtung für jeden Verein, der eine öffentliche Subvention beantragt, eine Charta des Säkularismus zu unterzeichnen, in der er sich zur Einhaltung laizistischer Werte bekennen muss. Auch die Aufsicht über private konfessionelle Schulen soll verstärkt und Heimunterricht beschränkt werden.

Ebenso sollen Imame in Zukunft in Frankreich ausgebildet werden. Macron gab zu, dass auch die Behörden ihren Teil der Verantwortung für die „Ghettoisierung“ von Vierteln in Vorstädten trügen. Ein Gesetzentwurf zur Bekämpfung des

Separatismus werde dem Kabinett am 9. Dezember vorgelegt, kündigte Macron an. Darin enthalten ist die Entwicklung eines neuen Studiengangs, der zum besseren Verständnis des Islam führen und die Gründe für den muslimischen Separatismus erforschen solle.

Eine Moschee als Dankeschön

Dabei hatte vor 100 Jahren, als der Islam erstmals in Frankreich als neue Religion wahrgenommen wurde, das Verhältnis Frankreichs zum Islam sehr rosig begonnen. Der Staat Frankreich baute damals, obwohl er gerade erst laizistisch geworden war und eine große Zahl von Kirchen geschlossen hatte, seinen Muslimen in Paris eine große Zentralmoschee, als Dank an die zehntausende Muslime, die im Ersten Weltkrieg in den Reihen der französischen Armee gefallen waren.

Heute stellt der nicht integrierbare politische Islam den Laizismus in Frankreich auf seine bisher schwerste Belastungsprobe.



Französische Parallelgesellschaft: Vor seiner Islam-Rede hielt Emmanuel Macron deutlichen Abstand von jungen Zuwanderern im Pariser sozialen Brennpunktvorort Les Mureaux

GROSSBRITANNIEN

Britten entdecken Deutschland als Vorbild

„Germany’s Kurzarbeit“ – Der Wortschatz des Brexit-Landes ist um einen neuen Begriff reicher

Nachdem „Kindergarten“, „Zeitgeist“ oder „Weltschmerz“ Einzug in das Vokabular der Briten gefunden haben, kommt nun ein neuer Begriff hinzu: „Germany’s Kurzarbeit“. Um die Folgen der Coronapandemie für den Arbeitsmarkt abzufedern, hatte Schatzkanzler Rishi Sunak bereits im März ein Modell auf den Weg gebracht, bei dem Unternehmen während der Krise Angestellte weiter in Arbeitsverträgen halten können, indem der Staat – wie in Deutschland – vorübergehend einen Großteil der Gehälter übernimmt.

Bei der Präsentation des Plans gebrauchte Sunak den etwas angestaubten Begriff „furlough“ (Freistellung, Zwangsurlaub) beziehungsweise die offizielle Bezeichnung „Coronavirus Job Retention Scheme“. Inzwischen hat Sunak eine Nachfolgelösung für die bisherige, am

31. Oktober auslaufende Kurzarbeitergeldregelung vorgestellt. Auch hier weisen Zeitungen wie der „Guardian“ darauf hin, dass es sich dabei um ein „Lohnersatzkonzept in deutschem Stil“ handelt.

Dass britische Medien und Politiker Deutschland als Vergleichsmaßstab heranziehen und sich für deutsche Lösungen interessieren, ist kein Einzelfall. Der Publizist John Kampfner findet mit seinem Buch „Warum die Deutschen es besser machen“ in Großbritannien derzeit viel Beachtung.

Bei seinen Beobachtungen preist der frühere Deutschland-Korrespondent Dinge an wie die kleinen und mittelständischen Firmen, die lebendige Kulturszene und auch das dezentrale deutsche System, das Dutzende gleichrangige Städte statt nur einer Metropole hervorgebracht hat.

Und in der „Financial Times“ schlug der Politikwissenschaftler Antony Black vor, sich zwei weitere deutsche Lösungsansätze anzusehen: die Arbeitnehmermitbestimmung bei großen Firmen und das Verhältniswahlrecht.

Duales Bildungssystem als Import

Bereits im Juli hatte Bildungsminister Gavin Williamson, ein „Bildungssystem von Weltklasse nach deutschem Vorbild“ angekündigt. Im Blick hat der Tory-Politiker dabei das „duale System“ der Berufsausbildung, in dem Auszubildende parallel in Schule und Betrieb lernen. Auf einem Parteitag der Konservativen Partei gab Williamson vor einem Jahr sogar das Ziel aus, Deutschland im Bereich der technischen Ausbildung in den nächsten zehn Jahren überholen zu wollen.

Gesundheitsminister Matt Hancock kündigte vor Kurzem zudem die Gründung einer neuen Gesundheitsbehörde an. Vorbild ist dabei das Berliner Robert-Koch-Institut. Bereits im September hat ein Schlagabtausch zwischen Premier Boris Johnson und dem Labour-Vorsitzenden Keir Starmer für Aufsehen gesorgt. Als Reaktion auf Kritik an seiner Coronapolitik hatte Johnson den Oppositionsführer im britischen Parlament aufgefordert, „ein einziges Land in der Welt zu nennen, das eine funktionierende Warn-App herausgebracht hat. Die gibt es nämlich nicht“. Wie aus der Pistole geschossen antwortete der Labour-Chef: „Deutschland. Läuft seit dem 15. Juni. Zwölf Millionen Downloads.“ Wobei er mit der unzuverlässigen App ein eher schlechtes Beispiel gewählt hat. *Norman Hanert*

VON NORMAN HANERT

Laut Berechnungen des Center Automotive Research haben einige deutsche Automobilhersteller im ersten Halbjahr hohe Verluste eingefahren. Demnach verlor beispielsweise die Pkw-Sparte des Volkswagenkonzerns im ersten Halbjahr pro verkauftem Fahrzeug 415 Euro. Bei BMW soll der Verlust sogar bei 1135 Euro gelegen haben. Inzwischen werden die drei deutschen Autobauer BMW, Daimler und Volkswagen an den Börsen niedriger gehandelt als der kalifornische Elektropionier Tesla.

Für Ferdinand Dudenhöffer, den Leiter des Center Automotive Research an der Uni Duisburg-Essen, legen die Verluste der deutschen Autohersteller in der Coronakrise verborgene Schwächen einiger deutscher Autobauer offen und sind ein Zeichen für Anpassungsbedarf. Tatsächlich haben ausländische beziehungsweise ausländisch dominierte Hersteller wie Skoda, Toyota oder PSA-Opel im ersten Halbjahr trotz der Corona-Krise einen dreistelligen Gewinn je verkauftem Fahrzeug erzielen können.

Dennoch gibt es einen angesehenen Branchenexperten, der für die traditionellen Autohersteller und besonders für die Premiummarken gute Zukunftsaussichten sieht. Sein Name lautet Arndt Ellinghorst. Der Analyst beim Investmenthaus Sanford C. Bernstein weicht mit seinen Ansichten zur Autobranche gleich in mehreren Punkten von der derzeit vorherrschenden Meinung vieler Investoren ab. Beispielsweise stimmt Ellinghorst dem häufig zu hörenden Abgesang auf das Auto als Verkehrsmittel nicht zu. Er glaubt sogar an die „Wiedergeburt des Autos“. Aus Sicht von Ellinghorst haben viele Menschen während der Corona-Pandemie erneut entdeckt, welche Vorzüge das eigene Auto gegenüber dem öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) hat. Rückenwind könnten sich die Autobauer zudem von einem langfristigen Trend erhoffen. Durch den anhaltenden Wegzug aus den großen Metropolen wüchsen die Vorstädte und damit auch die Nachfrage nach Autos. Für die Menschen in den Vorstädten und im ländlichen Raum seien Autos aber bislang noch immer unverzichtbar. Dementsprechend sieht Ellinghorst die Verkaufszahlen von Neuwagen in den nächsten Jahren schneller wieder anziehen, als dies allgemein erwartet wird.

„Wiedergeburt des Autos“

Skeptisch sieht der Bernstein-Manager dagegen die Aussichten vieler neuer Geschäftsmodelle. Autonomes Fahren und auch Robotertaxis werden nach Ansicht des Experten erst viel später kommen, als dies von den meisten erwartet wird. Bei



Setzt auf Fahrzeuge des Premiumsegments und steht blendend da: Porsche, hier das Kundenzentrum von Porsche Leipzig

AUTOMOBILBAU

Lieber Luxuswagen als E-Autos und ÖPNV

Warum ein politisch inkorrektes Motto wirtschaftlich erfolversprechend erscheint

den vielen Start-up-Unternehmen, die Elektroautos auf den Markt bringen wollen, sieht der Staranalyst „viel Verwirrung im Markt und vor allem zu viel Geld“. „Da ist viel Geld vernichtet worden, und da wird weiter viel Geld vernichtet.“ Den traditionellen Herstellern empfiehlt Ellinghorst, nicht jedem Trend und jedem neuen Geschäftsmodell hinterherzulaufen. Dementsprechend könne die Autoindustrie auch bei den Kosten für Forschung und Entwicklung etwas sparen, anstatt hohe Summen in jeden neuen Technologietrend zu investieren.

Daimler-Chef Ola Källenius scheint diesem Rezept teilweise zu folgen. So sollen bei seinem Unternehmen mittelfristig die Forschungskosten sinken. Darüber hinaus kündigte Källenius unlängst auf einem Kapitalmarkttag für Investoren einen ganz grundlegenden Strategiewechsel für den angeschlagenen Autobauer an. Neben

einem strammen Sparkurs soll der Absatz von mehr Luxusautos künftig wieder für mehr Profit bei Daimler sorgen. Statt Massengeschäft steht für den Daimler-Chef vor allem die Profitabilität im Vordergrund. Im Zuge dieser Strategie soll der Absatz der margenträchtigen Konzernmarken wie Maybach oder AMG sowie der G-Klasse in den kommenden Jahren kräftig steigen. Eine weitere Expansion im Bereich unterer Fahrzeugsegmente lehnt Källenius dagegen ab. Anders als sein Vorgänger Dieter Zetsche strebt Källenius keine Absatzrekorde an. Als Vorbild für diese Strategie kann Porsche gesehen werden. Bei dem Autobauer aus Stuttgart-Zuffenhausen warf jeder verkaufte Neuwagen einen Gewinn von 9853 Euro ab.

Daneben will der Schwede den schwäbischen Autobauer auch zu einem führenden Hersteller von E-Autos machen. Schon bis 2030 sollen Elektrofahrzeuge bei Daim-

ler für die Hälfte des Umsatzes sorgen. Im Gegenzug will der 51-Jährige die Verbrenner-Varianten bis 2030 um sieben Zehntel reduzieren.

Daimler-Betriebsratschef Michael Brecht warnte inzwischen, alles auf die Karte E-Mobilität zu setzten. „Wer ohne Verbrenner plant, schlägt all denjenigen Kolleginnen und Kollegen ins Gesicht, die seit Jahrzehnten in diesen Bereichen eine hervorragende Arbeit leisten und diese Technik weiter verbessern“, so der Personalvertreter.

Tatsächlich sind mit der Abkehr vom Verbrennungsmotor bei Daimler allein in den beiden großen Motorenwerken in Stuttgart-Untertürkheim und Berlin-Marienfelde mehrere tausend Arbeitsplätze gefährdet. Die Jobverluste durch die Elektromobilität könnten sich im Zuge des angekündigten Strategiewechsels noch verstärken.

LEBENSVERSICHERUNGEN

Das Ende der Bestandsgarantie

Ab 2021 will die Allianz ihren Kunden nicht mehr den vollen Erhalt ihrer eingezahlten Beiträge zusichern

Lange Zeit galt sie als die sichere Kapitalanlage für das Alter: die private Lebensversicherung. Nun plant Deutschlands größter Lebensversicherer den Tabubruch. Die Allianz Leben will ihren Kunden vom kommenden Jahr an nicht mehr den 100-prozentigen Erhalt ihrer eingezahlten Beiträge garantieren. Ab Anfang 2021 soll bei Neuverträgen des Vorsorgeprodukts „Perspektive“ standardmäßig nur noch eine Garantie von mindestens 90 Prozent der eingezahlten Beiträge angeboten werden statt der bisherigen 100. Das teilte das Unternehmen mit. „In Umfragen haben uns zwei Drittel unserer Kunden gesagt, dass es für sie keine 100-prozentige Garantie mehr sein muss, wenn dafür die Renditechancen steigen“, begründet Volker Priebe, Vor-

stand bei Allianz Leben, gegenüber dem „Handelsblatt“ diesen Schritt.

Folge der EZB-Niedrigzinspolitik

Wie das Unternehmen weiter mitteilte, haben schon jetzt Angebote mit neuen Garantien und Risikoprodukte mittlerweile einen Anteil von 93 Prozent am Neugeschäft. Verantwortlich dafür ist die seit Jahren herrschende Niedrigzinspolitik. Die klassische Lebensversicherung mit einem Garantiezins gilt in der Branche bereits seit Längerem als Auslaufmodell. Viele Anbieter drängen Neukunden wegen des niedrigen Garantiezins von 0,9 Prozent bereits jetzt zu Produkten ohne Garantiezins, die dafür flexibler in der Anlagestrategie sind und so eine höhere Rendite versprechen. Ein

Beispiel: Für das laufende Jahr bietet die Allianz beispielsweise bei klassischen Produkten eine Gesamtverzinsung von 3,1 Prozent, allerdings mit Risikobeteiligung.

Für die Kunden könnte daraus ein Flickenteppich entstehen, der schwer zu durchschauen ist. Dorothea Mohn von der Dachorganisation Verbraucherzentrale Bundesverband (vzbv) sieht das bisherige Modell bereits als gescheitert an: „Lebensversicherungen zu diesen Konditionen sind endgültig nicht mehr zu empfehlen. Verbraucher sollten solche Verträge nicht abschließen“, erklärte sie gegenüber der „Bild“-Zeitung. Laut einer repräsentativen VZBV-Umfrage würde die Mehrheit der befragten Bundesbürger gern mehr privat fürs Alter vorsor-

gen. Sie tut es aber nicht, weil sie den Angeboten am Markt misstraut.

„Die deutsche Alterssicherung ist ein Sanierungsfall, dessen Sollbruchstellen durch die Corona-Krise abermals sichtbar geworden sind. Die gesetzliche Rente wurde per Reformen geschwächt. Und das Experiment, die private Altersvorsorge in die Hände der Finanz- und Versicherungswirtschaft zu legen, ist gescheitert“, glaubt Mohn. Sie sieht den Gesetzgeber gefordert.

Dem widerspricht Allianz-Chef Andreas Wimmer. „Die überwältigende Mehrheit der Kunden ist bereit, in der Niedrigzinsphase für höhere Renditen auf einen Teil der Garantien zu verzichten“, erklärte er. Von staatlichen Regulierungen hält er nichts. „Das muss man dem Einzelnen überlassen.“

Peter Entinger

MELDUNGEN

Grünes Licht aus Dänemark

Kopenhagen – Trotz drohender US-Sanktionen hat die dänische Energieagentur für die Gasleitung Nord Stream 2 eine Betriebserlaubnis für den Bereich des dänischen Kontinentalsockels erteilt. Erst im Oktober 2019 hatte die Energieagentur der Nord Stream 2 AG die Erlaubnis zum Bau der Gasleitung im Bereich südöstlich der Insel Bornholm erteilt. Nach ersten Sanktionsandrohungen hatten im Dezember 2019 zwei Schweizer Verlegeschiffe die Arbeiten an der Leitung vor Bornholm eingestellt. Bis zur Fertigstellung der Pipeline fehlen derzeit noch rund 160 Kilometer. Bereits im Sommer hatte die dänische Energieagentur ihre Bauerlaubnis so angepasst, dass die Arbeiten am letzten Teilstück von Nord Stream 2 auch von Verlegeschiffen ohne automatisches Positionierungssystem durchgeführt werden dürfen. Damit erweiterte sich der Kreis der Verlegeschiffe, die zur Fertigstellung der Pipeline in Frage kommen. N.H.

Deutschland stark betroffen

Berlin – Für Deutschland als Exportnation sind laut dem Verband Deutsches Reisemanagement (VDR) Geschäftsreisen unentbehrlich. 2019 haben demnach 190 Millionen geschäftlich bedingte Reisen stattgefunden, in diesem Jahr sei die Nachfrage coronabedingt erlahmt, zahlreiche Betriebe und hunderttausende Beschäftigte in ihrer Existenz bedroht. Im internationalen Vergleich sei Deutschland stärker vom Minus betroffen als andere. In den ersten sieben Monaten dieses Jahres betrug der Umsatzrückgang laut Statistischem Bundesamt 45 Prozent und das Minus bei Übernachtungen 42,2 Prozent. Laut dem Hotelverband Deutschland lag im August die durchschnittliche Zimmerauslastung der Hotelbranche bei 38,9 Prozent, wohingegen die Rentabilitätszone erst bei 60 Prozent beginne. Es sei mit einer dramatischen Insolvenzswelle zu rechnen. 14,3 Prozent der Betriebe, die überwiegend auf Dienstreisende angewiesen seien, rechneten noch in diesem Jahr mit einer Geschäftsaufgabe. Als Grund für den Rückgang werden unter anderem die Absage von Messen und Veranstaltungen genannt. MRK

Airbus schöpft Hoffnung

Hamburg – Trotz der Krise der Luftfahrt sieht der Flugzeughersteller Airbus Licht am Ende des Tunnels. Die Zahl der bestellten, aber von den Fluggesellschaften wegen der Lockdown-Krise nicht abgeholten Flugzeuge sei seit Juli von 166 auf 144 Maschinen gesunken, so ein Konzernsprecher gegenüber der „Wirtschaftswoche“. Bis zum Jahresende hoffe man, die Zahl auf unter 100 zu bringen. Trotz der Flaute decken sich einige Gesellschaften wieder mit neuen Flugzeugen ein, um mit dem sparsameren Gerät besser für den kommenden Verdrängungswettbewerb gerüstet zu sein, heißt es. Beim Hauptkonkurrenten Boeing ist die Zahl der nicht abgeholten Maschinen dagegen im selben Zeitraum um 16 auf 478 Stück gestiegen. Davon sind allerdings 423 vom Pannentyp 737Max. H.H.

KOMMENTAR

Maskendrachen

ERIK LOMMATZSCH

Da sind diese ominösen Zahlen, die täglich in den Nachrichten hinausposaunt werden, „Corona-Zahlen“ oder etwas genauer „Corona-Neuinfektionen“. Hingewiesen wird auf ständig steigende Werte. Mitunter kann man sich nicht dem Eindruck entziehen, die Politik und die sie unterstützenden großen Medien tun dies genussvoll, sind die Zahlen doch eine Bestätigung des von ihnen seit geraumer Zeit vorgetragenen Mant-ras, dass die Gefahr nicht gebannt sei und die „zweite Welle“ unmittelbar bevorstehe oder nun tatsächlich am Ausbrechen sei.

Zeigen die als amtlich betrachteten Statistiken des Robert-Koch-Instituts (RKI) einmal einen anderen Verlauf, so weiß man sich auch zu helfen. Wie beispielsweise in der „Tagesschau“ vom letzten Sonntag. Dann wird der – im Vergleich zu den Vortagen – niedrigere Wert eben mit dem der anderen Sonntage verglichen, mit dem gewünschten Ergebnis. Oder es erfolgt ein Hinweis, dass am Wochenende nicht alle Gesundheitsämter Daten an das RKI meldeten.

Vor allem aber fällt auf, dass diese Zahlen in keinerlei Relation gesetzt werden. Wie viele Personen wurden getestet? Wie viele waren negativ? Wie groß ist die Anzahl der falsch positiven Tests? Wie hoch ist die Zahl der tatsächlich behandlungsbedürftigen Patienten? Wie intensiv müssen sie behandelt werden? Wie viele Todesfälle gibt es? In welchem Verhältnis stehen diese Angaben zu Zahlen vom Frühjahr oder zu Erhebungen bei anderen Infektionskrankheiten?

Es sind nicht nur diese Fragen, die bei Teilen der Bevölkerung Unmut über die nun fast täglich verschärfkten „Corona-Maßnahmen“ hervorbringen. Während sich einige berufen fühlen, als Denunzianten und selbsternannte Hilfspolizisten die „Regelbrecher“ aufzuspüren, weicht bei anderen die Einsicht, dass die Maßnahmen nötig seien, einem Gefühl der Gängelung um des Prinzips willen. Keineswegs handelt es sich bei Letzteren um Menschen, die angesichts eines Ansteckungsrisikos jede Vorsichtsmaßnahme in den Wind schlagen würden. Sehr wohl aber um Menschen, die immer deutlicher das Gefühl haben, dass die Fokussierung auf „Corona“ unter Vernachlässigung oder Beschädigung nahezu aller anderen Lebensbereiche ein Irrweg war, der aus kaum nachvollziehbaren Gründen immer weiter fortgesetzt wird.

Man mag nicht mehr in den verschiedenen Geschäften vom inzwischen allgegenwärtigen „Maskendrachen“ polternd darauf hingewiesen werden, dass der „Mund-Nasen-Schutz“ gefälligst „richtig“ zu tragen sei. Bei den „Maskendrachen“ handelt es sich um Angestellte, die ihre Anweisungen ausführen und meist wenig Freude an der Auseinandersetzung mit den Kunden haben. Man kann nur sehr bedingt nachvollziehen, dass Alkoholgenuss Ansteckungen befördern soll, die es im nüchternen, disziplinerteren Zustand nicht gegeben hätte, vor allem wenn willkürliche Uhrzeiten für den Ausschankschluss festgesetzt werden.

Ähnliches gilt für plötzliche „Beherbergungsverbote“, vom Gedanken an das Hotel- und Gastronomiegewerbe, das nach dem „Lockdown“ gerade wieder in die Gänge gekommen war, ganz zu schweigen. Was ist mit der Krankenschwester, die unter der Hand erzählt, auf ihrer Station habe die Verwaltung angefragt, ob es nicht irgendeinen Fall gebe, den man als „Corona“ werten könne, schließlich müsse man die immensen, vorsorglich getätigten Ausgaben irgendwie rechtfertigen? Warum geht man bereits jetzt davon aus, dass die Weihnachtsmärkte allenfalls rudimentär stattfinden, obwohl diese erst in sechs Wochen eröffnen?

Ungereimtheiten fallen allerorten auf. So halten sich die Ministerpräsidenten von Sachsen und Thüringen, Michael Kretschmer (CDU) und Bodo Ramelow (Linkspartei) im Unterschied zu anderen Regierungschefs mit rigorosen Forderungen auffällig zurück oder widersprechen sogar. Wird hier sichtbar, dass „Corona-Schutz“, der ja angeblich so wichtig sein soll, nachgeordnete Bedeutung hat, wenn die Macht auf dem Spiel steht? Ramelow muss sich im April einer Wahl stellen, Kretschmer führt eine brüchige Koalition und hat ebenfalls eine bevorstehende Abstimmung vor Augen. Geht es also vielmehr um den potenziellen Wähler, den man durch übermäßige Restriktionen nicht vertreiben will?

Zu verstehen ist das alles immer weniger. Auf die Frage eines renitenten Bürgers, den die Bundesregierung als „Maskenmuffel“ bezeichnen würde, warum das denn alles nötig sei, antwortete unlängst ein hilfloser „Maskendrache“: „Das ist gesetzlich!“ Es gibt immer mehr „Maßnahmen“, bei denen vielen kaum eine andere Begründung einfiele.

RENÉ NEHRING

Seit einigen Wochen nun fliegen in der kaukasischen Region Bergkarabach Raketen und Granaten. Zwar berichten die Medien durchaus von dem Leid der betroffenen Zivilisten, und Außenminister Heiko Maas forderte pflichtschuldig ein Ende der Kämpfe, doch die große Empörungswelle bleibt aus. Die Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP) veröffentlichte ein paar Hintergrundinformationen und ein englischsprachiges Strategiepapier – der Rest ist Schweigen. Wieder einmal.

„Wieder einmal“ deshalb, weil sich erneut all jene Verhaltensmuster zeigen, welche die Haltung der Deutschen und der von ihnen gewählten Politiker gegenüber außenpolitischen Herausforderungen kennzeichnen: Krisen werden beharrlich so lange ignoriert und Potenzen so lange in Ruhe gelassen, bis aus lokalen Konflikten länderübergreifende Flächenbrände entstehen.

Anfang der 90er Jahre war der Zerfall Jugoslawiens hierzulande erst ein Thema, als die Serben, Kroaten und Bosnier untereinander furchtbare Massaker anrichteten und anschließend – erstmals seit 1945 – Kriegsflüchtlinge in Richtung Bundesrepublik aufbrechen. Das vorausgegangene Treiben des serbischen Kommunisten und Nationalisten Slobodan Milosevic war beharrlich ignoriert worden.

Auch beim 2011 ausgebrochenen syrischen Bürgerkrieg sah Deutschland lange weg, als ein Land mit einer Jahrtausende alten Kultur in den Abrund stürzte. Das Entstehen des Islamischen Staates (IS) war erst ein Thema, als die IS-Fanatiker den Terror in die europäischen Metropolen trugen. Doch unternommen wurde – nichts. Als die Russen ins Geschehen eingriffen – und dabei selbstverständlich eigene Interessen verfolgten – gab es aus Berlin wohlfeile Ratschläge.

Die Türkei, die sich seit dem Aufstand gegen das Assad-Regime durchaus vorbildlich um die Flüchtlinge aus den syrischen Bürgerkriegsgebieten kümmerte, ließ man solange mit dem Problem allein, bis die Türken am Ende ihrer Kräfte waren – und die heimatlosen Syrer in Richtung Europa weiterreichten. Mit ihnen kamen bekanntlich nicht nur Flüchtlinge aus dem Kriegsgebiet, sondern Asylsuchende aus allen Regionen der Welt. Seitdem sitzt der türkische Präsident Recep Tayyip

LEITARTIKEL

Kaukasische Lehren



Gemeinsam gegen das christliche Armenien: Die muslimischen Präsidenten der Türkei und Aserbaidshans, Recep Tayyip Erdoğan und Ilham Älijew, dieses Jahr in Baku (v.l.)

Erdoğan am längeren Hebel. Er kann jeder Forderung an die Europäer – vor allem in Richtung Deutschland – mit einem Hinweis auf etwaige neue Migrationswellen Nachdruck verleihen.

Diese Konstellation nutzt Erdoğan nun auch im Kaukasus. Der Herrscher am Bosphorus weiß um die strategische Bedeutung seines Landes. Deshalb

Während der türkische Präsident Erdoğan in Bergkarabach zündelt und dabei die Unterstützung der muslimischen Welt hat, schaut der Westen – wieder einmal – tatenlos zu

kann er seine aserbaidshanischen Glaubensbrüder gegen die christlichen Armenier in Stellung bringen, ohne dass ihm eines der großen europäischen Länder entgegentritt.

Die Bundesrepublik Deutschland, die gern zu den gewichtigen Akteuren des internationalen Geschehens gehö-

ren will, seit Jahren einer der größten Beitragszahler der UN ist und beharrlich einen ständigen deutschen Sitz im UN-Sicherheitsrat ins Gespräch bringt, erweist sich einmal mehr als zahnloser Tiger, der gern Worte wie „Verantwortung“ brüllt, am Ende jedoch vor den eigentlichen Dompteuren der Weltpolitik kuscht. Dies nicht zuletzt deshalb, weil der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik (siehe den Zustand der Bundeswehr) die Mittel fehlen, um eigenen Forderungen im Zweifel Nachdruck verleihen zu können.

Das Problem ist jedoch nicht nur die militärische Schwäche. Mindestens ebenso schwer wiegt das mangelnde Bewusstsein in der deutschen Öffentlichkeit dafür, dass die Zeit des Versteckens hinter den Schultern der Großmächte vorbei ist und Deutschland seine strategischen Hausaufgaben allein lösen muss. Regionen wie der Norden Afrikas, der Nahe Osten oder der Kaukasus mögen zwar weit entfernt liegen, geopolitisch liegen sie für die Zentralmacht Europas jedoch in unmittelbarer Nachbarschaft.

Wenn die Deutschen nicht lernen, Konflikte an der europäischen Peripherie – wie eben jenen im Kaukasus – als Herausforderung für die eigene Sicherheit zu begreifen, werden sie in Zukunft immer wieder erleben, dass die Probleme der Nachbarn schnell ihre eigenen werden. Spätestens dann, wenn die nächsten Flüchtlinge um Asyl nachsuchen.

PORTRÄT

Neue Abwehrstrategin



MAD-Chefin: Martina Rosenberg

Man hätte darauf wetten können, dass es eine Frau wird. Nachdem Bundesverteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer den Chef des Militärischen Abschirmdiensts (MAD) der Bundeswehr, Christof Gramm, wegen seiner angeblich zu zögerlichen Aufdeckung rechtsradikaler Unterwanderung in der Truppe kurzerhand abgesetzt hatte, berief sie die Juristin **Martina Rosenberg** zur Leiterin des militärischen Nachrichtendienstes.

Der Trend zur Feminisierung der Bundeswehr unter Kramp-Karrenbauer, die aber zuletzt an der Durchsetzung von Gender-Dienstgraden (Frau Feldwebelin) scheiterte, setzt sich damit fort. Rosenberg ist zwar die erste Frau an der Amtsspitze, aber keineswegs die erste Nicht-Soldatin. Auch fünf ihrer sechs Vorgänger

FOTO: CORNELIA REDEL/BUNDESWEHR

wehrverwaltung, war dort Geheimschutzbeauftragte und Rechtsberaterin bei der 7. Panzerdivision in Düsseldorf. 2006 setzte sie ihre Karriere als Referatsleiterin im Verteidigungsministerium fort, um dann 2018 als Bundeswehrdisziplinaranwältin ans Bundesverwaltungsgericht nach Leipzig zu wechseln, wo sie mit ihren 14 Mitarbeitern aber direkt ihrer Dienstherrin Kramp-Karrenbauer unterstellt war.

Als Anwältin ist Rosenberg bereits mit der Bekämpfung von Rechtsextremismus in den Streitkräften in Berührung gekommen. Dieses Hauptanliegen Kramp-Karrenbauers – der Ärger um das neue Sturmgewehr oder der mangelnden Ausrüstung der Truppe hin oder her – soll Rosenberg jetzt mit der Reform des pannengeseigneten MAD umsetzen.

H. Tews

Preußische Allgemeine

IMPRESSUM

Chefredakteur: René Nehring (V.i.S.d.P.)

Verantwortliche Redakteure: Politik, Wirtschaft, Berlin, Mensch & Zeit: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbrief: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruoff; Buchseite, Bildredaktion, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Die Pommer-sche Zeitung: Brigitte Stramm.

Korrespondenten: Norman Hanert (Berlin), Edyta Gladkowska (Allenstein), Jurij Tschernyschew (Königsberg).

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchstraße 4, 22087 Hamburg.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehrnstr. 1, 24782 Büdelsdorf. **ISSN** 0947-9597.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2019: Inland 12 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 14,50 Euro, Luftpost 18,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem

Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Einzelverkaufspreis: 2,90 Euro.

Anzeigen: Ingrid Stuthmann. Es gilt Preisliste Nr. 33.

Konten: Commerzbank AG, IBAN: DE64 2004 0000 0634 2307 01, BIC: COBADEFFXXX oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDEFF (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Telefon (040) 4140 08-0
Telefon Redaktion (040) 4140 08-32
Fax Redaktion/Anzeigen (040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen (040) 4140 08-32
Telefon Vertrieb (040) 4140 08-42
Fax Vertrieb (040) 4140 08-51

Internet: www.paz.de

E-Mail: redaktion@paz.de
anzeigen@paz.de
vertrieb@paz.de

Landsmannschaft Ostpreußen: www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle: lo@ostpreussen.de

Reiche Erzählung auf kargem Land

Zum Tode des Schriftstellers und Essayisten Günter de Bruyn

VON RENÉ NEHRING

Ein Bestsellerautor war er selten – und dennoch ein großer Erzähler. Als am Donnerstag vergangener Woche die Nachricht vom Tode Günter de Bruyns die Runde machte, wurde in den Online-Meldungen gemeinhin von einem „DDR-Schriftsteller“ gesprochen. Das ist nicht falsch – und dennoch bei Weitem nicht alles. Tatsächlich war Günter de Bruyn ein aus der Zeit Gefallener; ein Geschichte- und Geschichtenerzähler, der sich von keinem Staat vereinnahmen ließ. Allenfalls vom alten Preußen.

Ein „DDR-Schriftsteller“ war er insofern, als es ihn, den 1926 in Berlin Geborenen, nach dem Zweiten Weltkrieg in die Mark Brandenburg verschlagen hatte. Dort lebte er zunächst als Lehrer und Bibliothekar, seit 1961 als freier Autor. Die Zustände im „Arbeiter-und-Bauern-Staat“ bestimmten auch seine ersten Werke wie den Roman „Buridans Esel“, für dessen Verfilmung unter dem Titel „Glück im Hinterhaus“ Ulrich Plenzdorf das Drehbuch schrieb.

De Bruyns Haltung gegenüber dem SED-Staat war ambivalent. Ein offen Oppositioneller war er zunächst nicht; ganz im Gegenteil gehörte er zwischen 1965 und 1978 dem Zentralvorstand des Schriftstellerverbandes der DDR an und war von 1974 bis 1982 Mitglied im Präsidium des PEN-Zentrums der DDR.

Doch wie alle, denen es in 40 Jahren Sozialismus gelang, ihre innere Freiheit zu wahren, geriet auch de Bruyn zunehmend in Opposition zum Regime. 1976 unterzeichnete er den Protest gegen die Ausbürgerung des Liedermachers Wolf Biermann, 1981 kritisierte er auf einem Schriftstellerkongress offen, dass die DDR zwar christliche Anti-Kriegs-Initiativen im Ausland unterstützte, im eigenen Land



Im Garten seines Hauses in Görsdorf: Günter de Bruyn (* 1. November 1926, † 4. Oktober 2020)

Foto: pa

jedoch bekämpfte. Im Oktober 1989 verweigerte er die Annahme des Nationalpreises der DDR. Der Roman „Neue Herrlichkeit“ wurde von der Zensur eingekassiert und konnte 1984 zunächst nur im Verlag S. Fischer in Frankfurt am Main erscheinen.

Flucht in die Geschichte

Dass de Bruyns geistige Welt zunehmend eine andere war als die der DDR, zeigt auch seine Biographie „Das Leben des Jean Paul Friedrich Richter“ über den fränkischen Romancier Jean Paul aus dem Jahre 1975. Der Griff in die Kulturgeschichte ermöglichte zumindest die

gedankliche Flucht aus der alltäglichen Enge der sozialistischen Diktatur. Schon zu DDR-Zeiten widmete sich de Bruyn jenem Thema, das ihn nach 1990 zu einem der bedeutendsten gesamtdeutschen Autoren werden ließ: die Geschichte Preußens und seiner blühenden Kulturlandschaft um 1800.

1979 erschien „Märkische Forschungen“, eine „Erzählung für Freunde der Literaturgeschichte“. Und mit Gerhard Wolf gab er die Reihe „Märkischer Dichtergarten“ heraus, in der sie preußische Dichter und Denker wie Theodor Gottlieb von Hippel, Friedrich de la Motte Fouqué, Ludwig Tieck, Rahel Levin,

Friedrich Nicolai und andere dem Vergessen entrissen.

Nach dem Ende des SED-Staats widmete sich de Bruyn ganz seiner märkisch-preußischen Heimat. Blieben Titel wie „Mein Brandenburg“ (1993) eher Liebhabern vorbehalten, so fanden sich die Bände seiner „preußischen Trilogie“ – „Die Finckensteins. Eine Familie im Dienste Preußens“ (1999), „Preußens Luise. Vom Entstehen und Vergehen einer Legende“ (2001) sowie „Unter den Linden“ (2002) – auf den Bestsellerlisten wieder.

Es war jene Zeit, als Bundesregierung und Bundestag gerade ihren Sitz nach Berlin verlegt hatten – und all die Minis-

ter, Abgeordneten und Mitarbeiter, aber auch die Verbandsvertreter und Journalisten, die mit ihnen an die Spree zogen, kaum etwas von der alten Hauptstadt und deren einstiger geistigen Blüte wussten. In dieser Zeit des Umbruchs, deren Geschichte von den Historikern noch nicht erzählt ist, gab die „preußische Trilogie“ der entstehenden Berliner Republik ein Stück historische Orientierung und geistige Heimat.

Beeindruckendes Spätwerk

Großartig auch das Spätwerk de Bruyns. In „Abseits“, seiner „Liebeserklärung an eine Landschaft“ (2006), pries er mit liebevollen Worten jenen südöstlichen Teil der Mark Brandenburg, der ihm seit Jahrzehnten zur Heimat geworden war. Und er zeigte, dass – typisch für die gesamte preußische Geschichte – auch auf kargen Böden eine reiche Kultur gedeihen kann. In seinen Büchern „Als Poesie gut. Schicksale aus Berlins Kunstepoche 1786 bis 1807“ (2006) sowie „Die Zeit der schweren Not. Schicksale aus dem Kulturleben Berlins 1807 bis 1815“ (2010) kehrte der Schriftsteller in zauberhaften Miniaturen noch einmal zur Blütezeit der Berliner Klassik zurück. Und in „Sünder und Heiliger. Das ungewöhnliche Leben des Dichters Zacharias Werner“ (2016) erzählte er von dem Lebensweg des Königsberger Priesters, Predigers und Dichters, der – 1768 geboren – während seines Studiums noch Kant hörte, um 1800 herum in Berlin weilte, später ins Rheinland und weiter nach Wien zog.

Am 4. Oktober 2020 ist Günter de Bruyn im Alter von 93 Jahren verstorben. Mit seinen Erzählungen hat er den großen und kleinen Episoden der preußischen Geschichte bleibende literarische Denkmäler gesetzt – und hat dabei gezeigt, dass das alte Preußen noch immer eine große geistige Kraft entfaltet.

ALFRED PARTIKEL

Eins geworden mit zweitliebster Landschaft

Seit 75 Jahren verschollen – Das rätselhafte Verschwinden des ostpreußischen Künstlers in der Künstlergemeinde Ahrenshoop

Das „Ahrenshooper Holz“, ein 54 Hektar großes Waldgebiet unweit der berühmten Künstlerkolonie, kann einen in der dunklen Jahreszeit schon mal das Fürchten lehren. Eine unheilvolle Stimmung herrscht inmitten dieser urwüchsigen Landschaft nahe des riesigen Darßer Walds mit ihren geheimnisvollen Buchen und Eichen, die sicher manche Geschichte erzählen könnten.

Doch eines der größten Geheimnisse haben die altherwürdigen Bäume bis heute nicht freigegeben: das Verschwinden des ostpreußischen Malers Alfred Partikel am 20. Oktober 1945 in genau diesem sagenumwobenen Gebiet, nachdem er morgens zum Pilze sammeln aufgebrochen war, kam er nie wieder zurück.

Aus Ostpreußen war der damals 56-jährige Partikel mit dem Fahrrad vor der immer näher kommenden Sowjetarmee geflohen. Hatte die über 700 Kilometer weite Strecke unter Strapazen bewältigt, nachdem er nicht nur seine Heimat, sondern auch seinen 1944 in Russland gefallenen Sohn Adrian verloren hatte, um dann auf bis heute ungeklärte Art und Weise ums Leben zu kommen.

Bis heute wird darüber spekuliert, wie der Maler damals wohl gestorben sein mag. Ist er irgendwo im Sumpf eingesunken und erstickt? Haben ihn Angehörige des sowjetischen Militärs, die zu dieser Zeit in der Gegend stationiert waren, bei der Jagd oder einem Patrouillengang versehentlich erschossen?

Kunstprofessor in Königsberg

Dorfbewohner wollen zwar an diesem Tag Schüsse im Wald gehört haben, doch die zuständige Militärbehörde wies den Vorwurf stets von sich, und Partikels Leiche wurde nie gefunden. Ein möglicher Unfalltod und sogar Wildschweine, die in dieser Gegend verstärkt marodierten, wurden für die verschiedenen Theorien über Partikels Tod herangezogen.

Einige Künstler machten sich 2017 für das „Neue Kunsthaus Ahrenshoop“ Gedanken über das „rätselhafte Verschwinden des Malers Alfred Partikel“ und versuchten, sich dem Thema aus heutiger Sicht zu nähern und den Gedankenprozess schöpferisch umzusetzen.

Weniger rätselhaft ist hingegen sein Werdegang. Der 1888 in Goldap geborene Partikel, der seine Ausbildung an der Kö-

nigsberger Akademie erhalten hat, wurde vor allem durch seine ostpreußischen Landschaftsbilder berühmt, die noch heute bei Auktionen hohe Preise erzielen. 2017 wurde zum Beispiel für das Gemälde „Bäuerin mit zwei Ziegen“ (1920) bei der traditionellen alljährlichen Ahrenshooper



Professor gibt Malunterricht: Alfred Partikel an der Königsberger Kunstakademie

Kunstauktion ein Höchstgebot von 13.000 Euro abgegeben. Durch seine Mitgliedschaft in der Künstlergruppe „Freie Secession“ in Berlin lebte Partikel zeitweilig zwar auch dort, doch mit der Großstadt wurde er nie richtig warm.

Partikel liebte die Landschaft seiner Heimat, und in seinen Gemälden bekam man, was man sah: keine versteckten Botschaften, keine verwegenen Experimente et cetera, wie es in der Berliner Kunstwelt der 1920er Jahre schon mal vorkam. Hier war ein Maler alter Schule am Werk, den Experten sogar mit den alten holländischen Meistern des ausgehenden 16. Jahrhunderts oder auch mit Caspar David Friedrich verglichen. Partikels Stil war oft karg und melancholisch, mit breiten Pinselstrichen, die sich dann schichtförmig den Horizont ausbreiteten, und das in bräunlichen Herbstfarben.

Sehr oft war Winter, vor allem in seinen ostpreußischen Landschaftsbildern, die zum Beispiel „Tauschnee“, „Winterdorf“ oder „Winterlandschaft“ hießen. An figürlichen Darstellungen sah man darauf häufig den Prototyp des ländlichen Ostpreußen: den pflügenden Bauern. In der Regel spielten die Menschen eher eine

untergeordnete Rolle bis hin zu einer lediglich schemenhaften Darstellung wie zum Beispiel das „Bauernmädchen“, das eine weiße Arbeitshaube trug und dadurch fast schon klösterlich-fromm wirkte. Manchmal fehlten die Menschen auf Bildern wie „Boddenlandschaft bei Ahrenshoop“ aber auch vollständig, vielleicht, weil der Maler sie sowieso als extrem mit ihrer Heimat verschmolzen sah.

Partikel hatte die Gegend durch seine Ehefrau Dorothea geborene Körte, deren Familie dort lebte, kennen und lieben gelernt. Hatte durch sie also mit dem Darß eine weitere Landschaft gefunden, die ihn zu Werken von stiller Poesie inspirierte. Und natürlich den Ort Ahrenshoop, wo er 1925 ein Haus in der Dorfstraße 32 auf einem Grundstück baute, das Dorotheas Mitgift war. Vier Jahre später wurde er zum Professor für Landschaftsmalerei in Königsberg berufen, was nicht verhinderte, dass 1937 vier der Werke dieses sehr traditionellen Malers als „entartet“ gebrandmarkt wurden.

Es mag vielleicht ein Trost sein, dass Partikel mit seinem Ableben in gewisser Weise mit seiner zweitliebsten Landschaft eins wurde.

Bettina Müller

FREIHEITSGLOCKE

Berlins Pendant zur Liberty Bell in Philadelphia

Als am 8. Juli 1776 die Amerikanische Unabhängigkeitserklärung auf dem Independence Square (Unabhängigkeitsplatz) in Philadelphia das erste Mal verlesen wurde, wurde die Liberty Bell, die Freiheitsglocke geläutet. Sie ist bis zum heutigen Tag für die US-Amerikaner ein Nationalsymbol.

Eine derartige Glocke sollte auch das stark US-amerikanisch geprägte



70 Jahre Freiheitsglocke in Berlin

West-Berlin der Nachkriegszeit bekommen. Die Freiheitsglocke in Berlin wurde in der Londoner Gießerei Gillett & Johnston gegossen. Sie wurde initiiert vom „Vater der Berliner Luftbrücke“ General Lucius D. Clay, Militärgouverneur der US-amerikanischen Besatzungszone in Deutschland und Vorsitzender des Nationalkomitees für ein freies Europa. Und sie wurde finanziert durch US-amerikanische Spenden. Zum Spendensammeln wurde die Glocke auf einen „Kreuzzug für die Freiheit“ durch die USA geschickt.

16 Millionen US-Amerikaner spendeten und unterzeichneten den folgenden Freiheitsschwur: „Ich glaube an die Unantastbarkeit und an die Würde des einzelnen Menschen. Ich glaube, dass allen Menschen von Gott das gleiche Recht auf Freiheit gegeben wurde. Ich schwöre, der Aggression und der Tyrannei Widerstand zu leisten, wo immer sie auf Erden auftreten werden. Ich bin stolz darauf, am Kreuzzug für die Freiheit teilgenommen zu haben. Ich bin stolz darauf, dass ich zur Herstellung der Freiheitsglocke beigetragen habe und diese Freiheitserklärung unterschrieben habe, dass mein Name nun ein ewiger Bestandteil des Freiheitsschreins in Berlin sein wird, und dass ich mich den Millionen Männern und Frauen in der ganzen Welt angeschlossen habe, denen die Sache der Freiheit heilig ist.“

Die gut zehn Tonnen schwere Freiheitsglocke mit der programmatischen Inschrift „Möge diese Welt mit Gottes Hilfe eine Wiedergeburt der Freiheit erleben“ und die Unterschriftenlisten kamen schließlich nach West-Berlin, wo sie im Turm des Rathauses Schöneberg eine Heimat finden sollten. Am 21. Oktober 1950 traf die Glocke vor dem Sitz des Regierenden Bürgermeisters ein. Anschließend wurde sie außen am Turm emporgezogen. Drei Tage später, am Tag der Vereinten Nationen, versammelte sich eine halbe Million Menschen vor dem Rathaus und in den umliegenden Straßen. In Anwesenheit des Bundeskanzlers Konrad Adenauer, des Hohen Kommissars der USA in Deutschland, John J. McCloy, und Clays erklang die Freiheitsglocke zum ersten Mal.

Manuel Ruoff

KARL V.

Aufbruch zur Eroberung der Welt unter einer gekauften Krone

Am 23. Oktober 1520 wurde der „erwählte Kaiser des Heiligen Römischen Reiches“ im Kaisertum zu Aachen durch den Kölner Erzbischof Hermann V. von Wied gekrönt

VON KLAUS J. GROTH

Die Kaiserkrone war gekauft. Mit dem Geld von Jakob Fugger konnte der spätere Karl V. seinen aussichtsreichsten Konkurrenten, den französischen König Franz I., ausstechen. Der hatte ihm mit feiner Ironie geschrieben: „Sire, wir beide werben um dieselbe Dame.“ Die „Dame“ war das Heilige Römische Reich. Karl setzte dem Geschacher zwischen den Bewerbern und den sieben Kurfürsten ein Ende, indem er den Wahlmännern 851.918 Gulden zukommen ließ.

Das Verfahren war nicht unüblich, wohl aber die Höhe der Summe. Karl begab sich damit in die politische Abhängigkeit der Fugger. 1521 betrugen seine Schulden 600.000 Gulden. Er beglich einen Teil davon, indem er dem Fugger den Ertrag von Silber- und Kupferminen überließ. Als die Reichsstände beim Reichstag von Nürnberg die Monopole von Firmen, vor allem einer in Augsburg, beschneiden wollten, schrieb Jakob Fugger an den Kaiser: „Es ist auch wissentlich und liegt am Tage, das Eure Kaiserliche Majestät die römische Krone nicht ohne mein Zutun hätte erlangen können.“ Damit war das Thema vom Tisch.

Mit dem Wahlspruch „Immer weiter“ erschloss der Habsburger Regionen und Reichtümer

Karl V. trug bereits seit seiner Jugend mehrere ererbte Kronen. Er war Herzog der Burgundischen Niederlande, als Carlos I. König von Spanien (Kastilien) und Erzherzog von Österreich. Nach seiner Krönung wurde die Liste seiner Titel und Besitztümer immer länger. Er nannte sich Herr über Germanien, Kastilien, Ungarn, Kroatien, Burgund, Mallorca, Schwaben und schließlich auch Friesland. Diese Fülle der Macht genügte ihm nicht. Sein Ziel war eine Universalmonarchie, in welcher der Kaiser über allen Königen stand. Er verstand sich als Schutzherr des Abendlands vor den anstürmenden Osmanen und Verteidiger des römisch-katholischen Glaubens.



Karl V.: Ölgemälde von Tizian aus dem Jahre 1548

Als Sohn von Philipp I. (dem Schönen) und Johanna (der Wahnsinnigen) wurde er am 24. Februar 1500 am Prinzenhof von Gent geboren. Seine Verwandte Margarete, Regentin in Burgund, ließ das Kind von Gelehrten erziehen – die Eltern hielten sich zur Wahrung ihrer Thronansprüche in Spanien auf. Karl wird als würdevoll beschrieben und tapfer in Turnieren, aber scheu und kränkelnd. Seine Habsburger Unterlippe, ein infolge von Inzucht deformierter Unterkiefer, behinderte ihn beim Sprechen. Die Porträts von Tizian zeigen ihn im schwarzen Gewand oder im Harnisch mit einem rötlichen Spitzbart, der die Entstellung seines Gesichts kaum kaschiert.

Bekämpfung der Reformation

Die Regierungszeit des Kaisers war bestimmt von tiefgreifenden Veränderungen. Die Konquistadoren sprengten die Grenzen der bis dahin bekannten Welt, und die Reformation brachte die Bastion der römisch-katholischen Kirche ins Wanken. Bald nach seiner Krönung reiste Karl nach Worms, um 1521 am Reichstag teilzunehmen. 80 Fürsten, 130 Grafen und Abgesandte ausländischer Könige

mit ihrem Gefolge waren erschienen. Höhepunkt war der Auftritt Martin Luthers. Der Kaiser legte ihn in die Reichsacht und verbot seine Schriften mit dem Wormser Edikt. Die Ausbreitung der Reformation konnte er nicht verhindern.

„Non plus ultra“, sinngemäß „Hier nicht weiter“, diese Inschrift stand in der griechischen Mythologie auf den Säulen des Herakles, die am Austritt des Mittelmeers das Ende der Welt markierten. Karl V. wandelte den Spruch um. „Plus ultra“, „Immer weiter“, wurde seine Maxime. Sie symbolisierte die Aufbruchstimmung dieser Epoche. Im Auftrag Karls segelten spanische Schiffe über die Meere, um „Inseln und Festländer zu entdecken, reiche Gewürzvorkommen und andere Dinge“, so der Wunsch des Kaisers. Hernán Cortés eroberte mit der Huld „Allerhöchstdero“ Mexiko und Francisco Pizarro Peru im Westen, Fernando Magellan entdeckte in Südostasien ein Gewürzparadies ohnegleichen, die Philippinen, benannt nach Karls ältestem Sohn. Der Kaiser konnte mit Recht von sich behaupten, dass in seinem Reich die Sonne nicht untergehe.

Kolonialisierung Amerikas

In Mittel- und Südamerika fanden die Spanier das sagenumwobene Dorado. Sie versklavten die Azteken und Inkas und ließen sie in den Gold- und Silberminen schuften. Unter dem Vorwand, die Heiden zum Christentum zu bekehren, duldete der Kaiser die brutale Kolonialisierung seiner „neuspanischen“ Gebiete. Der Bischof Bartolomé de Las Casas verurteilte die Ausbeutung der Einheimischen aufs Schärfste und dokumentierte die Verbrechen der Spanier in seinen Schriften. Um sein Gewissen zu beruhigen und Kritiker zum Schweigen zu bringen, verfügte Karl, dass Indios, die sich bekehren ließen, nicht mehr versklavt werden dürften und für ihre Arbeit in den Minen bezahlt werden sollten.

Doch die Anordnung stieß bei seinen Statthaltern in den Vizekönigreichen in Mexiko und Peru auf wenig Gehör. Die schwere Arbeit und die eingeschleppten Krankheiten rotteten das Volk der Azteken und der Inka aus. Ihr Gold brachte auch den Menschen in Europa Tod und Verderben. Ohne den ständigen Nachschub hätte Karl seine Kriege nicht finanzieren können. Der Kaiser, der angetreten war, Frieden zu schaffen, führte fast ununterbrochen Krieg, gegen Franz I. und dessen Nachfolger Heinrich II., die den Anspruch des Habsburgers auf Italien nicht anerkennen wollten, gegen die Osmanen zur Eroberung von Tunis, gegen den Schmalkaldischen Bund der protestantischen Fürsten.

Immer mehr Landesherrn bekannten sich zur Lehre Luthers und düpierten ihren Kaiser. Der Augsburger Reichs- und Religionsfrieden 1555 erkannte gegen dessen Willen das Luthertum an. Die Fürsten konnten die Konfession für ihr Land selbst wählen. Der Kaiser stand vor seinem „Non plus ultra“. Zum Rückzug gedrängt begab er sich ins Kloster Yuste (Extremadura), in dem er am 21. September 1558 starb. Als sein Nachfolger wurde sein Bruder Ferdinand zum Kaiser gekrönt. Die Säulen des Herakles mit Karls Wahlspruch „Plus ultra“ schmückten noch heute das Wappen und die Flagge Spaniens.

Foto: Museo del Prado



Der Hauptsitz des US-amerikanischen Auslandsgeheimdienstes Central Intelligence Agency: Das George Bush Center for Intelligence in Langley, Fairfax County, Virginia

VON WOLFGANG KAUFMANN

MORDANSCHLÄGE

Wie es die Führungsmacht des Westens damit hält

Vor 50 Jahren wurde der deutschstämmige Oberbefehlshaber der chilenischen Landstreitkräfte, General René Schneider, erschossen

Jedes Mal, wenn ein russischer Dissident oder Überläufer unter mysteriösen Umständen zu Schaden oder gar ums Leben kommt, empören sich im Westen Regierungen und Medien über angebliche Mordanschläge im Auftrage Moskaus. Da drängt sich unabhängig davon, dass stets ungeklärt blieb, wer nun wirklich hinter den Attentaten auf Personen wie Alexander Litwinjenko, Emilian Gebrew, Sergej Skripal, Nikolaj Gluschkow und Alexej Nawalnyj steckt, die Frage auf, wie es denn die Führungsmacht des Westens mit Mordanschlägen und gezielten Tötungen hält.

Die 1947 gegründete US-amerikanische Central Intelligence Agency (CIA) initiierte wahrscheinlich mehr Attentate als jeder andere Geheimdienst der Welt. Ein Beispiel jährt sich dieser Tage zum 50. Mal. Am 25. Oktober 1970 starb der deutschstämmige Oberbefehlshaber der chilenischen Landstreitkräfte, General René Schneider, an den Verletzungen, die ihm ein Kommando zugefügt hatte, das von der CIA unterstützt worden war. Der Anschlag erfolgte aufgrund der verfassungstreuen Haltung Schneiders, denn mit dieser konterkarierte er die Pläne chilenischen Militärs und des Nationalen Sicherheitsberaters des US-Präsidenten Richard Nixon, Henry Kissinger, die bevorstehende Wahl des Sozialisten Salvador Allende zum Staatspräsidenten des Andenlandes auf gewaltsamem Wege zu verhindern. Und auch bei der Ermordung von Schneiders ebenfalls verfassungstreuem Nachfolger, General Carlos Prats, der nach Allendes Sturz im argentinischen Exil am 30. September 1974 in Buenos Aires gemeinsam mit seiner Ehefrau durch eine Autobombe getötet wurde, hatte die CIA ihre Hände im Spiel.

Das Gleiche gilt für den ebenfalls tödlichen Sprengstoffanschlag auf Orlando Letelier, bis 1973 Außen-, Innen- und Verteidigungsminister unter Allende, sowie dessen Assistentin Ronni Karpen Moffitt am 21. September 1976. Dieses Attentat war Teil der von den USA beziehungsweise der CIA unterstützten Operation Condor der Geheimdienste von insgesamt neun südamerikanischen Diktaturen, die von 1975 bis 1989 lief. Deren Zweck bestand unter anderem darin, Oppositionelle im In- und Ausland zu eliminieren.

Scheinheilige Kritik an Russland

Ins Visier der CIA gerieten aber nicht nur südamerikanische Politiker und Militärs. Auf der Abschussliste des US-Auslandsge-

heimdienstes standen auch noch folgende Personen, deren Ermordung jedoch misslang: der kubanische Staats- und Parteichef Fidel Castro, den die CIA wohl fast drei Dutzend Mal zu töten versuchte; der Führer der Unabhängigkeitsbewegung im Kongo, Patrice Lumumba, der von politischen Rivalen im eigenen Land massakriert wurde, ehe die CIA zuschlagen konnte; die den USA lästig gewordenen Potentaten der Dominikanischen Republik und Südvietnams, Rafael Trujillo und Ngo Dinh Diem, die das gleiche Schicksal traf; der 2011 gestürzte und unter ungeklärten Umständen zu Tode gekommene libysche Revolutionsführer Muammar al-Gaddafi; der 2006 nach einem formellen Gerichtsverfahren gehenkte irakische Diktator Saddam Hussein; der chinesische Ministerpräsident Zhou Enlai; Kambodschas König und Staatsoberhaupt Norodom Sihanouk; der sowjet- und kubafreundliche Premierminister Jamaikas Michael Manley; der schiitische Großajatollah und geistliche Führer der Hisbollah Scheich Muhammad Hussein Fadlallah.

Viele der älteren Mordkomplote der CIA flogen 1974/75 auf, als investigative

Journalisten und zwei von Präsident Gerald Ford beziehungsweise dem Senat eingesetzte Untersuchungskommissionen Geheimdokumente über die Machenschaften des Auslandsgeheimdienstes veröffentlichten oder zumindest Berichte auf deren Basis vorlegten. Besonderes Aufsehen erregten dabei die Publikationen des Reporters Seymour Hersh von der „New York Times“ zum Inhalt der family jewels (Familienjuwelen) der CIA – so die inoffizielle Bezeichnung für die 693 Seiten umfassende Aktenammlung über die Mordpläne und -aktionen seitens des Dienstes.

In Reaktion auf die family jewels sowie die Berichte der U.S. President's Commission on CIA activities within the United States (Kommission des US-Präsidenten zur Untersuchung von CIA-Aktivitäten innerhalb der USA) und des United States Senate Select Committee to Study Governmental Operations with Respect to Intelligence Activities (Sonderausschusses des US-Senats zur Untersuchung des Regierungshandelns mit Bezug zu Aktivitäten der Nachrichtendienste) erließ Ford am 18. Februar 1976

die United States Presidential Executive Order EO 11905, in der es hieß: „Kein Angestellter der Regierung der Vereinigten Staaten darf sich an politischen Attentaten beteiligen oder sich dazu verschwören.“ Die Ermordung Leteliers zeigte indes, dass diese Weisung nicht ausreichte. Deshalb verschärften und erweiterten Fords Nachfolger Jimmy Carter und Ronald Reagan mit der EO 12036 und der EO 12333 das Tötungsverbot später noch. Nunmehr galt es beispielsweise auch für Personen, die lediglich im Auftrage der US-Regierung agierten.

Family Jewels

Mit Beginn des „Krieges gegen den Terror“ nach dem 11. September 2001 traten diese Regelungen aber faktisch alle außer Kraft. Seither gehören gezielte Mordanschläge mehr denn je zum Alltag der CIA. Erinnert sei hier nur an die „außergerichtlichen Exekutionen“ des al-Kaida-Führers Osama bin Laden sowie des Oberhauptes des Islamischen Staates und selbsternannten Kalifen Abu Bakr al-Baghdadi. In beiden Fällen war die CIA in maßgeblicher Weise an der Aufspürung der Opfer beteiligt, und bei der Erschießung bin Ladens leitete die CIA die Operation auch.

Gegenwärtig kommen zumeist unbemannte Drohnen zum Einsatz, um die Personen zu eliminieren, die auf den Todeslisten der CIA stehen. So starb beispielsweise der einflussreiche Dschihadist Anwar al-Awlaki im Jemen durch einen gezielten Angriff aus der Luft. Die CIA selbst bezweifelt seit geraumer Zeit, dass solche Attacken nachhaltigen Nutzen bringen. Das belegt nicht zuletzt der an die Presse durchgestochene CIA-Bericht über „High-Value Targeting Operations“, also die gezielte Ausschaltung von hochrangigen Feinden der USA, vom 7. Juli 2009. In diesem Papier heißt es, die Tötungen würden den Gegner nur immer weiter radikalisieren und ihm zugleich auch noch zahlreiche neue Anhänger bescheren.

Chilenische Anschlagopfer



Nicht zuletzt die Empörung über die Tötung des Generals **René Schneider** soll Chiles Christdemokraten dazu bewogen haben, bei der Präsidentenwahl vom 24. Oktober 1970 Allende zu unterstützen



Schneiders Nachfolger als Oberbefehlshaber der Landstreitkräfte, General **Carlos Prats**, wurde während Allendes Präsidentschaft mehrfach Kabinettsmitglied und 1972 sogar Vizepräsident



Orlando Letelier fungierte während Allendes Präsidentschaft als Botschafter in den USA, sowie Außen-, Innen- und Verteidigungsminister. Ab 1975 war er für das Institute for Policy Studies in Washington tätig

„CHRISTOPH 1“

Geburtsstunde der zivilen Luftrettung

Am 1. November 1970 wurde in München mit dem am Klinikum Harlaching stationierten Rettungshubschrauber „Christoph 1“ der erste zivile Rettungshubschrauber in der Bundesrepublik in Dienst gestellt.

Der erfolgreiche Einsatz von Rettungshubschraubern beim Militär legte es nahe, den wendigen, schnellen und mit wenig Platz zu Start und Landung auskommenden Helikopter auch zur Rettung von Zivilisten einzusetzen. Einen ersten Modellversuch in Deutschland gab es im Sommer 1967 in Hessen. Er wurde vom Praktischen Arzt Hans-Werner Feder aus Ober-Mörlen mit dem Gau Hessen des Allgemeinen Deutschen Automobil-Clubs (ADAC) und dem Landesverband Hessen des Deutschen Roten Kreuzes (DRK) durchgeführt mit einem am Flugplatz Anspach im Taunus stationierten zweiseitigen Hubschrauber vom Typ Brantly B-2. Von den Ergebnissen ließ sich der damalige Bundesverkehrsminister Georg Leber anschließend im Herbst des Jahres berichten.

Das Bundesverkehrsministerium finanzierte dann ab dem Sommer 1968 weitere Feldversuche. Beim umfangreichsten Projekt war wieder der ADAC mit dabei. Diesmal wurde eine Bell 206B „JetRanger“ gechartert. Stationierungsort war erst München-Riem und anschließend das Klinikum rechts der Isar.

„Christoph“ – in namentlicher Anlehnung an den Heiligen Christophorus und damals noch ohne Nummernzusatz – war dann der erste reguläre



Denkmal Rettungshubschrauber des ADAC am Kamener Kreuz

Rettungshubschrauber. Es handelte sich um einen leichten Hubschrauber des Typs Bölkow Bo 105 des deutschen Herstellers Messerschmitt-Bölkow-Blohm (MBB). Beschafft wurde er vom ADAC mit finanzieller Unterstützung des Bundes, Bayerns und der Allianz Versicherung. Die Indienststellung von „Christoph 1“ vor einem halben Jahrhundert gilt als die Geburtsstunde der zivilen Luftrettung in Deutschland.

Elf Jahre später gründete der ADAC für die Luftrettung eine eigene GmbH, die heutige ADAC Luftrettung gGmbH. Die gemeinnützige Gesellschaft betreibt heute rund 50 Eurocopter EC 135 und H145, eine Gemeinschaftsproduktion von MBB und dem japanischen Hersteller Kawasaki Heavy Industries (KHI). Pro Jahr startet dieses halbe Hundert Helikopter von 36 Stationen aus zu rund 54.000 Einsätzen.

Das Tochterunternehmen der ADAC-Stiftung gehört damit zu den größten Luftrettungsorganisationen Europas – ist aber nicht die einzige in Deutschland. Inzwischen tummeln sich auch die DRF Luftrettung, das Bundesinnenministerium mit dem Katastrophenschutz, die Bundeswehr mit dem SAR-Dienst und die Johanniter-Unfall-Hilfe mit der Johanniter Luftrettung auf dem Markt. *Manuel Ruoff*

VON WOLFGANG KAUFMANN

Die im Jahre 1951 gegründete Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) verfolgt das Ziel, „der Wissenschaft in allen ihren Zweigen durch die finanzielle Unterstützung von Forschungsarbeiten“ zu dienen – nachzulesen im Paragraf 1 ihrer Satzung. 2019 standen der DFG dafür 3,326 Milliarden Euro zur Verfügung, welche der bundesdeutsche Steuerzahler aufzubringen hatte. Mit diesem Geld förderete sie im Vorjahr 31.150 Projekte.

Kritikern der DFG-Verteilungspraxis wie Roland Reuß, Volker Rieble, Bernhard Horsthemke, Stefanie Salaw-Hanslmaier und Daniel Lübbert zufolge agiert die staatlich gesponserte Selbstverwaltungseinrichtung der Wissenschaft dabei recht undurchsichtig und willkürlich, wodurch rechtsstaatliche Prinzipien auf der Strecke blieben. So würden Ablehnungen von Förderanträgen nur unzureichend begründet, und ein formeller Widerspruch dagegen sei auch nicht möglich. Doch das stellt nur die eine Seite der Medaille dar.

Laut eigener Auskunft sieht sich die DFG der „Freiheit des Denkens auf Basis der Aufklärung verpflichtet“ und möchte bei der Bewältigung aktueller gesellschaftlicher Herausforderungen „eine zentrale Rolle“ spielen. Inwiefern sie diesen Anspruch erfüllt, verrät die haus-eigene Datenbank GEPRIS (Geförderte Projekte der Deutschen Forschungsgemeinschaft). Und die zeichnet ein doch eher desillusionierendes Bild.

Nur drei Corona-Studien

Obwohl die Corona-Pandemie angeblich sämtliche anderen Problemlagen des Jahres 2020 in den Schatten stellt und Heerscharen von Wissenschaftlern rund um die Welt angetreten sind, das SARS-CoV-2-Virus und dessen Auswirkungen auf den Menschen zu erforschen oder Mittel zur Unschädlichmachung des Erregers zu finden, finanziert die DFG seit Januar lediglich drei entsprechende Forschungsprojekte (Stand: 31. August 2020): Eines zur Ergründung der genauen Strukturbilogie des Erregers, eines zur Entwicklung neuer antiviraler Konzepte und eines zur Schaffung von CoV-Detektoren.

Dazu kommt schließlich noch ein viertes Vorhaben, dessen Zweck darin besteht, „ein umfassendes Inventar deutscher COVID-19-Studien mit strukturierten Gesundheitsdaten aus administrativen Datenbanken, der Primärversorgung, epidemiologischen und klinischen Studien inkl. Impfstudien und der Gesundheitsberichterstattung“ zu erstellen.

Gleichzeitig werden aber zahllose Projekte gefördert, deren Irrelevanz für den deutschen Steuerzahler und die Gesellschaft hier und heute kein noch so wolkliger Titel kaschieren kann. Dazu einige Beispiele: „Bauern und Bergleute: Um-



Milliarden-Etat aus Steuermitteln: Logo der DFG am Hauptsitz in Bonn

Foto: imago images/Schöning

„FORSCHUNG“

Zwischen Unsinn und Propaganda

Die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) auf Abwegen: Mit Unsummen an Steuergeldern werden abseitige Projekte und ideologische „Zweckwissenschaften“ gesponsert

kämpfte Lebensgrundlagen und soziokosmologische Beziehungen im laotischen Kleinbergbau“, „Die Auseinandersetzung der georgischen Historiographie mit Iran im 17. und 18. Jahrhundert“, „Identifizierung und Vermittlung von Unternehmertum mit großem Wachstumspotential: Experimentelle Evidenz von Entrepreneurship-Trainings an ugandischen Universitäten“, „Im Schatten der Autonomie: Dezentralisierung, kommunale Entscheider*innen und lokale Kontexte in Ghana und Ruanda“ sowie „Die Konstruktion japanischer buddhistischer Identitäten in der Begegnung mit Sri Lanka, 1882–1893“.

Petitessen aus dem Orient

Auffällig ist des Weiteren die große Zahl von gesponserten Vorhaben zur Erforschung von Petitessen der islamischen beziehungsweise osmanischen oder arabischen Geschichte: „Innerislamischer Wissenstransfer im Osmanischen Reich: Zu Übersetzungen islamischer Mystik im

Rahmen transregionaler Sufinetzwerke in den anatolischen und arabischen Provinzen“, „Vereinseitigung und lokale Politik in der spätoomanischen Levante“, „Das Ende einer Manuskriptkultur? Die türkische Schriftreform und das Alevitentum“, „Briefe an den Scheich: Politische und ökonomische Transformationen im Indischen Ozean im Spiegel der Briefe an die Abriyin von al-Hamra (Oman) während des langen 19. Jahrhunderts“ und so weiter und so fort.

Doch damit nicht genug. Ebenso abgehoben-abstrus sind die Themen im Zusammenhang mit dem ideologisch hoch aufgeladenen Konstrukt „Gender“: „Wa(h)re ‚Mutterschaft‘? Eine ethnografische Studie über ästhetische Praktiken von professionellen Mütterbloggerinnen“, „Was sagt Mann dazu? Eine Analyse des legislativen Verhaltens männlicher Abgeordneter angesichts des steigenden Frauenanteils in den Parlamenten“, „Vielfältigung: Modernität, Massenkultur, Gender in den USA, 1910–1933“, „Theoso-

phie und englischsprachige Frauenbildung im kolonialen Ceylon. Eine Untersuchung zu Genderfragen im Kontext von Religion und Nation in globalgeschichtlicher Perspektive“ sowie „Mehr als Biologie? Der Einfluss des sozialen Geschlechts von CEOs auf Investorenverhalten während eines Börsenganges“.

Politische Gefälligkeitsarbeiten

Die absolute Krönung des Missbrauchs von Steuergeldern stellt allerdings die Finanzierung solcher Forschungsaktivitäten dar, die in den Bereich der politischen „Zweckwissenschaft“ fallen. Bei diesen geht es ganz offensichtlich um die Schaffung von Instrumentarien, welche den derzeit Herrschenden helfen sollen, ihre Positionen durchzuboxen und jeglichen Widerstand dagegen zu neutralisieren.

Das lassen bereits die Projekttitel erahnen: „Post-Populistische Transformationen der Demokratie“, „Bereitschaft und Fähigkeit zur EU-Politik in turbulen-

ten Zeiten: Konflikte, Positionen und Ergebnisse“, „Populistischer Gegenschlag, demokratische Abkehr und die Krise des Rechtsstaats in der Europäischen Union“ und „Den Einfluss von verschwörerischem Denken verstehen und reduzieren – Das Beispiel Impfungen“.

Noch deutlicher werden die Geförderten dann in den detaillierten Beschreibungen ihrer Vorhaben. So äußerte der Leiter des letztgenannten Forschungsprojekts, Professor Kai Sassenberg vom Leibniz-Institut für Wissensmedien in Tübingen, dieses diene dem Zweck, „nicht nur Erkenntnisse zu liefern, die für die Impfung relevant sind, sondern auch Strategien zur Bekämpfung der Auswirkungen von Verschwörungstheorien in verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen“.

Damit wandelt die DFG in den Fußstapfen ihrer Vorläuferorganisation Deutsche Gemeinschaft zur Erhaltung und Förderung der Forschung, die nach 1945 wegen eklatanter Systemnähe aufgelöst werden musste.

UMBENENNUNGS-HYSTERIE

Die Zensur erreicht nun auch die Berge

Die USA machen wieder den Anfang: Selbst Kletterrouten bekommen „politisch korrekte“ neue Namen

Furz, Dickwanst, Zwerg, Berg-Heil-Scheibe, Kaaba, Langer Israel, Türkenkopf – all diese Namen von Kletterfelsen in der Sächsischen Schweiz könnten bald der Vergangenheit angehören, wenn eine Entwicklung nach Deutschland überschwappt, die durch die „Black Lives Matter“-Bewegung in den USA angestoßen wurde.

Dabei geht es um die Änderung der Bezeichnungen von Gipfeln und Routen, welche nunmehr als politisch unkorrekt, weil rassistisch, sexistisch, frauenfeindlich, trans- beziehungsweise homophob, oder in sonstiger Weise „beleidigend“, „verstörend“, „kulturell unsensibel“ sowie „erniedrigend“ gelten.

Und tatsächlich haben Bergsportler ihren Aufstiegswegen nicht immer nur harmlose Namen wie „Nordwand“ gegeben, sondern auch gerne einmal provoziert. Davon zeugen unter anderem Kreationen wie „Towelhead“ (Handtuchkopf), eine herabsetzende Bezeichnung für Araber, oder „Smack the bitch“ (Schlag die Schlampe).

Reflexhafte Schnappatmung

Allerdings wird bei der Diskussion um solcherlei Benennungen oft nicht die ursprüngliche Bedeutung berücksichtigt, sondern einfach nur reflexhaft auf Reizwörter reagiert. Ein typisches Beispiel hierfür ist die Route „Happiness in Slave-

ry“ (Glück in der Sklaverei) an den Wänden des Ten Sleep Canyons in Wyoming. Diese Bezeichnung löste sofort Schnappatmung bei den „Black Lives Matter“-Aktivisten aus, obwohl sie eigentlich auf einen erotischen französischen Roman aus dem Jahre 1954 Bezug nimmt, der von den „Freuden“ sadomasochistischer Praktiken erzählt. Also darf der Kletterweg jetzt nur noch „Happiness“ heißen.

Die Umbenennungswelle hat inzwischen nicht bloß die USA erfasst. Davon kündigen Berichte aus Mexiko, Australien und anderswo. An vorderster Front kämpft dabei das Internetportal „The Mountain Project“, welches 170.000 Kletterrouten auf der ganzen Welt auflistet.

Das Projekt identifizierte in den vergangenen zwei Monaten mehr als 2000 „diskriminierende“ Namen, über deren Schicksal nun die Nutzer entscheiden sollen. Widerstand gegen die Reinigungsbestrebungen, wie er noch 2012 in Schweden aufbrandete, als dort Aufstiegsbezeichnungen wie „Kristallnacht“ und „Drittes Reich“ in die Kritik gerieten, regt sich heute jedenfalls nicht mehr. Stattdessen bekunden führende Vertreter der internationalen Kletterszene demonstrative Reue.

Ein Chefredakteur schämt sich

Besonders weit ging dabei Duane Raleigh, der sich Anfang Juli als Chefredakteur und Verleger des US-Bergsportmagazins

„Rock and Ice“ zurückzog. Als Begründung für diesen Schritt gab der 60-Jährige an, dass er inzwischen eine allumfassende Scham empfinde: „Wir waren jung und konnten klettern ..., weil wir Freiheiten hatten, die das nicht-weiße Amerika nicht hat. Wir waren Teil einer Kultur, die ich bedauere.“ Anschließend meinte Raleigh, der „weiße, männlich dominierte Klub“ der Kletterer und Bergsteiger „existiert ... noch immer auf der ganzen Welt“.

Es bleibt abzuwarten, ob solcherlei Behauptungen nun auch zum Ruf nach einer verbindlichen Quote am Berg führen. Dem herrschenden Zeitgeist würde damit auf jeden Fall in vorbildlichster Weise gehuldigt. W.K.



HEILSBERG

Kreisverkehr erhält den Namen eines Deutschen

Wegen seiner Bedeutung für die Stadt wurde der Heilsberger Pfarrer Alfons Maria Buchholz postum geehrt

VON EDYTA GLADKOWSKA

Der Kreisverkehr an der Kreuzung Olsztyńska- und Kopernikus-Straße in Heilsberg wurde Ende September nach dem Pfarrer Alfons Maria Buchholz benannt. Die Benennung ging auf eine Initiative des deutschen Vereins „Ermland“ in Heilsberg und vor allem der Vereinsschatzmeisterin Ewa Huss-Nowosielska zurück, die sich an vielen kulturellen Projekten beteiligt. Im Rahmen der offiziellen Enthüllung des Verkehrsschildes fand ein Vortrag über das Leben und Werk Pfarrer Buchholz statt, den Beata Błażejewicz Holzhey in der Orangeirie in Heilsberg hielt.

Das Publikum, dessen Größe wegen der Corona-Pandemie begrenzt war, erfuhr, dass Alfons Maria Buchholz am 18. Dezember 1874 in Knopen bei Guttstadt als viertes Kind von Johann Buchholz und Pauline Poetsch geboren wurde. Nach dem Abitur studierte er Theologie am Braunsberger Gymnasium. Danach wurde er von Bischof Andreas Thiel in der Kathedrale von Frauenburg zum Priester geweiht. 1920 wurde Buchholz zum Pfarrer der St.-Peter-und-Paul-Kirche in Heilsberg berufen.

Während seiner 17-jährigen Tätigkeit trug er maßgeblich zur Entwicklung der Stadt bei und war an der Festigung des katholischen Glaubens im Ermland beteiligt. Nach 1933 wurde Buchholz von der Gestapo wegen seiner Aktivitäten verfolgt und zu drei Jahren Gefängnis verurteilt. Er trat als Frauenburger Domherr zurück.

Nach der Entlassung aus dem Gefängnis in Stuhm arbeitete Buchholz als Kaplan im Krankenhaus von St. Georg in Breslau. Im Juni 1945, aus Breslau ausgewiesen, übernahm er die Seelsorge im Flüchtlingsheim in Miltenberg am Main (Bayern). Buchholz starb am 1. Juli 1957 in Gerlachshausen/Lauda (Baden-Württemberg).

Buchholz' Verdienste um die Stadt sind nicht zu übersehen. 1923 forderte er eine gründliche Restaurierung des Schlosses in Heilsberg und gründete am 31. März



Feierliche Enthüllung des Straßenschildes: die Pfarrer Roman Chudzik und André Schmeier (v.l.)

Foto: E.G.

1925 einen Schlossbauverein. Die Arbeiten begannen 1928. Die Bestätigung des Engagements für die zwölfjährige Wiederherstellung des Schlosses lieferte eine Zeitkapsel mit der Liste der Namen der Gründungsmitglieder des Schlossvereins, die 2015 im höchsten Burgturm gefunden wurde. Der Name von Alfons Maria Buchholz war unter den Gründern mitaufgelistet.

In den Jahren 1925 bis 1927 wurde auf Initiative des Erzpriesters Buchholz in einem großen Teil des ehemaligen Bischofsgartens ein neuer katholischer Friedhof angelegt. Der Friedhof war weniger als 2,5 Hektar groß. Er war eingezäunt und zwei Friedhofstore gewährten Einlass. Das Gebäude, das heute als Orangeirie bekannt ist, diente als Leichenhalle.

Buchholz dachte auch an diejenigen, die an ihrem Lebensabend allein lebten, und ordnete im Jahr 1935 den Bau eines Altersheims an. Die Einrichtung hatte komfortable Einzelzimmer und eine eige-

Erinnerung an Buchholz' Einsatz bei der Fronleichnamsprozession 1937, während der er mit Glockengeläut ein Blutbad verhinderte

ne Kapelle. Die professionelle Betreuung wurde von den Katharinenwestern durchgeführt. Derzeit beherbergt das Gebäude das Gemeindeamt in Heilsberg.

Buchholz' Wirken im Pfarramt fiel in die Zeit der Weimarer Republik und des

aufstrebenden Dritten Reiches. Im Gegensatz zur Ideologie des Nationalsozialismus wurde 1933 im Heilsberger Schloss auf Initiative von Pfarrer Buchholz ein katholisches Pastoralzentrum – das Schlossjugendzentrum – gegründet. Buchholz arbeitete mit Pfarrer Josef Lettau zusammen und beauftragte ihn mit der Leitung des Zentrums. Im Schloss wurden Zusammenkünfte der Katholischen Akademischen Union organisiert, verschiedene Treffen sowie religiöse und sportliche Veranstaltungen. In den Predigten forderte Buchholz ausdrücklich die Bewahrung christlicher Werte, weshalb die meisten Frauen in Heilsberg die Frauenorganisationen der Nationalsozialisten verließen. Nachdem die NSDAP das Zentrum im Schloss geschlossen hatte, blieb die Organisation im Untergrund aktiv.

Ein wichtiges Ereignis im Leben von Buchholz war die Fronleichnamsprozession am 27. Mai 1937. Diese Fronleichnam-

feier hatte auch einen festen Platz in der Geschichte der Stadt und des Ermlandes. Sie ist als „Kampf um die Flaggen“ bekannt. Die Unruhen während der Prozession wurden von Militanten der Sturmabteilung SA provoziert. Für die Flaggen gab es aber eine Ausnahmegenehmigung der Partei. Während des zweiten Angriffs gaben die Gläubigen die Banner zurück, um eine Eskalation der Gewalt zu vermeiden. Die „verhafteten“ Flaggen wurden dem Bürgermeister übergeben. Die Heilsberger gingen zum Rathaus, um sich über die Beschlagnahme der Flaggen zu beschweren. Buchholz nutzte Glockengeläut als „Engel des Herrn“ und bat um ein Gebet. So verhinderte er ein Blutvergießen.

Erst nachts verhaftete die Gestapo aus Königsberg vier Priester und sieben Laienprediger. Der Prozess fand vom 1. bis 3. Juli 1937 vor dem NS-Gericht in Königsberg statt. Buchholz wurde als Anführer der Unruhen angesehen und zu drei Jahren Haft in Stuhm verurteilt. Die Priester Walter Hippel, Johannes Jordan und Hugo Szinczetki wurden zu Haftstrafen von ein bis drei Jahren verurteilt und die Laienprediger von fünf Monaten bis zu einem Jahr.

Während des Vortrages über Buchholz war auch Domherr André Schmeier, römisch-katholischer Seelsorger der Deutschen Minderheit für die Erzdiozese Ermland, anwesend. Seine Familie stammt aus Heilsberg und seine Vorfahren waren Teilnehmer der Fronleichnamsprozession im Jahre 1937. Nach dem Referat sprach Schmeier über die Erlebnisse seiner Familie und über den Einfluss von Buchholz auf die Stadtbewohner. Danach sind die Veranstaltungsteilnehmer über den Gemeindefriedhof an der Kopernikus-Straße, der von Buchholz angelegt wurde, zum Kreisverkehr gegangen. Hier wurden drei Schilder offiziell enthüllt.

Dieses Projekt wurde gefördert mit Mitteln des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat der Bundesrepublik Deutschland über den Verband der deutschen sozial-kulturellen Gesellschaften in Polen (VdG).

TOURISMUS

Urlauberandrang an der Ostsee

Das modernisierte Seebad Cranz ist weitgehend ausgebucht – Sommersaison wurde verlängert

Vor einigen Jahren hatte das Zentrum von Cranz das Aussehen einer provinziellen schäbigen Stadt. An einen Kurort erinnerten nur die Promenade und der Strand. Gegenüber der gepflegten und sich aktiv entwickelnden Rauschener Infrastruktur hatte Cranz immer das Nachsehen.

Das hat sich inzwischen grundlegend verändert. Die zentrale Hauptstraße des Kurorts ist zu einer Fußgängerzone geworden. Eine attraktive und belebte Promenade mit Cafés und Restaurants lockt viele Touristen an, von den Hausfassaden „schauen“ bunte Bilder von Katzen, die zu einem Symbol von Cranz geworden sind, herab. Neue Lampen wurden installiert und Fußgängerwege gepflastert. Im Zentrum gibt es nun Bänke, Blumenbeete und Skulpturen. Die rotierende Skulptur einer Katze ist wohl bekannt. Es gibt eine Skulpturengruppe in der Nähe der Promenade.

Hier werden die Passanten von einer Meerjungfrau, Kindern mit Vögeln und spielenden Kindern angezogen. Vor Kurzem wurde eine weitere ungewöhnliche Skulptur aufgestellt, die einer Touristen mit Koffer und Mobiltelefon. Auf dem Koffer sitzt eine Katze. Die Skulptur wurde aus Glasfaserkunststoff mit einer Beschichtung aus oxidiertem Bronze hergestellt.

In diesem Jahr wurde die Saison in Cranz erstmals offiziell bis September verlängert. Der Kurort ist bei Urlaubern sehr gefragt. Die Hotels haben fast keine freien Zimmer, für den Herbst wurden Zimmer von Gästen aus Russland reserviert. Im Oktober wird es auch einen Zustrom von Reisenden geben, von denen einige auf Reisen gehen werden, die im Rahmen von Rabattaktionen gekauft wurden. Dies hat zu einem Preisanstieg für Touristengutscheine für das Königsberger Gebiet geführt.



Neue Skulptur im Zentrum: eine Touristin

Die Mieten für Wohnungen in Cranz sind um 20 Prozent höher als im Vorjahr. Der Touristenboom führte zu einer noch stärkeren Verkehrsbelastung auf den Straßen der Stadt. Die städtischen Behörden erwägen, die Einreise ins Zentrum zu ver-

bieten oder sie für alle außer den Anwohnern kostenpflichtig zu machen. Außerhalb des Zentrums könnten dafür Parkplätze entstehen.

Darüber hinaus gibt es seit Kurzem eine Station für Elektroräder, und die Infrastruktur von Radwegen und Fußgängerzonen ist im Aufbau. Insbesondere in der Nähe des Cranz Stadtmarks wird eine neue Wanderzone geschaffen – Wege aus Holzbelag mit einer Länge von 735 Metern. Sie werden auf Stelzen angebracht, um die Grünanlagen nicht zu beschädigen. Das Projekt umfasst auch das Aufstellen von Bänken und Beleuchtungskörpern sowie das Anlegen von Fahrradparkplätzen.

Die Verwaltung des Resorts hat noch viele weitere Ideen, die in naher Zukunft umgesetzt werden können.

Jurij Tschernyschew

● MELDUNG

Lewandowski steigt aus

Lötzen – Robert Lewandowski hat sich aus der Gesellschaft „Nowe Mazury 8“ („Neues Masuren 8“) zurückgezogen. Die Gesellschaft soll in Lötzen einen Komplex auf dem See bauen, und ihr wurde bereits ein Baugrundstück zugewiesen. „Im Zusammenhang mit Auseinandersetzungen, die sich innerhalb der Gesellschaft „Nowe Mazury 8“ ergeben haben, entschied Robert Lewandowski, sich ganz aus dieser Investition zurückzuziehen“, lautete die Meldung der Polnischen Presseagentur. Hintergrund dürften Differenzen mit dem Mitgesellschafter Pawel Petrusiewicz sein, der in der Presse als „eine Person, die kürzlich rechtskräftig wegen Untreue, Verstoßes gegen die allgemeine Sicherheit, falscher Angaben, Fälschung von Dokumenten, Vermögensverschiebung zwei Jahre im Gefängnis gesessen hatte“, beschrieben wird. PAZ

Wir gratulieren...



ZUM 103. GEBURTSTAG

Soltow, Margit, aus Amalienhof, Kreis Ebenrode, am 20. Oktober

ZUM 101. GEBURTSTAG

Göbel, Betty, geb. **Lagies**, aus Grünhausen, Kreis Elchniederung, am 18. Oktober

ZUM 99. GEBURTSTAG

Heitmann, Irmgard, geb. **Rehra**, aus Sprindenau, Kreis Lyck, am 21. Oktober

ZUM 98. GEBURTSTAG

Graner, Gretel, geb. **Steinke**, aus Moterau, Kreis Wehlau, am 16. Oktober
Herrmann, Martha, geb. **Krappa**, aus Mostolten, Kreis Lyck, am 21. Oktober
Riekers, Herta, geb. **Fröhlich**, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 20. Oktober
Schuster, Meta, geb. **Porschel**, aus Bladiau, Kreis Heiligenbeil, am

16. Oktober
Schwemer, Herta, geb. **Buczilowski**, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 18. Oktober

ZUM 97. GEBURTSTAG

Gruhn, Dr. Kurt, aus Horn, Kreis Mohrungen, am 17. Oktober
Krüger, Eva, geb. **Schakat**, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 17. Oktober
Petz, Gertrud, geb. **Seemund**, aus Wilken, Kreis Ebenrode, am 19. Oktober
Weber, Irma, geb. **Twardy**, aus Lyck, Kaiser-Wilhelm-Straße 117, am 21. Oktober

ZUM 96. GEBURTSTAG

Malinka, Helmut, aus Schareiken, Kreis Treuburg, am 20. Oktober
Rußland, Greta, geb. **Adam**, aus Paterswalde, Kreis Wehlau, am 21. Oktober
Storck, Leni, geb. **Walden**, Kreis Lyck, am 21. Oktober
Sturm, Charlotte, aus Schneckenwalde, Kreis Elchniederung, am 20. Oktober

ZUM 95. GEBURTSTAG

Dieckmann, Margarete, geb. **Kebbedies**, aus Taabern, Kreis

Mohrungen, am 18. Oktober
Maserowski, Elfriede, aus Millau, Kreis Lyck, am 17. Oktober
Sambraus, Liselotte, geb. **Neumann**, aus Köllmisch Damerau, Kreis Wehlau, am 16. Oktober
Seifert, Elfriede, geb. **Kledtke**, aus Wilhelmsbruch, Kreis Elchniederung, am 22. Oktober
Thiel, Liselotte, geb. **Noll**, aus Tappiau, Kreis Wehlau, am 18. Oktober
Wieden, Ruth, geb. **Fidorra**, aus Neu Werden, Kreis Ortelsburg, am 19. Oktober

ZUM 94. GEBURTSTAG

Bohnert, Fritz, aus Groß Ladtkem, Kreis Fischhausen, am 22. Oktober
Bondzio, Dr. Wilhelm, aus Lyck, am 22. Oktober
Krüger, Hildegard, geb. **Koß**, aus Treuburg, am 20. Oktober
Lehrer, Lucie, geb. **Semmling**, aus Alt Seckenburg, Kreis Elchniederung, am 16. Oktober
Schacht, Grete, geb. **Kutzborski**, aus Fließdorf, Kreis Lyck, am 18. Oktober
Schmidt, Liselotte, geb. **Bahr**, aus Fischhausen, am 19. Oktober
Skrotzki, Gertrud, geb. **Neumann**, aus Petersgrund, Kreis Lyck, am 18. Oktober

ZUM 93. GEBURTSTAG

Glüsing, Gerda, geb. **Veit**, aus Wargen, Kreis Fischhausen, am 19. Oktober
Hennig, Paul, aus Lesnicken, Kreis Fischhausen, am 16. Oktober
Sassadeck, Helmut, aus Fließdorf, Kreis Lyck, am 16. Oktober
Schenk, Christel, geb. **Hamers**, aus Wehlau, am 17. Oktober

ZUM 92. GEBURTSTAG

Albrecht, Arno, aus Wehlau, am 22. Oktober
Balzer, Helmut, aus Millau, Kreis Lyck, am 20. Oktober
Böhm, Herbert, aus Quilitten, Kreis Heiligenbeil, am 20. Oktober
Böhnke, Meta, geb. **Bux**, aus Gellen, Kreis Ortelsburg, am 16. Oktober
Grubert, Karl, aus Schwarzberg, Kreis Lyck, am 17. Oktober
Hellmig, Gisela, aus Bürgersdorf, Kreis Wehlau, am 18. Oktober
Klein, Margot, geb. **Peczkowski**, aus Kandien, Kreis Neidenburg, am 17. Oktober
Palfner, Werner, aus Rosenheide, Kreis Lyck, am 21. Oktober
Pogrzeba, Edith, geb. **Dolenga**, aus Regeln, Kreis Lyck, am 18. Oktober
Sczeppek, Anneliese, geb. **Grohnert**, aus Rudau, Kreis Fischhausen, am 21. Oktober
Weiß, Helmut, aus Schuditten, Kreis Fischhausen, am 18. Oktober

ZUM 91. GEBURTSTAG

Bartosik, Werner, aus Milchhof, Kreis Elchniederung, am 18. Oktober
Fahl, Hans, aus Worlack, Kreis Preußisch Eylau, am 16. Oktober
Glowatz, Werner, aus Mulden, Kreis Lyck, am 17. Oktober
Klages, Ursula, aus Moschnen, Kreis Treuburg, am 17. Oktober
Koch, Frieda, aus Kurschen, Kreis Tilsit-Ragnit, am 18. Oktober
Kretschmer, Ruth, geb. **Watschke**, aus Mohrungen, am 22. Oktober

Labeschautzki, Heinz, aus Ebenrode, am 17. Oktober
Petersen, Edith, geb. **Frenkler**, aus Gründann, Kreis Elchniederung, am 20. Oktober
Pohlenz-Boehlke, Hannelore, aus Mohrungen, am 19. Oktober
Riedel, Githa, aus Lyck, am 20. Oktober
Rogalla, Hans-Jürgen, aus Seligen, Kreis Lyck, am 19. Oktober
Struppek, Horst, aus Jesken, Kreis Treuburg, am 21. Oktober
Wasselowski, Klara, geb. **Krauss**, aus Goldbach, Kreis Wehlau, am 17. Oktober

ZUM 90. GEBURTSTAG

Benischke, Annemarie, geb. **Sos-tak**, aus Kleschen, Kreis Treuburg, am 20. Oktober
Clausnitzer, Ursula, geb. **Sohn**, aus Germau, Kreis Fischhausen, am 22. Oktober
Fröhlich, Ernst, aus Lenzen-dorf, Kreis Lyck, am 20. Oktober
Gast, Hildegard, geb. **Schulz**, aus Alt Christburg, Kreis Mohrungen, am 18. Oktober
Gehlhaar, Charlotte, geb. **Tesch-ner**, aus Cranz, Kreis Fischhausen, am 19. Oktober
Höltke, Manfred, aus Tilsit, am 21. Oktober
Jankuhn, Jürgen, aus Weinsdorf, Kreis Mohrungen, am 16. Oktober
Jonscher, Leni, geb. **Maximo-witsch**, aus Rodebach, Kreis Ebenrode, am 18. Oktober
Klein, Arno, aus Bunhausen, Kreis Lyck, am 21. Oktober
Müller-Blech, Elfriede, geb. **Mindt**, aus Birkenwalde, Kreis Lyck, am 21. Oktober
Polkowski, Ruth, geb. **Rogowski**, aus Milucken, Kreis Lyck, am 16. Oktober
Schäfer, Elfriede, geb. **Poel**, aus Großalbrechtstort, Kreis Ortelsburg, am 20. Oktober
Schwamborn, Betty, geb. **Cy-trich**, aus Grabnick, Kreis Lyck, am 19. Oktober
Telgmann, Elisabeth, Landsmannschaft Bremen, am 21. Oktober
Trojan, Reinhold, aus Markau, Kreis Treuburg, am 17. Oktober

ZUM 85. GEBURTSTAG

Gerwien-Ludwig, Annemarie, aus Großheidekrug, Kreis Fischhausen, am 19. Oktober
Hamerich, Christel, geb. **Hübner**, aus Leitwarren, Kreis Elchniederung, am 17. Oktober
Haupt, Ursula, geb. **Nowakowski**,

aus Nassawen, Kreis Ebenrode, am 19. Oktober
Holdefehr, Edeltraud, geb. **Wlotzki**, aus Krokau, Kreis Neidenburg, am 21. Oktober
Hülder, Renate, geb. **Filon**, aus Stradaunen, Kreis Lyck, am 19. Oktober
Innecken, Helga, geb. **Koritkows-ki**, aus Herzogskirchen, Kreis Treuburg, am 19. Oktober
Kebbedies, Manfred, aus Gowa-ten, Kreis Elchniederung, am 16. Oktober
Kermes, Elisabeth, geb. **Skirde**, aus Ortelsburg, am 19. Oktober
Klimach, Thekla, geb. **Boenig**, aus Paterswalde, Kreis Wehlau, am 20. Oktober
Kolberg, Olga, geb. **Bylda**, aus Sa-reiken, Kreis Lyck, am 22. Oktober
Lohse, Christel, geb. **Birk**, aus Karnitten, Kreis Mohrungen, am 21. Oktober
Malinka, Christa, aus Wiesenhö-he, Kreis Treuburg, am 22. Oktober
Martens, Ursula, aus Kreis Löbau, am 18. Oktober
Matthiä, Ilse, geb. **Kalitzki**, aus Bersnicken, Kreis Fischhausen, am 18. Oktober
Modistach, Dieter, aus Lenzen-dorf, Kreis Lyck, am 18. Oktober
Neumann, Hans, aus Moterau, Kreis Wehlau, am 18. Oktober
Reinke, Christian-Friedrich, aus Allenstein, am 2. Oktober
Seidel, Gertrud, geb. **Polixa**, aus Wiesenfelde, Kreis Treuburg, am 20. Oktober
Spilgies, Heinrich, aus Adelshof, Kreis Elchniederung, am 17. Oktober
Wölck, Inge, geb. **Schön**, aus Goldbach, Kreis Wehlau, am 16. Oktober
Zientarra, Elisabeth, geb. **Dutz**, aus Mensguth, Kreis Ortelsburg, am 16. Oktober

ZUM 80. GEBURTSTAG

Ahrenbog, Erika, geb. **Bartsch**, aus Preußisch Eylau, am 17. Oktober
Blechert, Ingeborg, geb. **Butz**, aus Griesen, Kreis Treuburg, am 21. Oktober

Doll, Gertrud, geb. **Bresilge**, aus Seerappen, Kreis Fischhausen, am 22. Oktober
Kairies, Dietmar, aus Heinrichs-walde, Kreis Elchniederung, am 22. Oktober
Luelsing, Lieselotte, geb. **Seydel**, aus Birkenmühle, Kreis Ebenrode, am 18. Oktober
Moeller, Hans-Henning, Kreisge-meinschaft Neidenburg, am 17. Oktober
Oddey, Horst, aus Tranatenberg, Kreis Elchniederung, am 22. Oktober
Sinnhöfer, Manfred, aus Brücken, Kreis Ebenrode, am 18. Oktober
Voß, Margot, geb. **Rook-Tuttas**, aus Allenstein, am 19. Oktober
Wach, Friedrich, aus Grenzdam, Kreis Neidenburg, am 21. Oktober



ZUR DIAMANTENEN HOCHZEIT

Scheffler, Klaus, aus Wartenfeld, Kreis Elchniederung, und Ehefrau **Ingrid**, geb. **Klein**, aus Schloßberg, am 22. Oktober

PAZ wirkt!



Kontakt

Wegen Elternzeit der zuständigen Mitarbeiterin ist bis Ende 2020 Frau Ingrun Renker Ansprechpartnerin für die Heimat-Seiten.
Telefon: (040) 41 40 08 - 34
E-Mail: renker@preussische-allgemeine.de
Telefonische Erreichbarkeit: Dienstag-Donnerstag jeweils von 13-16 Uhr

Feier zum 3. Oktober in Memel

Am 3. Oktober wurde der Deutsche Einheitstag gefeiert. Die deutsche Einheit hatte zweifelsohne eine große Wirkung auf das Leben der Memelländer in Litauen sowie in Deutschland. Da große Feiern wegen der Corona-Krise abgesagt werden mussten, ergriff der Verein der Deutschen in Klaipėda die Initiative und veranstaltete eine kleine würdevolle und gemütliche Feier im Simon-Dach-Haus. Das Grußwort sprach Klaus Peter Paul Grudzinskas, der Vereinsvorsitzende, die Mädchen-gruppe aus dem Hermann-Sudermann-Gymnasium präsentier-te ein kurzes Liederprogramm.

Wegen geltender Beschränkungen konnten nur wenige Gäste eingeladen werden, auch nicht alle Vereinsmitglieder konnten teilnehmen, aber die, die da waren, freuten sich. Bei Wein und Sekt, kleinem Imbiss und selbstgebackenem Kuchen tauschte man Erinnerungen unter sich aus und wollte gar nicht auseinander gehen. Arnold Piklaps, Direktor des Simon-Dach-Hauses und Vorstandsmitglied Artūras Valaitis legten einen schwarz-rot-goldenen Blumenstrauß am Gedenkstein im alten Stadtfriedhof, jetzt Skulpturen-park symbolisch nieder. Den gelungenen Abschluss bot

am Abend ein großartiges Kon-zert auf der derzeitigen archäolo-gischen Ausgrabungsstätte der historischen St. Johannis Kirche, welches von der Universität Klaipėda und dem Thomas-Mann-Kulturzentrum in Nidden (Nida) organisiert wurde. In einem Grußwort brachte Herr Hans-Jürgen Müller den Teilneh-mern imposant seine Eindrücke zum 3. Oktober aus Sicht eines Berliner näher. Er betonte die Wichtigkeit der deutschen Ein-heit und führte kurz in die histo-rischen Umstände der damaligen Zeit ein.“

Rasa Müller

Termine der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. im Jahr 2020

Trotz der Corona-Krise sind für die zweite Jahreshälfte folgen-de Veranstaltungen geplant:

6. November: Arbeitstagung der Landesgruppenvorsitzen-den der LO (geschlossener Teilnehmerkreis)
7./8. November: Ostpreußi-sche Landesvertretung (ge-schlossener Teilnehmerkreis)
8. bis 11. November: Kultur-historisches Seminar in Helmstedt

Wegen der Corona-Pande-mie kann es zu Absagen ein-zelner Veranstaltungen kom-men. Bitte informieren Sie sich vorab bei der Bundesge-schäftsstelle der Landsmann-schaft Ostpreußen e.V., Bucht-straße 4, 22087 Hamburg, Tel.: (040) 41400826, E-Mail:

info@ostpreussen.de oder im Internet unter www.ostpreus-sen.de/lo/seminare.html

Der geplante Festakt
„100 Jahre Volksabstimmung“ in Allenstein musste wegen der aktuellen Lage leider abgesagt werden. Um dennoch dieses historischen Ereignisses ge-denken zu können, haben die Referenten ihre geplanten Vor-träge per Kamera aufgezeich-net. Die Videos zu dieser virtu-ellen Gedenkveranstaltung finden Sie unter: www.paz.de/volksabstimmung

Bitte vormerken für 2021:
Jahrestreffen der Ost-preußen, 5. Juni 2021, CongressPark Wolfsburg

Hinweis

Alle auf den Seiten „Glückwünsche“ und „Heimatarbeit“ abgedruckten Glückwünsche, Berichte und Terminankündigungen werden auch ins Internet gestellt.

Der Veröffentlichung können Sie jederzeit bei der Landsmann-schaft widersprechen.

Zusendungen für die Ausgabe 44/2020

Bitte senden Sie Ihre Texte und Bilder für die Heimat-Seiten der Ausgabe 44/2020 (Erstverkaufstag 30. Oktober) bis spätes-tens Dienstag, den 20. Oktober 2020, an die Redaktion der PAZ: E-Mail: renker@paz.de, Fax: (040) 41400850 oder postalisch: Preußische Allgemeine Zeitung, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg

Aus den Landesgruppen der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.

Bayern

Vorsitzender: Christoph Stabe
Ringstraße 51a, App. 315, 85540 Haar
Tel.: (089) 23147021 stabe@low-bayern.de, www.low-bayern.de

Ansbach - Am 17. Oktober 2020 um 15.00 Uhr in der Orangerie in Ansbach:
Elisabet Boehm - eine Gutsfrau aus Ostpreußen und der Landwirtschaftliche Hausfrauenverein

Nürnberg - Dienstag, den 27. Oktober 2020 , 15 Uhr, Haus der Heimat, Imbuschstr.1, Ende der U1 gegenüber Langwasser. Wegen Baumaßnahmen bitte den hinteren Eingang benutzen. Die Maske nicht vergessen. Wir feiern das Erntedankfest.

PAZ wirkt!

Hessen

Vorsitzender: Ulrich Bonk
Stellv. Vorsitzender: Gerhard Schröder, Engelmühlenweg 3, 64367 Mühlthal, Tel. (06151) 148788

Ausstellung im Haus der Heimat Wiesbaden - Eine Ausstellung über Essen und Trinken, Identität und Integration der Deutschen des östlichen Europas.
Die Ausstellung befasst sich mit dem breiten Thema Essen und Trinken, Alltag, Identität und Integration. Es geht um die Lebenswirklichkeit der Flüchtlinge nach 1945 sowie der Aussiedler in späteren Jahren. Die Ausstellung wirft einen Blick auf die Hungerjahre in der Nachkriegszeit wie auch auf die Überflusgesellschaft, auf welche die Spätaussiedler anfangs trafen.
Ausstellungstermin: 21. Okto-

ber bis 4. Dezewmber 2020, Öffnungszeiten: mitt-wochs und donnerstags von 10 - 17 Uhr, freitags von 10 - 14 Uhr. Der Eintritt ist frei.

Niedersachsen

Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Tel.: (04131) 42684, **Schriftführer und Schatzmeister:** Hilde Pottschien, Volgerstraße 38, 21335 Lüneburg, Tel.: (04131) 7684391. **Bezirksgruppe Lüneburg:** Heinz Kutzinski, Im Wiesengrund 15, 29574 Ebsdorf, Tel.: (05822) 5465. **Bezirksgruppe Braunschweig:** Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Tel.: (0531) 2509377. **Bezirksgruppe Weser-Ems:** Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Tel.: (05901) 2968

Braunschweig - Am Mittwoch, 28. Oktober 2020, 15 Uhr, Monatsver-

sammlung in der Gaststätte „Mahlzeit“, Braunschweig, Kälberwiese 13 a

Sachsen

Vorsitzender: Alexander Schulz, Willy-Reinl-Straße 2, 09116 Chemnitz, E-Mail: alexander.schulz-agentur@gmx.de, Telefon (0371) 301616

Kirchentag Landesgruppe - Am 18. Oktober 2020 findet um 09:30 Uhr beginnend mit dem Gottesdienst in der St. Mattäus Gemeinde in Chem-

nitz, Zinzendorferstr. 14, unser Kirchentag statt.
Der Kirchentag soll sich mit dem Thema: „Die Liebe – göttlich - menschlich“ beschäftigen. Der Umgang der Menschen im alltäglichen Leben lässt oft zu wünschen übrig, doch Gott gab uns den Auftrag jeden Menschen zu lieben, wie Gott es tut. Gott gab uns die Welt, dass wir diese bevölkern und uns darauf einrichten können.
Im Gottesdienst werden wir das Thema: Liebe aus göttlicher Sicht beleuchten. Mit der großen Sintflut wird eine göttlich veranlasste Flutkatastrophe beschrieben, die die Vernichtung der gesamten Menschheit und der Landtiere zum Ziel hatte. Doch Gott

hatte ein einsehen und sandte den Regenbogen als Friedenszeichen für die Menschen. Frau Pfarrerin Jutta Gildehaus wird predigen zum Thema.
Nach dem Gottesdienst sammeln wir uns am Gedenkstein und gedenken an die Toten des zweiten Weltkrieges. Frau Almut Patt (OB-Kandidatin für Chemnitz) wird eine Gedenkrede halten.
Sie sind herzlich eingeladen und wir würden uns freuen, Sie begrüßen zu dürfen. Bitte melden Sie sich bei Alexander Schulz unter Tel.: 0371-301616 an. Es gibt zur Mittagspause einen kleinen Imbiss und Kaffee und Kuchen.
Alexander Schulz
Landesvorsitzender

Kulturzentrum Ostpreußen

Seit der Wiedereröffnung der Residenz Ellingen für den Besucherverkehr sind auch die Ausstellungsräume des Kulturzentrums Ostpreußen wieder zugänglich. Die inzwischen überall geltenden Abstands- und Hygienemaßnahmen sind natürlich ebenfalls zu beachten.

Die diesjährige Sonderausstellung „**Wilhelm Voigt aus Tilsit. Der Hauptmann von Köpenick**“ wurde bis zum 22. November verlängert, nachdem sie wegen Corona im März geschlossen wurde.

Am 16. Oktober 1906 besetzte der aus Tilsit stammende Wilhelm Voigt mit einigen Soldaten das Köpenicker Rathaus und raubte die Stadtkasse. Die „Köpenickiade“ ist das Thema einer in dieser Form völlig neuen Ausstellung. Sie beleuchtet die ostpreußische Abstammung Voigts und rekonstruiert die Ereignisse



Ellingen Historische Postkarte mit Darstellungen des Hauptmanns von Köpenick
Foto: Kulturzentrum Ostpreußen

in Köpenick. Darüber hinaus wird auch die Verarbeitung des Schelmenstücks in der Presse sowie in Literatur und Film in den Blick genommen.
Die Öffnungszeiten für diese Sonderausstellung, wie auch für alle anderen Räumlichkeiten des

Kulturzentrums Ostpreußen, sind wie üblich:
Dienstag bis Sonntag, 10-12 Uhr und 13-17 Uhr (auch an den Feiertagen).
Kulturzentrum Ostpreußen Schloßstr. 9, 91792 Ellingen
www.kulturzentrum-ostpreussen.de

Werden Sie persönliches Mitglied der Landsmannschaft Ostpreußen

Ostpreußen benötigt eine starke Gemeinschaft, Sie können unsere Arbeit dauerhaft unterstützen, indem Sie persönliches Mitglied der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. (LO) werden. Dabei ist es egal, ob Sie in Ostpreußen geboren sind oder ostpreußische Vorfahren haben. Uns ist jeder willkommen, der sich für Ostpreußen interessiert und die Arbeit der Landsmannschaft Ostpreußen unterstützen möchte.
Die persönlichen Mitglieder kommen wenigstens alle drei Jahre zur Wahl eines Delegier-

ten zur Ostpreußischen Landesvertretung (OLV), der Mitgliederversammlung der LO, zusammen. Jedes Mitglied hat das Recht, die Einrichtungen der Landsmannschaft und ihre Unterstützung in Anspruch zu nehmen.
Sie werden regelmäßig über die Aktivitäten der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. informiert und erhalten Einladungen zu Veranstaltungen und Seminaren der LO. Ihre Betreuung erfolgt direkt durch die Bundesgeschäftsstelle in Hamburg. Der Jahresbeitrag beträgt zurzeit 60,00 Euro. Den Aufnahmeantrag können Sie bequem

auf der Webseite der Landsmannschaft – www.ostpreussen.de – herunterladen. Bitte schicken Sie diesen per Post an:
Landsmannschaft Ostpreußen
Herrn Bundesgeschäftsführer Dr. Sebastian Husen
Buchtstraße 4
22087 Hamburg.
Weitere Auskünfte zur persönlichen Mitgliedschaft erhalten Sie bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen:
Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de

Preußische Allgemeine

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

- ☐ **Ja, ich abonniere** mindestens für 1 Jahr die PAZ zum Preis von z. Zt. 144 Euro (inkl. Versand im Inland) und erhalte die
- ☐ Prämie Nr. 1 (Moderner Leuchtglobus) oder
- ☐ Prämie Nr. 2 (Renaissance-Leuchtglobus).

Name: _____
Vorname: _____
Straße/Nr.: _____
PLZ/Ort: _____
Telefon: _____

Die Prämie wird nach Zahlungseingang versandt. Voraussetzung für die Prämie ist, dass im Haushalt des Neu-Abonnenten die PAZ im vergangenen halben Jahr nicht bezogen wurde.
Die Prämie gilt auch für Geschenkabonnements; näheres dazu auf Anfrage oder unter **www.paz.de**

- ☐ Lastschrift ☐ Rechnung

IBAN: _____
Bank: _____
Datum, Unterschrift: _____

Bitte einsenden an:
Preußische Allgemeine Zeitung
Buchtstraße 4 – 22087 Hamburg

AZ-04-C

Abonnieren Sie die PAZ und sichern Sie sich Ihre Prämie

Prämie 1: Moderner Leuchtglobus



Prämie 1: Moderner Leuchtglobus
Das physische Kartenbild zeigt detailliert die Landschaftsformen sowie die Gebirgszüge und Gebirgsregionen, die Tiefebene, das Hochland, die Wüsten und in einer plastischen Deutlichkeit durch Farbabstufungen die Meerestiefen. Das politische Kartenbild dokumentiert alle Staaten und die verwalteten Gebiete unseres Planeten. Sichtbar sind Flug-, Schiffs- und Eisenbahnlinien.

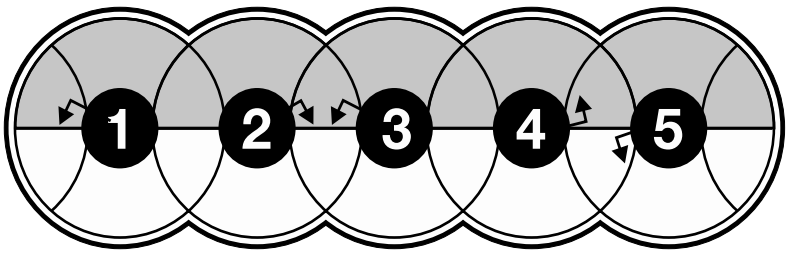


Prämie 2: Renaissance-Leuchtglobus

Prämie 2: Renaissance-Leuchtglobus
Pergamentfarbene Ozeane, Länder mit typischem Randkolorit auf Pergamentfönd, Darstellungen von Fregatten, Seeschlangen und einer Windrose zeichnen diesen Globus aus. Beleuchtet sind die Entdeckungsrouten von Christoph Kolumbus bis Magellan zu sehen. Das Kartenbild wurde nach Originalkarten aus dem 16. Jahrhundert gestaltet.

Gleich unter 040-41 40 08 42 oder per Fax 040-41 40 08 51 anfordern!

Zeitung für Deutschland
www.paz.de



Heimatkreisgemeinschaften

nen, waren zum Treffen nur Mitglieder und diese nur über die Heimatbrücke eingeladen worden.

Die Teilnehmer mussten sich in diesem Jahr dann auch vorher anmelden, was erfreulich gut und mit zufriedenstellenden Teilnehmerzahlen geklappt hat.

Das Goldaper Treffen begann mit den turnusmäßigen Gremiensitzungen mit Berichten über das abgelaufene und Planungen für das kommende Geschäftsjahr, in denen dann auch ein neuer Veranstaltungskalender beschlossen wurde, freilich unter Corona-Vorbehalt.

Am Sonnabendnachmittag stellten Annelies und Gerhard Trucewitz das von der Kreisgemeinschaft neu herausgegebene Buch „450 Jahre Goldap“ vor. Das Buch fasst die 450-jährige Geschichte Goldaps anschaulich und überschaubar zusammen.

Abends wohnten die Besucher der digitalen Festveranstaltung zu 100 Jahren Volksabstimmung Ostpreußen (11.07.1920) bei, die per Beamer und Leinwand von Ostpreußen-TV übertragen wurde.

Der Sonntag begann mit dem Gottesdienst in St. Wilhadi, in diesem Jahr gehalten von Pastorin Schulze. Es folgte die traditionelle Festveranstaltung in den Wallanlagen unserer Patenstadt Stade. Für die Festveranstaltung stießen auch der Stader Landrat Roesberg und der Stader Bürgermeister Hartlef dazu, außerdem der örtliche Landtagsabgeordnete Seefried. Die Festrede zu den Themen „100 Jahre Volksabstimmung“ und „70 Jahre Charta der Heimatvertriebenen“ hielt in diesem Jahr Kreisvertreter Stephan Grigat. Er ging dabei auch auf die Arbeit der Kreisgemeinschaft im vergangenen Vierteljahrhundert und deren wechselnde Bewertung durch politische und gesellschaftliche Kreise sowie die ausdrückliche Anerkennung durch deutsche und polnische öffentliche Stellen ein.

Seinen Abschluss fand das Goldaper Heimattreffen in den Räumen des Patenschaftsmuseums bei Kaffee und Kuchen, natürlich wie alle Veranstaltungen unter Einhaltung der Corona-Schutzverordnung.

Alle Teilnehmer freuten sich über das harmonische Treffen und darüber, dass das landsmannschaftliche Leben auch in Coronazeiten stattfinden konnte.



Lötzen

Kreisvertreter: Dieter Arno Milewski, Am Forstgarten 16, 49214 Bad Rothenfelde, Telefon (05424) 4553; E-Mail: kgl.milewski@osna-net.de **Stellvertreterin:** Petra-Kathrin Karpowski, 22880 Wedel **Geschäftsstelle und Heimatmuseum:** Gudrun Marlies Christians, Sudetenlandstraße 18 H, 24537 Neumünster, Telefon: +49 152 2903 2268, E-Mail: KGL-info@web.de **Öffnungszeiten der Geschäftsstelle:** Montag von 9 bis 12 Uhr sowie Donnerstag und Freitag von 14 bis 17 Uhr. Während der Öffnungszeiten der Geschäftsstelle sind die Museumsräume geöffnet.

Vaterländische Gedenkhalle

Die Vaterländische Gedenkhalle in Lötzen (polnisch Giżycko) befand sich auf der Feste Boyen in Ostpreußen in der heutigen polnischen Woiwodschaft Ermland-Masuren.

Sie wurde am 27. Februar 1916 eröffnet und gegen Ende des Zweiten Weltkrieges zerstört. Die Gedenkhalle war ein zeitgeschichtliches Museum.

Bereits vor dem Ersten Weltkrieg hatte der Kommandant der Feste Boyen, Oberst Hans Busse, die Idee, in Lötzen eine Gedenkstätte an Feldmarschall Paul von Hindenburg auf der Feste einzurichten. Das Unternehmen fand vielseitige Förderung, vor allem, weil während des Krieges Lötzen für längere Zeit Hauptquartier Hindenburgs war. Busse nahm dies zum Anlass, eine vorhandene kleine Sammlung von Erinnerungszeichen an Hermann von Boyen, dem Namensgeber der Festung, zu einer „Vaterländischen Gedenkhalle“ zu erweitern, in der alles vereint werden konnte, was auf den Einfall der Russen in Ostpreußen während der Schlacht an den Masurischen Seen und auf den Aufenthalt Hindenburgs in Lötzen Bezug hatte.

Zufall war es, dass bei Beginn des Krieges ganz in der Nähe von Lötzen an der Kullabrücke ein Urnenfriedhof aus den ersten Jahrhunderten unserer Zeitrechnung entdeckt wurde. Busse erhielt vom Besitzer des Grundstücks, Hauptmann Quassowski auf Bogatzewen, die Erlaubnis zur Ausgrabung. Die Arbeiten wurden unter der Leitung des Königl. Bezirksgeologen Hans Heß von Wichdorff durchgeführt.

Hindenburg brachte den Grabungen lebhaftes Interesse entgegen. Eine ungewöhnliche Anzahl an Waffen, Schmuck und Gebrauchsgegenständen, meist Beigaben der Aschenurnen, wurden gefunden: Fibeln verschiedener Art, Schnallen, Armbänder und Halsringe aus Bonze und Silber, Fingerringe, Ketten aus Bernstein und Tonperlen, Kinderspielzeug, Messer, Äxte, Speere, Pfeilspitzen, Schildbuckeln und anderes mehr.

Die Funde ergaben eine wissenschaftlich wertvolle Grundlage für eine prähistorische Abteilung des Museums. Mit dem Fund von der Kullabrücke konnte ein geschlossenes Bild einer Kulturperiode Masurens gezeigt werden. Zahlreiche Einzelfundstücke aus den verschiedenen vorgeschichtlichen Zeitabschnitten Ostpreußens wurden dieser Abteilung als Geschenke übergeben, darunter ein reichverziertes Wikingerschwert aus der zweiten Hälfte des 9. Jahrhunderts n. Chr., ein Fundstück aus den masurischen Seen von besonderem geschichtlichem Wert.

Der Ausbau der Gedenkhalle geschah vielfach in freiwilliger Arbeit. Die gesamte Einrichtung und die künstlerische Ausgestaltung der Halle sind nur durch private Mittel und Schenkungen sowie durch Soldatenarbeit zustande gekommen. Leutnant John war der leitende Architekt, Hans Heß von Wichdorff der Direktor der wissenschaftlichen Abteilung,

künstlerische Ornamente meißelte der Bildhauer Kraussen aus Münster i. W. in Holz, die Malerarbeiten führte Blüthgen aus Berlin aus, prächtige Treibarbeiten in Eisen ein Kunstschmied aus Braunschweig; Korbflechter, Kunsttischler und Steinmetze waren vorhanden. Ein Angestellter der Berliner Porzellanmanufaktur setzte die Urnen aus den Scherben zusammen.

Im Vorraum waren die Worte „Dem Kaiser, dem Befreier, den Führern, den Streitern Ostpreußens“ angebracht. Der erste Raum war den Ausgrabungen, der sogenannten Busse-Sammlung, gewidmet.

Der zweite größere Raum zeigte Büsten und Bilder des Kaisers Wilhelm II. sowie von Hindenburg, Ludendorff und vielen anderen Fürsten und Führern, die meisten mit eigenhändigen Unterschriften. An den Wänden hingen Aquarelle von den in der

Schlacht an den Masurischen Seen zerstörten Ortschaften des Malers Richard Rothgiesser aus Hamburg. In der kriegsgeschichtlichen Sammlung waren russische Waffen ausgestellt, die die Bewaffnung des russischen Heeres beim Einfall in Ostpreußen im Sommer 1914 zeigten.

Das Masurische Zimmer im Dachgeschoss zeigte Trachten, ein Modell eines masurischen Bauernhauses sowie Münzfunde aus der Region. Dort waren auch die Originalarbeiten des masurischen Dichters Friedrich Dewischeit ausgestellt.

1935 wurden Pläne erstellt, die einen Neubau der Gedenkhalle vorsahen. Dieser Bau wurde nie ausgeführt. Die „Vaterländische Gedenkhalle“ wurde gegen Ende des Krieges zerstört, viele Informationen über das Bauwerk sind jedoch erhalten geblieben. So wurde die vollständige Fundkartei der archäologischen Funde von



Heimattreffen Von links nach rechts der Sprecher der LO Stephan Grigat, Bürgermeister Sönke Hartlef, Landrat Michael Roesberg und CDU-Generalsekretär Kai Seefried MdL Foto: privat

Arthur Schmidt, von 1933 bis 1935 wissenschaftlicher Direktor der Einrichtung, dem Lötzener Heimatmuseum in Neumünster übergeben. Ein Gesamtüberblick über das Museum und dessen Sammlungsbestand wurde in einem Buch des

polnischen Archäologen Maciej Karczewski aufgearbeitet.

Maciej Karczewski: Muzeum w mieście Lötzen, Historie i zbiory (1916–1944). Białystok 2017, ISBN 978-83-942895-6-0

„Peter III. - Der Zar, der Ostpreußen rettete“

Vortrag „Peter III. – der Zar, der Ostpreußen rettete“ gehalten von der HKG Bartenstein am 05. September 2020 in Nienburg / Weser von Jörg Ulrich Stange, Vorsitzender des Kieler Zarenvereins

Herzog Carl Peter Ulrich von Holstein-Gottorf wurde im Kieler Schloss als Sohn des Herzogs Carl Friedrich und dessen Frau, Anna Petrowna, der Tochter Peters des Großen, am 21.02.1728 geboren. Er war damit Anwärter auf den russischen Thron, aber durch die schwedische Familie seines Vaters ebenfalls ein Aspirant für die schwedische Krone. Nachdem der Kieler Prinz als Kind beide Eltern durch deren frühen Tod verloren hatte, wurde er Anfang 1742 nach St. Petersburg gebracht, um als Neffe der kinderlosen Zarin Elisabeth zu deren Thronfolger ernannt zu werden. Durch Vermittlung Friedrichs des Großen heiratete der Großfürst 1745 Sophie Auguste Friederike von Anhalt-Zerbst, die russisch-orthodox auf den Namen Katharina getauft wurde und bestieg nach dem Tod seiner Tante, der Kaiserin Elisabeth, als Zar Peter III. 1762 den Thron von Russland.

Inspiriert von den Ideen der Aufklärung brachte Zar Peter III. eine beachtliche Anzahl von Sozialreformen für das feudalistisch erstarrte Russland auf den Weg. Der Kieler Zar beendete noch am ersten Tag seiner Regierung den Siebenjährigen Krieg durch einen sofortigen Waffenstillstand mit Preußen, womit er zigtausenden russischen und europäischen Soldaten das Leben rettete und das Gleichgewicht der Mächte in Europa sicherte. Mit dem Ausscheiden Russlands aus der Kriegskoalition mit Frankreich und Österreich war das Ende des verlustreichen Krieges eingeläutet, aber auch de facto der „erste“ Weltkrieg beendet worden. Denn gekämpft wurde in diesem Krieg bereits auf vier Kontinenten. Vor allem verdankte Preußen dem Zaren aus Kiel seine Weiterexistenz als europäische Großmacht. Der Staat Friedrichs II. stand aufgrund mehrerer verlorener Schlachten

zum Jahreswechsel 1761/62 vor dem Zusammenbruch.

Zar Peter III. gab Preußen das von seiner Tante und Vorgängerin auf dem russischen Thron 1758 eroberte Ostpreußen zurück, wofür man ihn bis heute in gewissen russischen Kreisen als „Verräter“ oder auch „deutschen Agenten auf dem russischen Zarenthron“ bezeichnet.

Doch die Eroberung Ostpreußens unter Zarin Elisabeth im Siebenjährigen Krieg lässt sich keineswegs mit der Besetzung durch die Russen 1914 oder 1945 vergleichen.

Es war eine ausdrückliche Anweisung Elisabeths, die Ostpreußen milde zu behandeln, um sie für Russland zu gewinnen. Der Beamtenapparat blieb bestehen, wie unter Preußen, nur leisteten diese ihren Amtseid gegenüber der Zarin. Offiziere besuchten die Vorlesungen der Universität Königsberg. Die Stimmung war gut, man feierte die 13 russischen Feiertage des Jahres mit großem Pomp. Etwas Glanz des St. Petersburger Zarenhofes zog in Königsberg ein. Die Geschäfte florierten, besonders mit Getreide, denn die russische Armee steigerte die Nachfrage. Allgemein sprach man in Königsberg von einem Klimawechsel. Das gesellschaftliche Leben gewann an Glanz und Dynamik. Russische Offiziere waren beliebt bei den jungen Damen in Königsberg, die Scheidungsrate stieg signifikant und das Punschtrinken kam in Mode. Die Russen waren so klug, dass sie keine Einquartierungen in Privathäusern verlangten und auch keine jungen Ostpreußen zum Militärdienst einzogen. Allerdings gab es Kontributionen zu zahlen, wovon allein Königsberg ein Drittel zu tragen hatte. Waren die Abgaben zu belastend, reiste eine deutsche Delegation an den Zarenhof, wo i. d. R. Nachlass gewährt wurde.

Der Schiffsbau für die russische Kriegsflotte führte allerdings zur Abholzung der Kurischen Nehrung, deren spätere wüstenartige Dünenlandschaft auf diese Zeit zu-

rückzuführen ist. Darüber gab es in Königsbergs keine Proteste, wie überhaupt in den Briefen der Geistesgrößen Königsberg kaum etwas Negatives über die russische Besatzungszeit zu lesen ist.

Insgesamt lebten die Ostpreußen nicht schlecht unter der russischen Besatzung, und so ist es auch nicht verwunderlich, dass die Landstände ohne äußeren Druck ihren Eid auf die russische Zarin leisteten, was wiederum Friedrich II. erboste und er Zeit seines Lebens aus Verärgerung darüber keinen Fußbreit mehr auf ostpreußischen Boden setzen würde. Die Bewohner seiner durch Peter III. zurückgegebenen Provinz waren für ihn schlicht „Verräter“.

Neben dem Waffenstillstand mit Preußen, gelten die Reformen des Kieler Zaren als sein eigentliches Lebenswerk. In nur 186 Tagen seiner Regierungszeit bis zu seinem Sturz und der Ermordung, erließ er über 200 Gesetze, Erlasse und Ukase.

Eine kleine Auswahl seiner im Geiste der Aufklärung verfassten Neuerungen für sein rückständiges Russisches Reich:

- Erste Maßnahmen zur Aufhebung der Leibeigenschaft
- Bodenreform zugunsten der Kleinbauern
- Bildungspflicht für alle Kinder
- Religiöse Toleranz
- Amnestie für politisch und religiös Verfolgte
- Auflösung der gefürchteten Geheimpolizei
- Abschaffung der Folter
- Abschaffung der Salzsteuer zur Entlastung der einfachen Bevölkerung

Besonders die orthodoxe Kirche, die über Millionen von Leibeigenen und einen großen Teil der landwirtschaftlichen Fläche Russlands verfügte, aber auch gewisse Kreise innerhalb der Aristokratie, die sich unter Peter III. um ihre Privilegien gebracht sahen, unterstützten seine Gattin Katharina bei deren Putschvorhaben gegen Peter III. Vorsorglich hatte sie bereits jahrelang abfällige Gerüchte zu Lasten ihres Ehemanns in Umlauf

bringen lassen, deren Wahrheitsgehalt einer historisch-wissenschaftlichen Überprüfung nicht standhalten.

Ende Juni 1762, am Peter und Paul Tag, den der Zar mit seinem Sohn in der Residenz Oranienbaum feiern wollte, verhafteten bestochene Offiziere der Leibregimenter ihren Zaren im Auftrag Katharinas. Wenig später wurde Peter III. im Jagdschloss Ropscha bei St. Petersburg vom Liebhaber seiner Gattin, Alexej G. Orlow, ermordet. Dafür belohnte Katharina ihren Getreuen mit unvorstellbar weitläufigen Ländereien und über 100.000 Leibeigenen, so dass der Zarenmörder für seine Tat zu einem der reichsten Männer des Russischen Reiches aufstieg.

Die neue Kaiserin verstand es, ihren Sohn und legitimen Thronfolger des Vaters bis zu ihrem Tod 1794 vom Thron fernzuhalten. Mit unwahren Behauptungen und üblen Schmähungen verleumdete sie ihren Gatten, der sich aufgrund seiner sozialen Reformen beim einfachen Volk deutlicher Beliebtheit erfreute. Positive Äußerungen über ihren ermordeten Gatten ließ die Zarin mit strengsten Strafen ahnden, so dass ihre Negativpropaganda unkritisch in die Geschichtsschreibung Eingang finden konnte. Ihre Rechtfertigungsmanifeste und ihre subjektiven Memoiren dienten Generationen von Historikern als „wissenschaftlicher Steinbruch“, wodurch die abwertenden Urteile über das Leben des unglücklichen Kieler Zaren über zweihundert Jahre geprägt wurden.

Der Kieler Zarenverein widerlegt in seinen Publikationen die zu meist unbewiesenen negativen Überlieferungen über Peter III.

Die Arbeit der Kieler Historiker trägt seit einigen Jahren entsprechende Früchte, so dass der früher als regierungsunfähig geltende Peter III. heute größtenteils differenziert beurteilt wird und vor allem sein umfangreiches soziales Reformwerk und seine Verdienste um die Beendigung des Siebenjährigen Krieges zunehmend gewürdigt werden.

ALTERTUMSGESELLSCHAFT PRUSSIA

Das reiche Erbe Ostpreußens erhalten

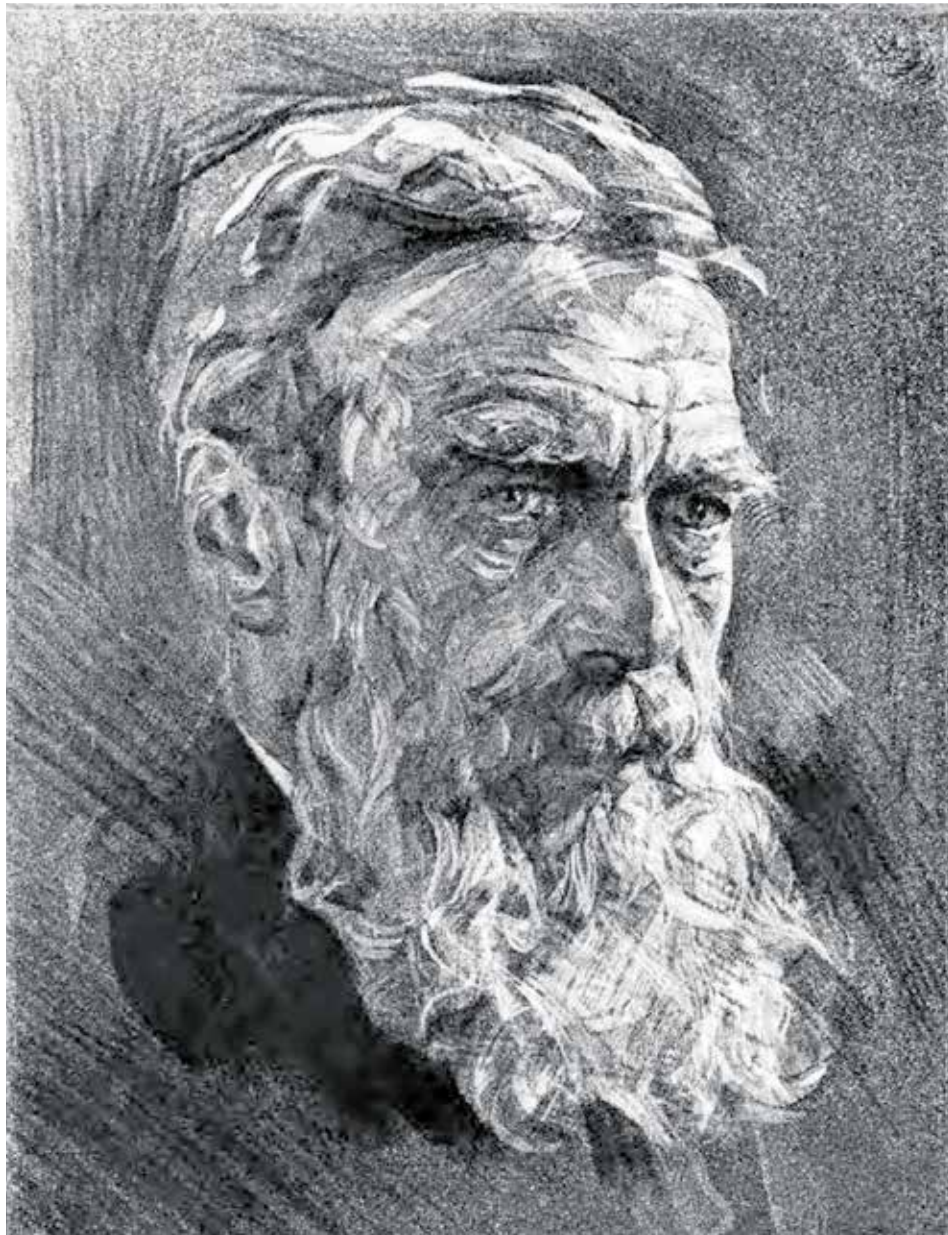
Der Historiker Wulf D. Wagner zeichnet die Geschichte der PRUSSIA von der Entstehung bis 1945 nach

VON DAGMAR JESTZREMSKI

Am 19. November 1844, dem 300. Jahrestag der Gründung der Königsberger Universität „Albertina“, wurde die Altertums-Gesellschaft PRUSSIA zu Königsberg in Preußen gegründet. Die Idee zu dem Zusammenschluss von „Freunden des vaterländischen Alterthums“ hatte der Königsberger Professor für Kunstgeschichte und Ästhetik August Hagen (1797–1880), der auch zum ersten Vorsitzenden der PRUSSIA-Gesellschaft gewählt wurde. Der Geschichtsverein gab eigene Schriftenreihen sowie zahlreiche wissenschaftliche Werke zur Historie Ost- und Westpreußens heraus und vergrößerte fortlaufend seine archäologischen, volkskundlichen und ethnologischen Sammlungen.

Die ab 1879 im Königsberger Schloss untergebrachten Bestands- und Schausammlungen des Prussia-Museums hatten bereits um 1900 eine Bedeutung von europäischem Rang. Infolge des Zweiten Weltkrieges wurden das Museumsarchiv und die Sammlungen mit mehreren Hunderttausend Objekten größtenteils unwiederbringlich zerstört. 175 Jahre nach Gründung der PRUSSIA-Gesellschaft erschien Ende 2019 die hervorragende und insbesondere lebensnahe Forschungsarbeit des Historikers und ausgewiesenen Ostpreußenkenners Wulf D. Wagner zur Geschichte der PRUSSIA bis 1945 unter dem Titel „Die Altertumsgesellschaft Prussia. Einblick in ein Jahrhundert Geschichtsverein, Archäologie und Museumswesen in Ostpreußen (1844–1945)“. Das Buch ist mit großenteils unveröffentlichten Fotos sowie Plänen und Skizzen ausgestattet, die einen guten Eindruck von dem Wirken der PRUSSIA vermitteln.

Ab 1893 führte der Verein selbst archäologische Grabungen durch und füllte mit den Fundobjekten seine Vitrinen und Schränke. Frühzeitig war in dem Zusam-



Er prägte die PRUSSIA-Gesellschaft nachhaltig: Der ehrenamtliche Vorsitzende und Museumsleiter Professor Adalbert Bezenberger
Foto: Heinrich Wolff

menhang von „Raumnott“ die Rede. Von den weiteren Werken des Autors zur Geschichte Ostpreußens sei hier lediglich auf die 2008 und 2011 veröffentlichte zweibändige Dokumentation „Das Königsberger Schloss“ hingewiesen, da Band II einen Überblick über das Schicksal der teilweise geretteten PRUSSIA-Sammlung

aus dem Königsberger Schloss nach 1945 enthält.

Für das vorliegende Buch hat der Autor als zentrales Vorhaben die erhaltenen und seit 2000 mühsam neu geordneten Archivalien des PRUSSIA-Archivs im Berliner Museum für Vor- und Frühgeschichte gesichtet und ausgewertet.

Aus den Unterlagen wurden vielfach längere Ausschnitte und Zitate in die chronologische Darstellung eingefügt, um, wie Wagner mitteilt, eine Vorstellung davon zu vermitteln, welch große Lücken bei den verlorenen Akten und Funden zu beklagen sind. Des Weiteren war es sein Anliegen, den unerschöpflichen Idealismus, die Fragen, Sorgen und Zweifel aller beteiligten Persönlichkeiten herauszustellen, „denn nichts vermag, so glaube ich, wenn wir vom Ende des Buches zurückzuschauen, größere Ehrfurcht vor dem Erreichten hervorzurufen, ja nichts ist zugleich aktueller, wenn wir danach fragen, was uns die Geschichte einer Altertumsgesellschaft heute noch bedeuten kann“, so Wagner.

Große Lücken durch Kriegsverluste

Diese Schwerpunktsetzung in Verbindung mit einem schwungvollen Schreibstil, dabei die vielfältigen Verknüpfungen aufzeigend, denen der Autor aus nachvollziehbaren Gründen größtenteils nicht nachgehen konnte, eröffnet den Blick auf ein großes Umfeld, was etwa die – durchweg von privater Seite geleistete – Finanzierung der Arbeit der PRUSSIA betraf oder die Kontakte zu anderen Museen und Wissenschaftlern. Von den literarischen Quellen lieferten naturgemäß die seit 1875 gedruckten „Sitzungsberichte der Altertumsgesellschaft PRUSSIA“, später umbenannt in „PRUSSIA – Zeitschrift für Heimatkunde und Heimatschutz“, wichtige richtungsweisende Ansätze.

Eine der maßgeblichen Persönlichkeiten, deren Lebensläufe nachgezeichnet werden, war der vielseitig interessierte und reisefreudige Professor für indogermanische Sprachwissenschaft, ehrenamtliche PRUSSIA-Vorsitzende und Museumsleiter von 1891 bis 1916, Adalbert Bezenberger (1851–1922). Als dieser den Vorsitz an Professor Felix Ernst Peiser (1862–1921) übergab, hatte das Museum „eine herausragende Stel-

lung innerhalb des Deutschen Reiches erworben“.

Das Herzensanliegen der PRUSSIA-Mitglieder war es, das kulturelle Erbe Ostpreußens zu bewahren. „Heute wissen wir, dass es ihnen nicht gelungen ist“, stellt Wagner nüchtern fest. Dennoch klingt schlussendlich gedämpfter Optimismus an: „Hundert Jahre bestand die Altertumsgesellschaft PRUSSIA. Führend nahm sie nicht nur teil an der Erforschung der Geschichte Ostpreußens, sondern durch die zahlreichen Verbindungen vor allem in den skandinavischen Raum, aber auch nach Polen, Litauen oder Russland, an der Vorgeschichtsforschung Europas. Die Größe des Fundreichtums im ostpreußischen Boden und somit die der Sammlung war aufgrund der späten Christianisierung Ostpreußens durch den Deutschen Orden ab dem 13. Jahrhundert auch im europäischen Vergleich gewaltig.“

Landesweite Bedeutung

Nicht nur die vorgeschichtliche Abteilung der PRUSSIA, auch andere Bereiche des Museums, wie etwa die Sammlung zu Immanuel Kant, genossen eine Bedeutung, die weit über die Grenzen der Provinz hinausreichte: „Das reiche Erbe in Form der Sammlungen, Archivalien und Publikationen wird auch kommenden Archäologen und Historikern noch lange eine unerschöpfliche Grundlage weiterer Forschungen sein.“

Wulf D. Wagner: „Die Altertumsgesellschaft Prussia. Einblick in ein Jahrhundert Geschichtsverein, Archäologie und Museumswesen in Ostpreußen (1844–1945)“, PRUSSIA-Schriftenreihe Bd. 29, Husum Verlag, Husum 2019, gebunden, 368 Seiten, 34,95 Euro



ÖSTLICH VON ODER UND NEISSE

Reisen, wo das Unkraut die Schienen überwuchert

Deutsche und polnische Bahnliebhaber erleben gemeinsam niederschlesische Nostalgie

„Es ist ein toller Zug, er passt historisch in diese Gegend und ist für die Leute ein richtiges Erlebnis“, so Felix Bührdel. Er begleitete am 4. Oktober deutsche und polnische Eisenbahnfreunde für die Ostsächsischen Eisenbahnfreunde e.V. Sie organisierten in Kooperation mit dem Verein der Eisenbahnfreunde Breslau (KSK Wrocław) eine Nostalgiefahrt mit der Diesellok SM30-507 und drei „Donnerbüchsen“-Waggons. „Bei uns in der Region guckt man nicht nur, was in Deutschland passiert, sondern ebenso, was in Polen und Tschechien passiert. Hier gibt es noch viele Strecken, die vom normalen Bahnverkehr nicht befahren werden, geheime Ecken, die eine richtig interessante Geschichte haben. Durch die Grenzziehung sind viele Veränderungen im polnischen Eisenbahnnetz zwangsläufig entstanden“ so Bührdel, Sohn eines Eisenbahners mit Wurzeln in Liegnitz [Legnica].

Während die deutsche Strecke Görlitz-Zittau teilweise östlich der Neiße verläuft, hatte Polen nach dem Krieg über Schönberg [Sulików] kommend an die Trasse auf der östlichen Neiße ange-schlossen und vor dem Wechsel auf die

andere Seite der Oder-Neiße-Linie bei Hirschfelde eine Abzweigung nach Reichenau [Bogatynia] gebaut. Dieser Stützen besteht nach Einstellung des Personenverkehrs heute nur für den Kohletransport bis Türchau [Turoszów], war aber für die Eisenbahnfans einer der Höhepunkte der Tagesreise durch die Woiwodschaft Niederschlesien, bei der auch stillgelegte Nebenstrecken nach Seidenberg [Zawidów] und Marklissa [Leśna] befahren wurden.

Damit die polnischen und deutschen Eisenbahnfreunde gleichermaßen gut über die Bahn- und Kulturgeschichte informiert wurden, nahm Björn Bollmann, ein Oberschlesier aus Tillowitz [Tułowice] und Wahlbreslauer immer wieder das Megafon in die Hand. Beim Halt in Schönberg berichtete der Germanist und Fremdenführer Bollmann über den 1927 erbauten Bahnhof. Das Gebäude ist nach den Plänen des Bauhaus-Architekten Adolph Rading entstanden. Doch es verfällt zunehmend, bedauert Bollmann: „Weil diese Strecke nicht mehr für den Personenbetrieb genutzt wird, hört man von Seiten des polnischen Netzbetreibers (PLK): Wozu brauchen wir diesen Bahnhof? Das ist natürlich



Informiert interessierte Bahnfreunde auf Deutsch und Polnisch: Björn Bollmann von den Eisenbahnfreunden Breslau (r.)
Foto: Wagner

schade, denn alle, die sich für den Modernismus interessieren, finden hier eine Fundgrube.“

Man merkt, Bollmann liebt die deutsche Kultur. „Die erste Berührung mit deutscher Literatur hatte ich mit Büchern, die auf unserem Dachboden la-

gen.“ Kaum, dass er lesen konnte, stöberte er in den Goethe- und Schillerausgaben. Literatur seiner schlesischen Landsleute Joseph von Eichendorff und Gerhart Hauptmann, wie dessen „Bahnwärter Thiel“, prägte ihn. „Das waren noch Zeiten, in denen man die Deutschen nicht

leiden konnte. Meine Eltern haben immer gesagt: Wenn du zur Schule gehst oder auf der Straße bist, bitte sprich nur Polnisch, damit du keine Nachteile bekommst“, erinnert sich Bollmann.

Heute ist seine Zweisprachigkeit ein großer Vorteil, vor allem für die Passagiere seiner Sonderzugfahrten. Zofia Okołowicz hört ihm aufmerksam zu. Als eine von wenigen Frauen unter den Eisenbahnfreunden reiste sie aus dem 170 Kilometer entfernten Reichenbach [Dzierżoniów] an die Neiße. Hunderte von Fotos schoss sie auf der Reise mit dem Sonderzug. Die Bilder stellt sie auf ihre Facebook-Seite. Zugleich informiert sie dort über Bahnereignisse und gibt Reisetipps. Ihre Leidenschaft begann damit, dass historische Züge aus Königszelt [Jaworzyna Śląska] nach Reichenbach kamen. Als sie daraufhin das Bahnbetriebswerk in Wollstein [Wolsztyn] besuchte, war es um sie geschehen. „Jede freie Minute verbringe ich in Lokschuppen oder auf Reisen mit historischen Zügen. Das Bahnfahren mit modernen Zügen hat keine Atmosphäre mehr. Wegen der Klimaanlage kann man nicht einmal mehr das Fenster öffnen. Es riecht nicht mehr nach Dampf oder Diesel“, merkt Okołowicz an. *Chris W. Wagner*

MUSEALES

Heros von Borcke kämpfte in Amerika

Pommersche „Plempe“ im Museum of the Confederacy in Richmond, Virginia

VON FRITZ SPALINK

Vor 150 Jahren, von 1861 bis 1865, tobte im Osten Amerikas der amerikanische Sezessionskrieg, dessen vordergründiges Ziel die Sklavenbefreiung war, obwohl es im wesentlichen um die politische Vorherrschaft in Amerika zwischen dem industrialisierten Norden und der tradierten südstaatlichen Agrargesellschaft ging. Vor allem auf Seiten der Nordstaaten bildeten deutsche Einwanderer und Freiwillige unter Kommandeuren wie Carl Schurz oder Friedrich Hecker militärische Einheiten bis zu Divisionsstärke.

Weniger bekannt sind deutsche Kämpfer in den Reihen der Konföderierten Armee, wie z.B. Heros von Borcke, Spross einer seinerzeit auch auf Usedom in Morgenitz und Krienke ansässigen pommerschen Adelsfamilie. Als Offizier im Königlich Preußischen Garde-Kürassier-Regi-

ment in Berlin wurde er über seine Truppe hinaus dadurch bekannt, dass ihm der zur Uniform gehörige Pallasch zu kurz erschien und er sich in Solingen einen eigenen, längeren Säbel anfertigen ließ, in dem bei einer Parade sein König Friedrich Wilhelm IV. „ein ausgebuddeltes mittelalterliches Ahnenschwert“ vermutete und die weitere Verwendung dieser „Plempe“ in preußischen Diensten verbot. Inzwischen bei den Landsberger „Schwarzen Dragonern“ nahm er – um in erster Linie den Nachstellungen seiner Kasinogläubiger und den Vorhaltungen seines Vaters zu entgehen, aber wohl auch wegen seiner ungezügelten Abenteuerlust – seinen Abschied. Er begab sich nach Richmond in Virginia, um die amerikanischen Südstaaten in ihrem Kampf gegen die Yankees zu unterstützen. In mehr als zwei Jahren und fast 60 Gefechten als Stabschef an der Seite des Reitergenerals Stuart wurde Heros von Borcke im Gefecht von Middle-

burg von einer Bleikugel getroffen, die sich in seiner Lunge festsetzte und mit damaliger Chirurgenkunst nicht zu entfernen war. Heros von Borcke kehrte hochdekoriert nach Preußen zurück – gerade rechtzeitig, um noch an der Schlacht von Königgrätz 1866 im Stab des Prinzen Friedrich Karl, dem Bruder des Kaisers Wilhelm I., teilzunehmen, und sich als taktischer Reorganisator der kaiserlichen Reiterei hervorzutun.

Nach seinem endgültigen Abschied von der militärischen Laufbahn lebte er auf seinen Gütern in Hinterpommern, heiratete und hatte drei Söhne. 1883 reiste er mit Prinz Friedrich Karl nach Swinemünde und zu seiner Verwandtschaft nach Auerose. Seine Ehefrau Magdalene weilte schon seit längerer Zeit zu einer Kur im Seebad Heringsdorf und starb auch dort.

Heros nahm 1884 eine Einladung seiner Bürgerkriegskameraden an und fuhr erneut nach Amerika. Hier wurde er von den Kameraden und der Bevölkerung begeistert gefeiert, und überließ seinen Säbel als Gastgeschenk dem Senat von Virginia. Heute ist das Weiße Haus in Richmond/Virginia, das ehemalige Regierungsgebäude der Konföderierten Staaten, das „Museum of the Confederacy“. Hier wird das Andenken an Heros von Borcke in Ehren gehalten und die Registratorin, Melinda D. Gales, machte Überstunden, um dem Heringsdorfer Ortschronisten den dokumentierten Nachlass zu präsentieren, und fotografieren zu lassen. Ein Kriegskamerad Borcke's, General Wickham, sagte seinerzeit bei der Übergabe:

„Dieses ist das Schwert von Heros von Borcke. Sie sehen, es war kein Kind, das

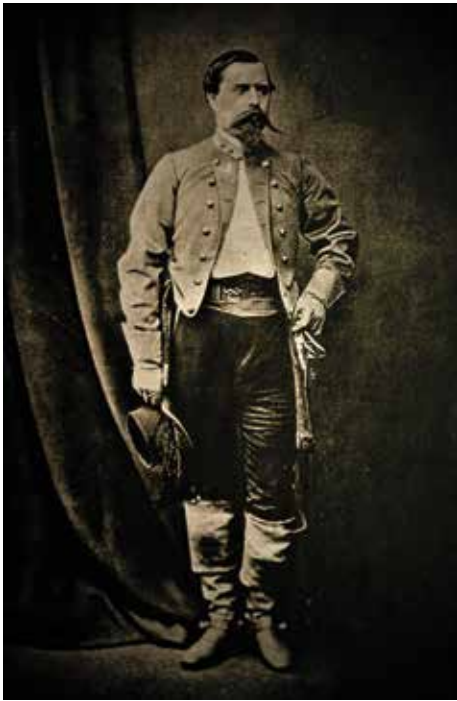


Bild-Archiv

Heros von Borcke *23.7.1835 Festung Ehrenbreitstein, Koblenz, † 10.5.1895, Berlin

diesen Säbel trug. Wohl erinnere ich mich noch, da er, ein Jüngling, zu uns kam, um Ruhm zu ernten und sein Schicksal an das unserer Staaten zu binden. Wohl erinnere ich mich der vielen Gefechte, da er diesen mächtigen Säbel schwang, als wäre er von großer Leichtigkeit. Wohl erinnere ich mich, wie dieser Mann wieder und immer wieder seine Pflicht getan hat, stets der erste im Angriff, stets der letzte beim Rückzug. Kein Soldat der konföderierten Armee tat gewissenhafter seinen Dienst als Heros von Borcke“.

● **Weitere Info** Fritz Spalink ist Historiker im Förderverein Pommersche Heimat e.V., <https://pommerscheheimat.de>



Der Säbel des Heros von Borcke trägt das Wappen der Familie, zwei zum Sprung ansetzende gekrönte Wölfe, auf dem gekrönten Helm ein wachsender Hirsch sowie die Gravur des Blankwaffenherstellers Eisenhauer/Hörster, Solingen. (Foto: Spalink)

NATURSCHÜTZER UND ORNITHOLOGE

Paul Robien – Vordenker der grünen Idee



Foto: Pommersches Landesmuseum

Paul Robien hatte eine schwere Kindheit und Jugend, erwarb als Autodidakt umfangreiche naturwissenschaftliche Kenntnisse und entwickelte sich am Naturkundemuseum in Stettin zum grünen Revolutionär mit deutscher Bedeutung aber ohne Massenwirksamkeit. Er kämpfte gegen die mit der fortschreitenden Industrialisierung verbundene Naturzerstörung und forderte vom Klassenkampf des Marxismus einen ebenso konsequenten ökologischen Kampf. Viele seiner Überlegungen bis hin zur Lebensreformbewegung waren ihrer Zeit weit voraus und sind erst in der Gegenwart anteilig mehrheitsfähig.

Die Nationalsozialisten hielten ihn für einen Querulanten, stellten ihn vollends ins Abseits und ließen ihn allein in seiner Naturwarte auf der Insel Mönne in der Odermündung bis zum bitteren Ende gewähren, wo er verfolgte polnische Juden versteckte und Ende November 1945 von

Rotarmisten ermordet wurde. Inzwischen erreichte der linke Umweltaktivist mit seinen überlieferten Schriften in Deutschland und Polen eine Nachwirkung. Aktuelle Veröffentlichungen befassen sich mit seinem Wirken. Im nunmehr polnischen Stettin gibt es sogar eine Paul-Robien-Straße. Der linke Vordenker der grünen Bewegung wurde am 2. September 1882 in Bublitz geboren, das einst im Regierungsbezirk Köslin der preußischen Provinz Pommern lag und heute zur polnischen Woiwodschaft Westpommern gehört. Er hieß eigentlich Paul Ruhtke, war ein uneheliches Kind in einfachen Verhältnissen und bekam seine Herkunft von seiner Umgebung vorgehalten. Der vielseitig interessierte Junge besuchte nur die Volksschule, befuhr anschließend als Seemann die Weltmeere und entwickelte sich mit dem Fronterlebnis des I. Weltkrieges zum Pazifisten. Mehr noch. Zu seinen naturwissenschaftlichen Interessen gesellten sich linke politische Aktivitäten und vor allem die konsequente autodidaktische Erschließung entsprechender Literatur. Zur Universität des Lebens kamen die Bücher, die er erschloss. Mit seiner Naturliebe und wachsenden Kenntnissen machte er sich als Ornithologe einen Namen und bekam nach längerer Arbeitslosigkeit unter dem angenommenen Namen Robien am Stettiner Naturmuseum eine Anstellung. Aus dem Hobby-Naturkundler wurde ein engagierter Umweltaktivist, der mit dem Gartenarchitekten Leberecht Migge 1921 in Worpsswede die „erste deutsche Sied-

lungskonferenz“ durchführte, um über Naturschutzsiedlungen zu einer „grünen Revolution“ zu kommen mit der „Sicherstellung und Ernährung aller produktiv Schaffenden“. 1922 hielt er vor 200 Teilnehmern eines Naturschutz-Kongresses in Berlin im Zusammenhang mit der Lebensreformbewegung einen Vortrag über seine Visionen. Er warb für ein „rot-grünes Bündnis“, für eine „Naturrevolution“ und für einen „ökologischen Klassenkampf“. Von den Marxisten verlangte er eine Ökologisierung ihres Kampfes. Ohne größeren Erfolg. Selbst die umworbenen Gewerkschaften „reagierten mit Unverständnis und Ablehnung“ auf seine Agitation. Deshalb rang er mit eigener Vorbildwirkung um Mitstreiter. Sein Natursiedlungsprojekt mündete zunächst in den Aufbau der Naturwarte Mönne auf der Insel Mönne in der Odermündung 1922 ein, wo er den Naturschutz mit Siedlungsansätzen betrieb. Das Gelände gehörte der Stadt Stettin, die es zur Verfügung stellte, ein festes Stationshaus ermöglichte und seine Naturschutzarbeit tolerierte. Doch sein Beispiel blieb ohne Nachahmer. Seine diesbezüglichen Schriften fanden keine Verbreitung. Allein die Stettiner Stadtmetnuten nutzten Robiens Anlagen als „Ausflugsziel“. Seine Versuche, an der ganzen Küste Pommerns weitere Naturwarten einzurichten, zu vernetzen und damit den Naturschutz zu einer neuen Qualität zu bringen, scheiterten an den Behörden. Robien galt vielen als Außen-seiter und Querulant. Das verstärkte sich

bei den damaligen Machthabern, die ihn auf die abgeschiedene Insel Mönne beschränkten und klar bekundeten, was sie von seinen linken Ideen hielten. Der Umweltaktivist hielt sich an die Vorgaben, versteckte allerdings verschiedene polnische Juden auf seiner Insel vor der Verfolgung und weigerte sich mit seiner Lebensgefährtin in der Endphase des II. Weltkrieges dem Räumungsbefehl die Insel zu verlassen nachzukommen. Man ließ den noch unvollendeten deutschen Flugzeugträger mit dem Namen „Graf Zeppelin“ vor Mönne ankern. Das erwies sich als folgenschweres Politikum. Als die Rote Armee nach Stettin auch die Insel Mönne besetzte, nahm sie sofort Besitz von dem Flugzeugträger und erklärte das Gebiet zur Sperrzone mit der Räumungsaufgabe für alle verbliebenen Deutschen. Robien wollte seine Naturwarte nicht aufgeben, setzte sich zur Wehr und wurde mit seiner Partnerin Ende November 1945 erschossen. Der Verbleib der Leichen ist unbekannt. Die Naturwarte mit allen Sammlungen und wissenschaftlichen Aufzeichnungen wurde zerstört. Auf den Fundamenten der Naturwarte erinnert seit 1995 eine Gedenktafel an den Umweltaktivisten und sein Schicksal. Seine wegweisenden Überlegungen und Vorahnungen über die drohende Reduzierung der Artenvielfalt und die Vergiftung der Wälder und Meere fanden später ihren Niederschlag im Parteiprogramm der Grünen. 1995 fand in Stettin im 50. Todesmonat von Robien ein deutsch-polnisches Symposium statt, das sein Wirken und seine heutige Bedeutung würdigte.

Martin Stolzenau

● WÜRDIGUNG

Ellinor von Puttkamer – Saal im Auswärtigen Amt trägt ihren Namen



* 18. Juli 1910 in Versin, Kreis Rummelsburg in Hinterpommern, † 13. November 1999 in Bonn

Ellinor von Puttkamer wurde als siebtes und jüngstes Kind des Generallandschaftsrats und Gutsbesitzers Andreas von Puttkamer und seiner Ehefrau Elisabeth von Puttkamer, geb. von Zitzewitz, geboren. Die Familie Puttkamer gehört zu den ältesten Adelsfamilien Pommerns. Ellinor von Puttkamer studierte von 1930 bis 1936 Geschichte und wurde 1936 mit der Dissertation Frankreich, Russland und der polnische Thron 1733 zum Dr. phil. promoviert. Von 1936 bis 1945 arbeitete sie am Kaiser-Wilhelm-Institut für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht in Berlin. Bereits 1953 trat sie in den Auswärtigen Dienst ein. 1968 Auszeichnung mit dem Großen Bundesverdienstkreuz.

Ellinor von Puttkamer wurde 1969 die erste Botschafterin der Bundesrepublik. Sie war damit eine Wegbereiterin für eine gleichberechtigte Außenpolitik, in der Diplomatie keine „Männersache“ ist. An diesen Erfolg erinnert nun auch der offizielle Name eines Saals im Auswärtigen Amt.

Die erste Botschafterin der Bundesrepublik war 1969 ein Novum für die deutsche Außenpolitik. So titelte die Bild-Zeitung seinerzeit denn auch noch sichtlich verwundert „Eine Frau wird deutscher Botschafter!“. Heute ist die Ernennung von Frauen in leitende Funktionen an Auslandsvertretungen eine Selbstverständlichkeit. Prof. Dr. Ellinor von Puttkamer wurde im Februar 1969 zur Botschafterin ernannt und wirkte bis 1973 als Leiterin der Ständigen Vertretung beim Europarat in Straßburg. Zuvor hatte sie bereits 9 Jahre das Referat „Vereinte Nationen, Internationale weltweite Organisationen“ geleitet. Am 1. Oktober 2020 hat Ellinor von Puttkamer erneut einen kleinen historischen Moment im Auswärtigen Amt ermöglicht. Sie steht Patin für einen der Säle im Auswärtigen Amt. Von Puttkamer reiht sich damit in die Figuren deutscher Außenpolitik ein, die auf diesem Wege bis heute im Auswärtigen Amt präsent sind. Die bisherigen Namensgeber von Sälen wie



Willy Brandt und Konrad Adenauer waren alle Männer. Staatsminister Roth würdigte anlässlich der Zeremonie vor pandemiebedingt kleinem Publikum die Errungenschaften und den weiten Weg, den das Auswärtige Amt seit seiner Gründung 1870 und seit der Öffnung der amtseigenen Ausbildung für Frauen im Jahr 1950 gekommen ist.

Quelle und Fotos: Auswärtiges Amt

„Eine Aussage, die von Herz und Verstand zeugt“

Leserstimmen zu den zurückliegenden Ausgaben

„

„Der Überblick über die letzten 30 Jahre Wiedervereinigung ist ausgezeichnet und wertvoll und verdient besonderen Dank!“

Arthur Schanz, Overijse/Belgien
zum Thema: 30 deutsche Geschichten
(Nr. 40)



Ausgabe Nr. 40

Leserbriefe an: PAZ-Leserforum,
Buchtstraße 4, 22087 Hamburg,
Fax (040) 41400850
oder per E-Mail an redaktion@
preussische-allgemeine.de

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

ICH JUBELE SEIT 30 JAHREN
ZU: 30 DEUTSCHE GESCHICHTEN
(NR. 40)

Die *Preußische Allgemeine* ist von allen Zeitungen, die ich gelesen habe, die einzige, die klar sagt, dass der Jahrestag ein Grund zum Feiern ist und es mit „30 deutschen Geschichten“ für die Leser erläutert, die es nicht von sich aus wissen. Ich jubele seit 30 Jahren, dass man endlich wieder in die Orte fahren kann, aus denen man stammt oder zu Hause war. Ich danke der *Preußischen Allgemeinen* für eine Aussage, die von Verstand und Herz zeugt.

Dedo Schwerin v. Krosigk, Köln

TÄGLICHE REALITY-SHOW
ZU: DIE HERRSCHAFT DES SOUVERÄNS IST IN GEFAHR
(NR. 40)

Seid doch endlich einmal ganz realistisch, die Einheit ist seit 30 Jahren da, und die Einheit wird weiter dableiben; das ist Fakt, das ist unsere tägliche Reality-Show. „Beziehungskisten“ sollten eigentlich voll amüsant und „easy“ unterhaltsam sein, selbst in Zeiten, wo irgendwie alles nur noch nach einer „hausgemachten Corona-Einheits-Suppe“ schmeckt.

Riggi Schwarz, Büchenbach

DANK AN DIE KOHLHÖHER
ZU: IMMER MEHR GRÄBER WERDEN AUS SCHAM WIEDER HERGERICHTET
(NR. 39)

Die im Artikel genannte Tendenz der Erhaltung der Reste deutscher Friedhöfe im heute polnischen Niederschlesien kann ich bestätigen. Bei meinem Besuch des Geburtsortes meines Vaters, Kohlhöhe bei Striegau, traf ich beim ehemaligen Dorffriedhof auf einen gepflegten kleinen Park, mit einigen alten deutschen Gräbern und aufgereihten gefundenen Grabplatten. Aus den Erzählungen meines Vaters wusste ich, dass sich in den 1970er Jahren dort eine undurchdringliche Wildnis befand und die Grabstätten nicht auf-

findbar waren. Auch im Nachbarort Muhrau ist der deutsche Friedhof mit vielen Gräbern und der erhaltenen Friedhofsmauer im guten Zustand

Erstaunlich und anerkennenswert ist in Kohlhöhe, dass das Ehrenmal für die im Ersten Weltkrieg gefallenen Soldaten des Heimatortes vollständig erhalten ist. Die Namen sind noch lesbar, eine Restaurierung wäre schön, aber wer soll es machen?

Der Grabstein unseres 1938 verstorbenen Großvaters steht noch an seiner Grabstelle. Wir haben ihn beim Besuch gereinigt und die Inschrift erneuert. Viele seiner Enkel und Urenkel haben diese Stätte in den letzten Jahren besucht und Blumen hinterlegt. Es ist schön, in der niederschlesischen Heimat meiner Vorfahren eine Stätte des Gedenkens und der Erinnerung zu haben. Mein Dank gilt den heutigen Einwohnern von Kohlhöhe für diese Möglichkeit. *Bernd Polte, Abbendorf*

UNGERECHTE ABLEHNUNGSFRONT
ZU: ERDOĞAN HAT DEN BOGEN ÜBERSPANNT
(NR. 38)

Wenn wir uns heute ansehen, wie sich die internationale Gemeinschaft überwiegend gegen die Türkei und Staatspräsident Erdoğan positioniert, dann mag man sich fragen, ob wir uns hier nicht lieber eine klassische Projektion eigener (westlicher) Taten betrachten sollten.

Erdoğan's „Doppelmoral und Doppelzüngigkeit“ könnte sehr wohl der westlichen Doppel- und Tripelmoral geschuldet sein, die es seinem Land schwer macht, jegliche Unabhängigkeit zu bewahren und sich gegen störende und zerstörende Kräfte zu behaupten. Diese werden bewusst vom Westen, und den USA sowie EU im Besonderen, geschürt. Eine starke Türkei könnte eine konsolidierende Wirkung auf zunehmend zerstörte arabische und afrikanische Länder ausüben, zumal die kürzlich fertiggestellte russische Gaspipeline South Stream mehr energiepolitische Unabhängigkeit erlaubt.

Letztendlich weitet sich im Streit um Bohrrechte der Konflikt im östlichen Mit-

telmeer über zwei Lager aus, indem das von mehreren Staaten unterstützte Griechenland das Ägäische Meer unter Ausschluss der Türkei als sein alleiniges „Hausmeer“ beansprucht. Damit wird der türkischen Seite trotz durchgehenden Festlandsockels der Zugang zum Marmarameer und infolgedessen Istanbul streitig gemacht.

Gleichzeitig sieht die griechische Seite alle Öl- und Erdgasvorkommen in seinem weiteren Inselbereich, einschließlich ganz Zypern und Kreta, als ihr alleine zugehörig. Auch hier werden Festlandansprüche der Türkei trotz juristischer Bedenken von Seerechtsexperten kategorisch und bewusst ignoriert. Die Türkei ist gesprächsbereit, verwahrt sich jedoch einer ihr gegenüberstehenden ungerechten Ablehnungsfront mehrerer Länder.

An sich sind das klassische Szenarien, in denen eine unabhängige deutsche Diplomatie viel für eine friedliche und einvernehmliche Lösung in den vorerwähnten Konfliktbereichen erwirken könnte. Nur kann leider von deutscher Unparteilichkeit und im Sinne von ausgewogenen Interessen gesteuerten Friedensmissionen so gut wie keine Rede mehr sein. Deutschland hat zweifellos Respekt für Schlichtfähigkeit, Mut und Ansehen in der Welt verloren.

Jeder Mensch mag sich fragen, in welches abtrünnige Fahrwasser unsere deutsche Regierungspolitik geraten ist – sich neu als inspirierend, frei und menschenfreundlich wiederzufinden wäre ein Ziel, das vielen Menschen neue Hoffnung gäbe.

Gerd Rebler, Eltville

PAZ IN MISSKREDIT?
ZU: DER ETWAS ANDERE PHILOSOPH
(NR. 37)

Die Nennung des Namens Rothschild als Haupteigentümer der Zeitung „La Libération“ hat für den Inhalt des Artikels über Bernard-Henri Lévy gar keine Relevanz. Wohl aber für die Aussage, die wie bei vielen Texten von Florian Stumfall suggeriert, dass es maßgeblich Juden sei-

en, deren Machenschaften für Aufstände, Revolutionen und Kriege in der Welt verantwortlich wären.

Dazu reduziert Stumfall die Darstellung Lévy's auf eine Reihe von Klischees: der substanzlose Blender, der „sich gerne im Licht der Reichen, Schönen und Mächtigen“ sonnt und „ganz allein auf Grund seiner persönlichen Eignung für politische Kabalen“ das schmutzige Geschäft kriegstreibender Mächtiger besorgt, wobei sein finsternes Treiben eine Spur von Hass, Gewalt und Zerstörung hinterlässt.

Herr Stumfall sollte seinen ganzen Verstand zusammennehmen und kritisch reflektieren, was in seinem Kopf an Scheußlichem umhergeht. Und dass seine üble fixe Idee die ganze PAZ in Misskredit bringt.

Ulrich Kühn Bückeburg

AKT DER UNTERWERFUNG
ZU: TU BERLIN EHRT „BEFREIER*INNEN“
(NR. 37)

Über den Inhalt Ihrer Meldung (über die Einweihung eines „Denkmals für die Polnischen Befreierinnen und Befreier von Berlin“, d. Red.) bin ich entsetzt. Was geht hier vor? Auf Anregung eines linksradikalen Initiators mit dem doch wohl polnischen Namen Kamil Majchrzak (Staatsangehörigkeit unbekannt) ehrt die TU Berlin die polnischen Soldaten zum Dank dafür, dass sie (angeblich) Berlin erobert haben. Ausgerechnet am Ernst-Reuter-Platz hat sie ein großes Denkmal errichtet. An der Einweihung nahmen der Bezirksbürgermeister (SPD) und der polnische Botschafter teil.

Spürt niemand die Erbärmlichkeit dieses den Berlinern aufgezwungenen Vorgangs, der die Feinde von damals ehrt und die gefallenen deutschen Soldaten damit zu Idioten abstempelt, die gegen ihre eigenen „Befreier“ gekämpft haben? Sie sind heute vergessen. Das ist ein Akt der Unterwerfung, der die wünschenswerte deutsch-polnische Versöhnung nicht fördert. So etwas gibt es nur in Deutschland.

Dr. Wolfgang Philipp, Weinheim

ANZEIGE

Jetzt bestellen!
Versandkostenfreie Lieferung
innerhalb Europas

Ein Buch voller bahnbrechender medizinischer Informationen

Erscheint als überarbeitete Neuauflage am 16. Oktober
Jetzt vorbestellen!

KOPP VERLAG
Telefon (0 74 72) 98 06 10
Telefax (0 74 72) 98 06 11
info@kopp-verlag.de
www.kopp-verlag.de

■ Es gibt sie und gab sie schon immer: Epidemien und Pandemien erschütterten die Welt und kosteten viele Menschenleben. Doch nicht immer sind sie das, als was sie uns verkauft werden. Seit es Impfstoffe gibt, kann man mit Pandemien das ganz große Geld verdienen sowie weltweiten Einfluss und Macht erlangen. Umso mehr stellt sich die Frage: Was macht die Menschen denn nun wirklich krank, und was brauchen wir, um aus der Krankheitsfalle herauszukommen, in der so viele Menschen gefangen sind?

Ein ausbalancierter Stoffwechsel, ein intaktes Mikrobiom und eine schlagkräftige Immunabwehr sind in der Lage, auch die tödlichsten Krankheiten zu besiegen oder sie gar nicht erst ausbrechen zu lassen. Erinnern wir uns daran, dass es auch in Zeiten schlimmster Epidemien und Pandemien Menschen gab, die gesund blieben, und zahllose, die trotz einer Infektion überlebten.

Was war der Unterschied zwischen denen, die starben, und denen, die überlebten?

Brigitte Hamann erklärt in diesem Buch, was die Basis für eine stabile Gesundheit ist und welche Heilmittel potenter sind als jedes Medikament. Dabei entlarvt sie die wahren Ursachen für die Anfälligkeit für Infektionen aller Art und enthüllt die Faktoren, die uns schaden und dafür sorgen, dass wir krank werden.

Impfen – ein Irrtum

Darüber hinaus bekommen Sie reichlich Material an die Hand, um Corona, die aktuelle Situation sowie die geplanten mRNA-Massensimpfungen und ihre Konsequenzen grundlegend zu verstehen.

Dieses Buch zeigt Ihnen, was Sie wissen müssen, um sich zu schützen. Helfen Sie Ihrem Körper, auf Dauer bei wirklich guter Gesundheit zu bleiben!

- Sieben Strategien für eine intakte und stabile Gesundheit
- Konsequenter Aufbau einer wirksamen Virenabwehr
- Nur ein intaktes Immunsystem kann Infektionen aller Art überwinden
- Umfangreiches Wissen über bisherige und neue Impfstoffe sowie ihre Gefahren

Brigitte Hamann: Pandemie: Gefährdet eine Seuche die Welt? • gebunden • 396 Seiten
zahlreiche Abbildungen • Best.-Nr. 981 600 • 19.99 €

PALÄONTOLOGIE

Fossile Schatzsuche

Die Grube Messel mit ihren urzeitlichen Tierfunden ist seit 25 Jahren Weltnaturerbe – Im Altmühltal kann man sogar selbst graben

VON HELGA SCHNEHAGEN

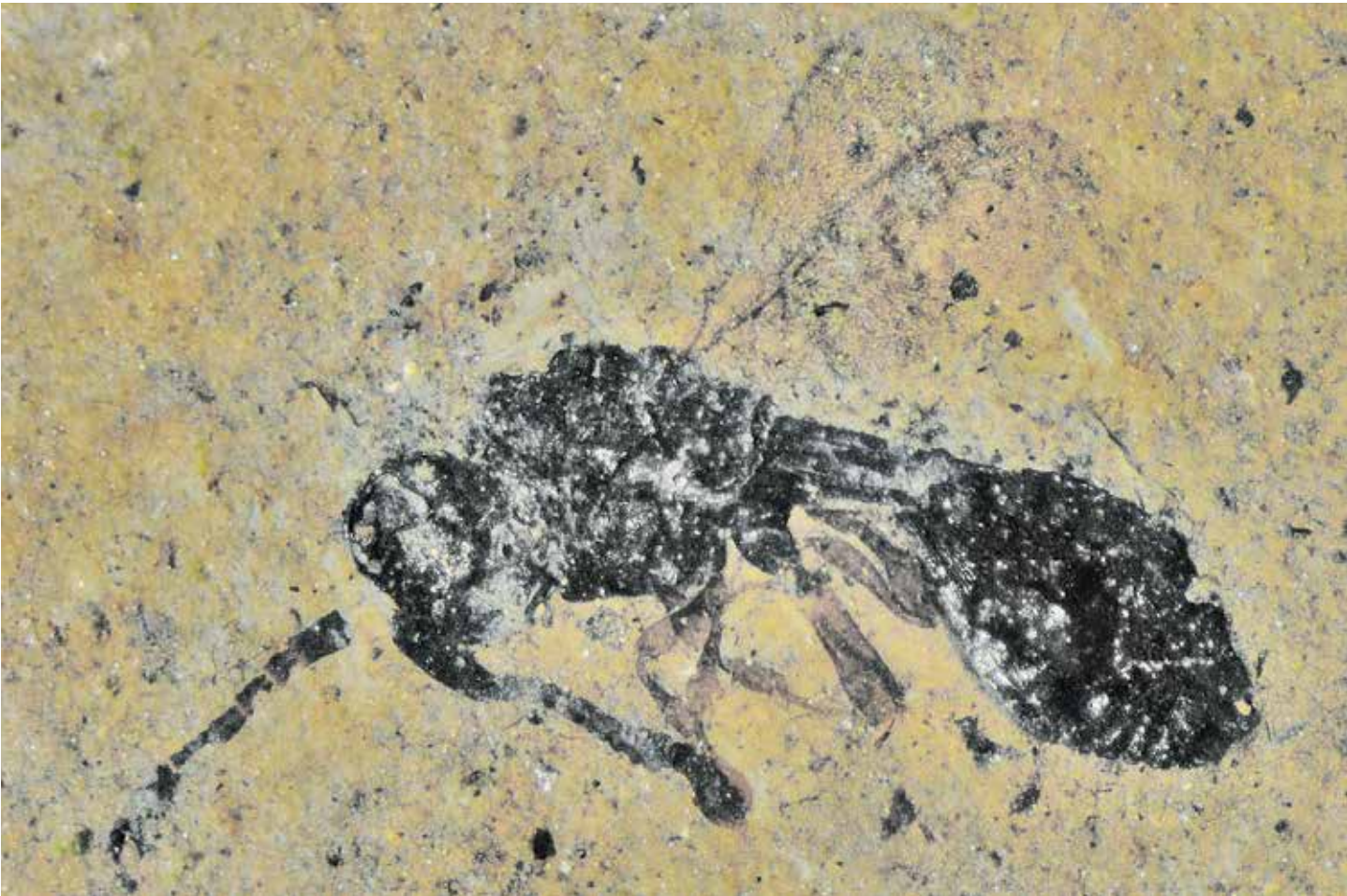
Heute – so wird vorgeschlagen – leben wir in der Epoche des Anthropozän, dem vom Menschen geprägten Zeitalter. Doch wie sah die Welt im Eozän vor etwa 48 Millionen Jahren aus? Die Grube Messel, ein stillgelegter Ölschiefer-Tagebau bei Darmstadt, gibt Antworten. Wurden aus diesem einzigartigen Hort von Urpflanzen und -tieren doch bereits rund 40.000 Fossilien ans Tageslicht befördert.

Die Knochenplatten eines urzeitlichen Krokodils waren 1875 der erste Fund. Regelmäßige Grabungen folgten erst seit Mitte der 1960er Jahre. 1971 wurde die industrielle Nutzung der Grube eingestellt, und seit Mitte der 1980er stiegen die Veröffentlichungen in wissenschaftlichen Publikationen sprunghaft an.

Herausragend sind die Urpferde, insgesamt vier unterschiedliche Arten, und das Primatenweibchen *Darwinius massilae*, genannt Ida. Präsentiert werden die Fossilien hauptsächlich im Senckenberg-Museum Frankfurt, im Hessischen Landesmuseum Darmstadt, im Fossilien- und Heimatmuseum Messel sowie in der Schatzkammer des Besucherzentrums. Darüber hinaus findet man Messel-Fossilien in Museen weltweit.

Jahrtausendealtes Wasser

Bis heute führen die Forschungseinrichtungen Senckenberg-Gesellschaft für Naturforschung und das Hessische Landesmuseum Darmstadt regelmäßig Grabungen in der Grube durch. Nach zweijähriger Pause starteten Mitglieder des Museumsvereins Messel e. V. zusammen mit dem Grabungsteam der Senckenberg-Gesellschaft in diesem Jahr wieder ihre reguläre „Schatzsuche“. Und die begann gleich mit einer spektakulären Entdeckung. Beim feinen Aufspalten des Ölschiefers fand man eine parasitisch lebende Wespe und einen – scheinbar wie im Flug festgehaltenen – Käfer. Die Fossilien sind zwar nur etwa vier Millimeter groß, bele-



Ein nur etwa vier Millimeter kleiner versteinertes Fund aus der Grube Messel: Eine parasitisch lebende Wespe Foto: Senckenberg

gen aber erneut die wissenschaftliche Bedeutung der Fossilagerstätte, die in diesem Jahr ihr 25. Jubiläum als UNESCO-Weltnaturerbe feiert.

„Die neu entdeckte Mini-Wespe ist so exzellent erhalten, dass sogar große Teile der winzigen Fühler zu erkennen sind“, so Sonja Wedmann vom Senckenberg-Forschungsinstitut und Naturmuseum Frankfurt. Auch der fossile Käfer zeigt spannende Details: Der Kopf inklusive der Fühler ist im Gestein verewigt. Teile der Augen sind als Ringe überliefert, sodass es fast so aussieht, als ob der Käfer eine Brille trüge. „Dieses Phänomen kennen wir schon von anderen Insektenfossilien – dabei handelt es sich wahrscheinlich um besondere Strukturen der Kopfkapsel“, fügt Wedmann hinzu.

Für interessierte Laien bietet das geo- und naturwissenschaftliche Team der Grube Messel zum Jubiläum Exklusiv-Touren durch den Tagebau. Die einstündige „Schnuppertour“ führt zirka 30 Höhenmeter in die Grube hinein. Der Besucher erfährt dabei etwas über die Industriegeschichte, die Entstehung der Grube, die Entstehung des Ölschiefers, wie nach Fossilien gesucht wird, wie sie präpariert werden und wie unpräparierte Originalfossilien aussehen.

Auf der zweistündigen „Grubenwanderung“ geht man bis zur Grubensohle (etwa 60 Höhenmeter) und macht Halt an der Grabungsstelle von 2001. Durch die 433 Meter tiefe Bohrung wurde nachgewiesen, dass die Grube Messel vor 48 Millionen Jahren durch eine vulkani-

sche Eruption entstand. Das Wasser, das aus dem Bohrloch quillt, ist jahrtausendealt und liegt weit unterhalb des Grundwasserspiegels. Vor Ort kann man es aus diesem sogenannten artesischen Brunnen probieren.

Zu Gast bei Archaeopteryx

Ansonsten werden die Themen der Schnuppertour detaillierter besprochen. Wenn Haldenmaterial zur Verfügung steht, darf auch kurz nach Fossilien gesucht werden. Bei der anderthalb Stunden dauernden „Entdeckertour“ liegt der Fokus gleich auf der Fossiliensuche im Haldenmaterial. In beiden Fällen dürfen keine Fossilien mitgenommen werden.

Anders ist es im bayerischen Naturpark Altmühltal. Dort können Hobbyfor-

scher ihr Glück auf eigene Faust versuchen. In fünf Steinbrüchen und Sammelstellen – Mönsheim, Titting, Eichstätt, Schamhaupten, Solnhofen – kann man gegen geringen Eintritt oder kostenlos mit Hammer und Meißel auf Fossiliensuche gehen und kleine Funde mitnehmen.

Die fossilen Tier- und Pflanzenreste stammen aus dem subtropischen Jura-meer, das vor rund 140 Millionen Jahren ganz Süddeutschland bedeckte. Tier- und Pflanzenreste sanken darin zu Boden, wurden vom Kalkschlamm bedeckt, der sich in Schichten ablagerte und über die Jahrmillionen versteinerte. Bis heute werden die Plattenkalkschichten als Baumaterial abgebaut.

Dabei wurden bisher über 900 verschiedene Tier- und Pflanzenarten entdeckt. Star im Paläo-Zoo aus Ammoniten, Raubfischen, Krokodilen, Sauriern ist der Urvogel *Archaeopteryx*. Berühmt ist das um 1874 auf dem Blumenberg bei Eichstätt gefundene Exemplar im Berliner Naturkundemuseum. Der jüngste der inzwischen zwölf *Archaeopteryx*-Funde ist im Dinopark Denkendorf zu sehen.

Erst vor wenigen Tagen konnten Wissenschaftler ein fast 160 Jahre altes Rätsel lösen: Ein 1861 im fränkischen Altmühltal gefundenes isoliertes Feder-Fossil, dass auch zum Bestand des Berliner Museums für Naturkunde gehört, konnte seitdem keinem Urzeitvogel zugeordnet werden. Dank eines speziell entwickelten Elektronenmikroskops weiß man jetzt, dass die Feder vom linken Flügel eines *Archaeopteryx* stammt. Und das wird mit Sicherheit nicht die letzte Entdeckung über die Pflanzen- und Faunawelt der jüngeren Erdgeschichte bleiben.

Infos: Grube Messel: Exklusiv-Tour mit maximal neun Personen nur mit Anmeldung möglich, Telefon (06159) 717590, online: www.grube-messel.de/buchungen.html#regdl=kategorien, Saisonende aller Führungen ist am 1. November. Altmühltal: Fossiliensammler: www.naturpark-altmuehtal.de/fossiliensuche

OSTPREUSSISCHE ZUCHTTRADITION

Angesteckt von der Pferdebegeisterung

Der Trakehner Hengstmarkt in Neumünster findet in verkleinertem Rahmen statt – Von zu Hause aus kann man alles live miterleben

Pferde, so viel weiß man inzwischen, erkranken nicht an Covid-19. Ginge es nach ihnen, könnte der 58. Trakehner-Hengstmarkt an diesem Wochenende in Neumünster in gewohnter Weise stattfinden. Dennoch wird alles anders sein als in den Vorjahren, da wegen Corona vermieden werden soll, dass sich Züchter, Aussteller und Besucher allzu nahekommen.

Um zu verhindern, dass der Hengstmarkt zu einem weiteren Brennpunkt für Corona-Ansteckungen wird, hat man die Veranstaltung von vier auf drei Tagen verkürzt. Den Sonntag hat man gestrichen. Auch die Zahl der Zuschauer wurde um rund zwei Drittel verringert, und Karten zu Preisen zwischen 25 und 40 Euro konnten vorab über ein Bestellformular der Neumünsteraner Holstenhallen erworben werden. Da die Miete der Holstenhallen durch eine deutlich verringerte Anzahl von Besuchern finanziert werden muss, war eine Preiserhöhung für die Eintrittskarten nötig geworden.

Wer lieber zu Hause bleiben möchte, hat die Möglichkeit über das neue Format der Hybrid-Auktion bei den Versteigerun-

gen von Pferden mitzubieten. Dazu werden online unter www.clipmyhorse.tv Live-Übertragungen angeboten, sodass sowohl die Besucher vor Ort wie auch Internetnutzer von der ganzen Welt aus an den Auktionen teilnehmen können.



Bereichert in Neumünster die Kollektion der Hengstfohlen: Haaland von Helium

Die Live-Übertragungen des Hengstmarkts begannen am Donnerstag mit dem Übungsfreispringen, gefolgt von der Pflastermusterung der Hengste sowie der ersten öffentlichen Präsentation der Zuchtstuten und Auktionsfohlen. In die-

sem Jahr wird die Stuten- und Fohlenauktion am Freitag um 19.30 Uhr stattfinden. Insgesamt werden 15 Fohlen versteigert.

Am Sonnabend beginnt um 10 Uhr das Freilaufen der Junghengste, gefolgt von Ehrungen des „Trakehner Hengstes des Jahres“ und der frisch ernannten Elite-Hengste, bevor am Nachmittag die Körkomentierung, Prämierung und Proklamation des Trakehner Siegerhengstes 2020 für Spannung sorgen. 36 Hengste bewerben sich um das wertvolle Körsiegel. Eine Kommission ermittelt, welche der mindestens zwei Jahre alten Tiere als Zuchthengst beziehungsweise Beschäler in das Hengstbuch eingetragen werden.

Das früher so spannende Marktfinale läuft am Sonnabend um 19.30 Uhr mit der Auktion der Prämienhengste sowie der gekörten und nicht gekörten Hengste. Gleichzeitig können telefonisch sowie – und das ist neu – im Online-Bietverfahren Gebote abgegeben werden. Informationen zur Registrierung für das Online-Bieten und das Bieten per Telefon findet man auf der Homepage des Trakehner Verbandes www.trakehner-verband.de.

„Jeder kann fündig werden – ob renommierter Hengsthalter, der ambitionierte Amateur- oder Leistungssportler, der Züchter oder vielleicht auch mal wieder ein Konsortium, das sich einen jungen Hengstanwärter sichern möchte“, sagt der stellvertretende Zuchtleiter Neel-Heinrich Schoof zu den Auktionen.

Außerdem wird am Freitag und Sonnabend ein Dressurchampionat der Spitzenklasse ausgeritten. Für das neunte Finale der Trakehner Sportpferde-Förderung (TSF) haben sich die zehn besten sieben- bis zehnjährigen Trakehner Dressurpferde im Laufe dieser Saison qualifiziert. Das TSF-Dressurchampionat wird dabei in zwei Prix-St.-Georges-Prüfungen ausgeritten, wobei je Teilnehmer zwei Pferde erlaubt sind. Die drei Bestplatzierten der ersten Finalprüfung reiten das Championat mit ihrem besten Pferd in einer Kür aus. Den Siegern winkt am Ende ein Preisgeld von 6000 Euro.

Wenn in Neumünster die Trakehner mit dem Elchschauelfbrand antreten, kann man sich leicht anstecken: von der Pferdebegeisterung. Harald Tews

● FÜR SIE GELESEN

Trump-Bild zurechtgerückt

Über Donald Trump, den 45. Präsidenten der Vereinigten Staaten, wird ungeheuer viel Negatives geschrieben, wobei die dabei angeführten „Informationen“ zumeist aus zweiter Hand stammen. Insofern ist es nur recht und billig, wenn gelegentlich auch einmal eine Publikation erscheint, welche von jemandem stammt, der Trump als Mensch und Politiker schätzt und in längerem persönlichen Kontakt zu ihm gestanden hat. Dies trifft auf Roy Douglas „Doug“ Wead in jeder Hinsicht zu: Sein Buch „Donald Trump“ ist das Werk eines wohlwollenden Vertrauten.

Der Bestseller-Autor Wead, der schon über sämtliche 44 US-Präsidenten vor Trump geschrieben hat und fünf davon auch persönlich kannte, genoss das Privileg eines einzigartig intensiven Zugangs zu Trump und dessen Familie beziehungsweise engstem Beraterkreis. Hierdurch kann er detailliert beschreiben, mit welchen innovativen, manchmal unerhörten Methoden Trump Politik betreibt und dabei letztlich auch extrem schwierige Herausforderungen meistert. Das ist kein Widergeben von „Küchenklatsch“, wie einige hochnäsige Rezensenten meinen, sondern eine höchst aufschlussreiche Darstellung des Arbeitsstils eines Präsidenten, dessen Wahlsieg der größte Überraschungserfolg in der gesamten amerikanischen Geschichte war. So hat die „New York Times“ Trumps Chance, ins Weiße Haus einzuziehen, noch am Tag seiner Wahl mit lediglich neun Prozent beziffert.

Ansonsten versucht Wead über weite Strecken, das völlig schiefe Bild von Trump geradezurücken, welches durch die schlechte Presse entstanden ist. Dabei geht er auch auf das Ausmaß der Kampagne gegen den jetzigen Präsidenten ein: 2016 unterstützten 249 Zeitungen in den USA Trumps Gegenkandidatin Hillary Clinton, während ganze 19 Blätter auf seiner Seite standen. Eines davon war der „Washington Examiner“, der am Ende des zweiten Amtsjahres des viel geschmähten Präsidenten vorrechnete, dass dieser bereits 289 seiner diversen Wahlversprechen erfüllt hatte. Diesem Thema widmet sich Wead ebenfalls ganz ausführlich. Dabei hebt er vier Punkte besonders hervor: Trump sei der erste Präsident in der jüngeren Geschichte der USA, der keinen eigenen Krieg angefangen habe; und die Amerikaner müssten ihm für die Schaffung von sechs Millionen neuen Arbeitsplätzen vor Ausbruch der Corona-Krise danken. Desgleichen gingen die Entschärfung des Konfliktes mit Nordkorea und die faktische Zerschlagung des Islamischen Staates auf sein Konto.

Weads Buch ist nicht nur Anhängern Trumps zur Lektüre empfohlen, sondern auch all jenen, die meinen, in undifferenzierter oder abfälliger Weise über diesen Präsidenten urteilen zu müssen. Und es liefert zahlreiche Anhaltspunkte dafür, dass eine Wiederwahl Trumps den USA deutlich mehr nützen würde als ein Machtwechsel im Weißen Haus zugunsten seines Widersachers Joe Biden.

Wolfgang Kaufmann



Doug Wead: „Donald Trump. Die wahre Geschichte seiner Präsidentschaft“, FinanzBuch Verlag, München 2020, gebunden, 489 Seiten, 24,99 Euro

MUSIKGESCHICHTE



Magische Vier

Die Beatles revolutionierten ab Anfang der 60er Jahre bis 1970 die Musikgeschichte. Ein neuer Bildband erzählt von ihren Schallplattenerfolgen

Von „Please Please me“ bis „Abbey Road“ An den oft als „Pilzköpfe“ bezeichneten Beatles kam letztendlich niemand vorbei. Anfang der 60er Jahre polarisierten die vier jungen Briten die Gesellschaft. Was für die einen unerträglicher Lärm war, galt anderen als große

Befreiung. An die Beatles denken die meisten heutzutage gerne zurück. In dem großformatigen Bildband „The Beatles“ schildern Zeitzeugen den Werdegang der erfolgreichen Band anhand ihrer zwölf erschienenen Alben aus der Zeit von 1963 bis 1970.

MRK

Brian Southall (Hrsg.): „The Beatles. Album für Album. Die Band und ihre Musik aus der Sicht von Insidern, Experten und Augenzeugen“, Koehler Verlag, Hamburg 2020, gebunden, 160 Seiten, 29,95 Euro

GRIECHENLAND

Die Wiege unserer Kultur

Mathematik, Philosophie und Theater – Die wissenschaftlichen Errungenschaften der alten Griechen wirken bis heute nach

VON SILVIA FRIEDRICH

Wer sich anschaut, was die Griechen schon in vorchristlicher Zeit an Schöpfungen auf vielen Gebieten geleistet haben, kann nur in Ehrfurcht erstarren. Die Historikerin und Kinderbuchautorin Carole Saturno hat gemeinsam mit der Illustratorin Emma Giuliani den großformatigen Prachtband „Griechenland“ herausgegeben. Dieses Buch mit luxuriösem Einband mit der fürstlich gestalteten Schutzgöttin Athene ist preisverdächtig. Sanfte Farben in zartem Blau und Gold locken den Betrachter, sich den vielen Kulturschätzen Griechenlands zu widmen.

Nach einer kleinen historischen Einführung werden den Lesern in sieben Themenbereichen auf übersichtlichen Doppelseiten, die teilweise aufklappbar sind, folgende Kapitel nahegebracht: „Athen, 5. Jahrhundert vor Christus“, „Alltag in Athen“, „Die Agora und die Demokratie“, „Der Parthenon“, „Die Götter des Olymp“, „Krieg und Eroberungen“ und „Homers Heldenepen“.

Alltagsleben in der Antike

Die Wissensfülle ist unerschöpflich. So werden Begriffe erklärt, Zusammenhänge erläutert, das griechische Alphabet nahegebracht und auf den letzten Seiten das „Griechische Erbe“ erläutert. Nicht jeder weiß, dass die Wiege unserer Demokratie, der Mathematik, des Theaters und der Philosophie in Griechenland be-

heimatet ist. Das Leben fand überwiegend im Freien statt, nur wohlhabende Familien nutzten Häuser, sogar mit einer zweiten Etage und Innenhof. Söhne wurden geschätzt zur Sicherung der Nachkommenschaft, Töchter eher weniger, und der Vater entschied, ob man sie nach der Geburt behielt. Jungen wurden verwöhnt, Mädchen galten als finanzielle Belastung.

Höhepunkt Parthenon

Den Höhepunkt im Buch bildet sicher die Doppelseite „Der Parthenon“. Dieser berühmteste griechische Tempel thront auf der Akropolis und enthält, wenn man ihn aufklappt, die Athena Parthenos, die Schutzgöttin in aufwendiger Gestaltung.

Dieses Kinderbuch gehört sicher zu den bisher am prächtigsten gestalteten Werken des renommierten Verlages. Völlig zu Recht, denn der Wiege unserer Kultur hat man mit diesem Kunstwerk eine denkwürdige Ehrung erwiesen. Außer direkt in dieses wunderbare Land zu reisen, gibt es wohl kaum eine schönere Art, sich dem Alten Griechenland zu nähern, als mit der eingehenden Betrachtung dieses fulminanten Werkes.



Carole Saturno/Emma Giuliani (Illustr.): „Griechenland“, Gertenberg Verlag, Hildesheim 2020, gebunden, 20 Seiten, 29 Euro

ISLAMKRITIK

Probleme des Islam weltweit

Der holländische Soziologe Ruud Koopmans appelliert an Muslime in Europa, entschieden Intoleranz und Gewalt entgegenzutreten

VON DIRK KLOSE

Die Hauptursache für die Probleme der islamischen Welt liegt nicht außerhalb des Islam, sondern in einer Glaubensauffassung, die mit Hass und Gewalt gegen Andersgläubige vorgeht, in der Mitte der islamischen Gesellschaft selbst. Das ist die These, die der an der Berliner Humboldt-Universität lehrende holländische Soziologe Ruud Koopmans in seinem Buch „Das verfallene Haus des Islam“ konsequent verfolgt. Der Untertitel sagt auch gleich, dass die Ursachen von Unfreiheit, von Stagnation und Gewalt in fast allen islamischen Staaten religiöser Natur seien, also ein Fundamentalismus, der den Koran buchstabengetreu begreife und aggressiv verbindlich mache.

Es ist ein streitbares, in seiner klaren Meinung auch über Wunschenken und Harmoniesehnsüchte in Europa streitbares Buch. Es sei islamkritisch, aber nicht islamfeindlich, beteuert Koopmans. Das Erschrecken des Lesers rührt aus den gut begründeten und wissenschaftlich abgesicherten Fakten. Feindseligkeit ist nicht zu erkennen, eher Betroffenheit, in welche Sackgassen sich der Islam weltweit manövriert hat, ohne es selbst zu merken.

Der Fundamentalismus in den meisten der heute 47 islamisch geprägten Staaten habe vor allem drei gravierende Folgen: Staat und Religion sind nicht getrennt, sondern eins, die Scharia ist Staatsrecht, und dort, wo sie konsequent gilt, mit drakonischen Strafen für Andersgläubige,

Homosexuelle und Abtrünnige. Die zweite, noch schwerwiegendere Folge sieht Koopmans in der eklatanten Benachteiligung der Frau, in ihrer durch die Scharia nur halben Rechtstellung gegenüber dem Mann, in vielfach früh erfolgter Zwangsverheiratung und in größerer Arbeitslosigkeit. Drittens die offene Wissensfeindlichkeit. Das kleine Finnland mit seinen fünf Millionen Einwohnern, so Koopmans drastisches Beispiel, übersetzt mehr wissenschaftliche Titel, als es für die halbe Milliarde Menschen arabischer und türkischer Sprache insgesamt geschieht. In puncto Einkommen sind die meisten muslimischen Länder weltweit auf untere Ränge abgerutscht.

Viele Immigranten hätten ihre traditionellen Ansichten zu Religion und Gesellschaft mit nach Europa gebracht, so Koopmans. „In den Problemen der muslimischen Integration spiegelt sich die Krise der islamischen Welt im Kleinformat.“ Hier könne nur gelten, Demokratie und Menschenrechte geduldi, aber auch beharrlich dagegen zu halten. Koopmans appelliert an die Muslime, Verantwortung für ihren Glauben zu tragen und „massenhaft“ Intoleranz und Gewalt entgegenzutreten.



Ruud Koopmans: „Das verfallene Haus des Islam. Die religiösen Ursachen von Unfreiheit, Stagnation und Gewalt“, C.H.Beck Verlag, München 2020, gebunden, 288 Seiten, 22 Euro

Freya Klier
Wir letzten Kinder Ostpreußens
Zeugen einer vergessenen Generation
448 Seiten/Kartonierte
Nr. P A0789 16,00 €

Sieben Kinder – sieben Schicksale. In ihrem bewegendem und aufwühlenden Buch zeichnet Freya Klier Flucht und Vertreibung von sieben Kindern aus Ostpreußen nach. Nach Jahrzehnten des Schweigens erhalten sie endlich die Gelegenheit, ihre Kindheitsgeschichte zu erzählen, beginnend mit dem Sommer 1944 bis hinein in unsere Gegenwart. Aus der Komposition der Stimmen erwächst ein so noch nie zu lesendes Panorama der letzten Kriegsmomente. Ein ergreifendes Zeugnis und Buch für eine ganze Generation – und deren Nachkommen! Freya Klier, geboren 1950 in Dresden, wurde 1968 wegen versuchter „Republikflucht“ zu 16 Monaten Gefängnis verurteilt. Sie hat zahlreiche Preise und Ehrungen erhalten.

Peter Bannert
Meine Jugend in Sowjetlagern 1945–1949
Mit zahlreichen Abbildungen.
180 Seiten/Kartonierte
Nr. P A0000 12,90 €

Breslau im Frühjahr 1945: Die zur Festung erklärte schlesische Metropole ist von russischen Angreifern eingekreist. Eine bunt zusammengewürfelte Truppe soll die Stadt verteidigen. Darunter sind 15jährige Jungen der Kampfgruppe Hitlerjugend, die rücksichtslos gegen die angreifenden Soldaten in den Kampf geworfen werden. Peter Bannert schildert, wie er als fanatischer Hitlerjunge die Schlacht um Breslau und die Kapitulation der Stadt überlebt. Und er erzählt seine ungewöhnliche Jugend hinter sowjetischen Stacheldraht. Fast fünf Jahre ist er in Kriegsgefangenenlagern eingesperrt. Erst Ende 1949 darf der nun Zwanzigjährige nach Deutschland heimkehren – ohne Schulabschluss, ohne Berufsausbildung, mit wattierte Jacke und Hose und voller erstaunlicher Lebenserfahrungen.

Paul Dahlke / Käthe Haack
Und finden dereinst wir uns wieder
Kriegsdrama im Endkampf 1945
Spielzeit: 95 Minuten
Nr. P A0564 DVD 14,95 €

Im Frühjahr 1945 hält sich eine Gruppe deutscher Schüler, aufgewachsen und pädagogisch manipuliert unter dem NS-Regime, in einem westfälischen Evakuertenlager auf. Geblendet von dem Ideal „Für Führer und Vaterland“ bücken die Jungen dort aus, um nach Berlin zu gelangen und die Hauptstadt gegen die anrückende Rote Armee zu verteidigen. Unterwegs sehen sie sich mit den Schrecken des Kriegs konfrontiert und ein erster von ihnen stirbt, als er während eines Bombenangriffs einem Hund hinterherläuft. Einer der ersten Nachkriegsfilme, der in die letzte Phase der NS-Zeit zurückblendet und die Lebenswelt und Empfindungen der deutschen Jugend am Ende des Zweiten Weltkriegs thematisiert.

Hermann Pölkling
Ostpreußen
Panorama einer Provinz erzählt aus alten Filmen – 1913 bis 1948
DVD-Box mit 5 DVDs. 300 Min.
Nr. P A0769 39,95 €

Ostpreußen ist bis heute ein Mythos. Hermann Pölkling, Filmproduzent und Autor des erfolgreichen Buches „Ostpreußen – Biographie einer Provinz“ macht die Geschichte dieses Landstrichs jetzt in einer umfassenden DVD-Edition erlebbar und verständlich. Grundlage ist ein großer Fundus an bislang völlig unbekannten Filmaufnahmen aus der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, darunter zahlreiche Farbfilme von Amateurfilmern. Die Edition legt den Fokus auf das historische Bewegtbild, das in eine anschauliche Erzählung eingebettet ist. Die DVD-Box enthält 5 DVDs mit jeweils 60 Minuten Länge und zusätzlich den Bonus-Film „Memelland“.

Wulf Wagner
Ostpreußen in 1000 Bildern
Reise in die alte Heimat in 1000 Bildern
400 Seiten/Gebunden
Nr. P A0582 19,99 €

Ostpreußen das Land zwischen Memel und Weichsel: Dunkle Wälder und fruchtbare Getreidefelder, meerumrandete Küsten und einsame Seen, wehrhafte Burgen und verträumte Dörfer. 1000 Bilder geben einen Eindruck vom Leben in Ostpreußen eine ausführliche Zusammenstellung von bisher unveröffentlichten Aufnahmen der Sammlung Koschwitz. Gehen Sie auf eine Reise durch Königsberg und Ostpreußen, beginnend am Königsberger Schloss, dem Mittelpunkt der Hauptstadt. Weiter geht es zum Schlosteich, dem Paradeplatz, dem Königstor, über Roßgarten, Sackheim und Löbenicht, von der Lomse durch die Kaiserstraße zum Haberberg, vorbei am Ostbahnhof und der Börse, zu den Ostseebädern Warnicken, Neukuhren und Cranz bis zur Begehung der Marienburg.

Silke Findeisen
Schlesien
Reise in die alte Heimat in 1000 Bildern
Gebunden
376 Seiten
Nr. P A0583 19,90 €

Für den einen die Heimat, für andere ein unbekanntes Land, so ist Schlesien doch für alle immer eine Reise wert. Prächtige Kirchen, idyllische Landstriche, Vielfalt der Kulturen – schon Goethe sprach von dem zehnfach interessanten Land. Wer nicht gleich losfahren kann, möge sich hiermit auf eine interessante Reise in tausend Bildern begeben. Die hier abgebildeten Postkarten und Fotos stammen aus privaten Archiven, spiegeln die damalige Zeit wider und vermitteln einen authentischen Eindruck vom einstigen Leben in Schlesien. Landschaft und Landwirtschaft, Industrie und Natur, Städte und Dörfer und natürlich das private Leben werden abgebildet und anschaulich beschrieben und erläutert. Ein Buch aus der alten Heimat.

Freya Klier (Hrsg.)
Wir sind ein Volk! Oder?
Die Deutschen und die deutsche Einheit
HERDER

Freya Klier (Hrsg.)
Wir sind ein Volk! Oder?
Die Deutschen und die deutsche Einheit
Die Mauer war gefallen und ein neues, geeintes Deutschland entstand, der Jubel war überwältigend. Endlich Freiheit, Wohlstand und Demokratie für alle Deutschen! Doch kurz nach der Wende dann der Schock: Arbeitslosigkeit, Abwanderung in den Westen und fehlende Perspektiven holten die Menschen ein. Deutschland vereinigt, aber doch gespalten – wirtschaftlich, politisch, gesellschaftlich. Welche Rolle spielte die Treuhand beim Niedergang der ostdeutschen Wirtschaft? Woher kamen plötzlich die vielen Rechtsradikalen im Osten? Und wie entwickelte sich die Vereinigung von Ost und West? Zeitzeugen erinnern sich und ziehen Bilanz. Freya Klier versammelt Stimmen aus Ost und West, mit Beiträgen u.a. von Reiner Kunze, Peter Tauber, Wolfgang Thierse und Norbert Lammert. 224 Seiten
Nr. P A1562 Gebunden 20,00 €

Daniel Stelter
Das Märchen vom reichen Land
Wie die Politik uns ruiniert
Mängelexemplar 22,99 € 14,99 €
Nr. P A1293 14,99 €

Wir leben in Deutschland in der scheinbar besten aller Welten, doch schon bald werden wir feststellen, dass wir nicht das reiche Land sind, das uns Medien und Politik glauben machen wollen. Denn der Boom der hiesigen Wirtschaft ist nicht unser Verdienst, sondern in erster Linie eine Folge der tiefen Zinsen, des schwachen Euro und des Verschuldungsexzesses im Rest der Welt. Um unseren Wohlstand zu sichern, müssten die regierenden Politiker den aktuellen Aufschwung nutzen, um in Infrastruktur, Bildung und Digitalisierung und somit in die Zukunft des Landes zu investieren. In seinem neuen Buch zeigt Daniel Stelter, einer der klarsten und profiliertesten Denker in Sachen Ökonomie auch konkrete Wege auf, wie wir dem Alptrauerszenario entgehen können.

Petra Cnyrim
Das Buch der fast vergessenen Wörter
200 Seiten/Taschenbuch
Nr. P A1215 14,99 €

Unsere Sprache ist einem steten Wandel unterworfen. Während jedes Jahr das Jugendwort des Jahres gekürt wird und nicht selten Wortneuschöpfungen darunter zu finden sind, die hier zum ersten Mal auftauchen, verschwinden andere Wörter und Phrasen aus unserem Sprachgebrauch. Nicht selten deswegen, weil auch das dazugehörige „Ding“ aus unserem Alltag verschwindet. Und plötzlich findet sich kein Bandsalat mehr im Kassettengeräusch, das Testbild ist Geschichte, der Lebertran schmeckt abominabel und für die Parkuhr fehlt der passende Groschen. Dieses Buch stellt solche Wörter zusammen – und lädt ein zum Schwelgen, Erinnern und Schmuzzeln.

Cynthia Paterson (Autor) / Brian Paterson (Illustrator)
Geschichten aus dem Fuchswald
Im Großformat
84 Seiten/Gebunden.
Nr. P A1068 5,00 €

Irgendwo, tief im Herzen des Landes, liegt ein altes Dörfchen am Rande des Fuchswaldes – ein ganz besonderer Ort, wo es Spass macht, Abenteuer zu erleben, und wo Anstrengungen belohnt werden. Wenn man jemals dorthin kommt, sollte man Augen und Ohren offen halten. Vielleicht begegnet man Mäxchen Maus, Ricky Kaninchen, Willy Igel oder einem der vielen anderen Dorfbewohner. Sicher laden Sie dazu ein, mit ihnen an einem gemächlichen Kamin zu sitzen und den aufregenden Geschichten aus dem Fuchswald zu lauschen.

Cynthia Paterson (Autor) / Brian Paterson (Illustrator)
Neue Geschichten aus dem Fuchswald
Im Großformat
80 Seiten/Gebunden.
Nr. P A1321 5,00 €

Neue Geschichten von Willi Igel und seinen Freunden: eine spannende Regatta gegen die gerissenen Ratten, die Suche nach gemeinen Dieben und ein Besuch beim Weihnachtsmann. Wunderschön illustrierte Geschichten zum Anschauen und Vorlesen.

Helmut Roewer
Unterwegs zur Welthererschaft – Bd. 1
Warum England den Ersten Weltkrieg auslöste und Amerika ihn gewann
364 Seiten/Kartonierte
Nr. P A1182 24,95 €

Im Sommer 1914 löste eine kleine Gruppe britischer Staatsbürger innerhalb von wenigen Tagen den Ersten Weltkrieg aus. Die Akteure waren Angehörige einer anglo-amerikanischen Geld- und Machtelite. Jahrelang hatten sie dieses Ereignis konsequent und heimlich vorbereitet. Ihr Ziel war es, die aufstrebende Wirtschaftsmacht Deutschland zu vernichten, die ihren globalen Phantasien im Wege stand. Das Deutsche Reich wehrte sich, bis es nach viereinhalb Jahren Kampf aufgeben musste. Dieses Buch schildert, was passierte. Der Autor: Helmut Roewer, geboren 1950, studierte Rechtswissenschaften, Volkswirtschaft und Geschichte. Von 1994 bis 2000 war er Präsident einer Verfassungsschutzbehörde. Heute lebt und arbeitet er als freiberuflicher Schriftsteller in Weimar und Skagen.

Helmut Roewer
Unterwegs zur Welthererschaft – Bd. 1
Band 2: Warum eine anglo-amerikanische Allianz Deutschland zum zweiten Mal angriff
398 S./Kart.
Nr. P A1183 19,99 €

Der Streit, den die Sieger des Ersten Weltkriegs um die deutsche Beute untereinander nicht beilegen konnten, führte zum Monstrum des Diktats von Versailles. Deutschlands Ruin folgte auf dem Fuße, denn den meisten ehemaligen Feindstaaten ging es lediglich darum, Reparationszahlungen zu erpressen. Die Auseinandersetzungen der Sieger verschärften sich, als amerikanische Finanzfirmen ihre Kredite bei den ehemaligen Verbündeten entrieben und mit ihren überschüssigen Dollars in Deutschland Geschäfte machen wollten. Mit der mutwillig erzeugten Weltwirtschaftskrise von 1929 verschoben sich die Fronten erneut, denn nunmehr wurden die Industrienationen auf das Niveau von Deutschland herabgedrückt.

Früher 19,95 €
Jetzt 5,95 €
Helmut Roewer
Der Mythos Ostpreußen
Auf den Spuren der Ordensritter
im Ermland, Oberland, und Masuren.
Laufzeit: 60 Minuten
DVD
Nr. P A0351 DVD 5,95 €

DVD – Von Memel nach Trakehnen in hist. Bildern
DVD mit historischen Aufnahmen (Laufzeit ca. 25 Minuten)
Nr. P 9292 DVD 19,95 €

Christoph von Weitzel (Bariton) / Ulrich Pakusch (Klavier)
Die schönsten Lieder aus Ostpreußen
Mit einem Geleitwort von Ruth Geede. Lieder: Land der dunklen Wälder; Zogen einst fünf wilde Schwäne; Schönster Schatz mein Augenrost; Ännchen von Tharau; Gott des Himmels und der Erden; Es stand ein Sternelein am Himmel; Dort jenes Brünlein; Es waren zwei Königs-kinder; An des Haffes anderem Strand; Abends treten Elche aus den Dünen; Es dunkelt schon die Heide und viele mehr. Laufzeit: 62 Min.
Nr. P 533171 CD 12,95 €

Heimat deine Sterne
Mit unvergessenen Stars aus Oper und Operette
Marika Röck, Benjamins Gigli, Heinrich Schlusnus, Erna Berger, Herbert Ernst Groh, Alfons Flügel, Maria Cebotari, Heinz Goedecke, Karl-Schmitt-Walter u.v.m. (Laufzeit 68 Minuten)
Nr. P 5854 CD 12,80 €

Adalbert Bieneck
Heimat deine Sterne
Roman über eine ostpreußische Familie im Verlauf von hundert Jahren 1903–2003
Durch ein nicht eingelöstes Versprechen sind die Eheleute Anna und Albert Kuhn in bittere Armut geraten. Harte Arbeit und handwerkliches Geschick verhelfen der kinderreichen Familie jedoch zum Besitz eines Bauernhofes im ostpreußischen Dorf Gansen. Sohn Richard und Tochter Hedi tragen zum hohen Ansehen der Familie bei. Hedi findet im Nachbarnsohn Franz ihre große Liebe, und die junge Familie baut auf eine gesicherte Existenz. Der Zweite Weltkrieg aber vernichtet alle Pläne, denn Franz muss als Soldat vier Jahre gegen Russland kämpfen. Als achtundzwanzigjährige Frau tritt Hedi mit ihren drei Kindern und der gehbehinderten Mutter die Flucht aus Ostpreußen an. Unter schwierigsten Umständen muss das „große Eis“ überwunden werden. Es kommt dabei zu unglaublichen Erlebnissen. Die Flüchtlinge stranden in Thüringen und finden später in Niedersachsen eine neue Heimat. 454 Seiten
Nr. P A0484 Gebunden 24,80 €

Lieferung erfolgt gegen Rechnung. Achtung, die Versandkostenpauschale beträgt nur € 4,50*, ab einem Bestellwert von 80,00 € ist die Lieferung versandkostenfrei* (* nur gültig bei Versand innerhalb Deutschlands). Auslandslieferung gegen Vorkasse. Dabei werden die tatsächlich entstehenden Portogebühren berechnet. DVDs und CDs sind vom Umtausch ausgeschlossen.

Anzahl	Bestell-Nr.	Titel	Preis €

VornameName

Straße/Nr.Telefon

PLZ/Ort

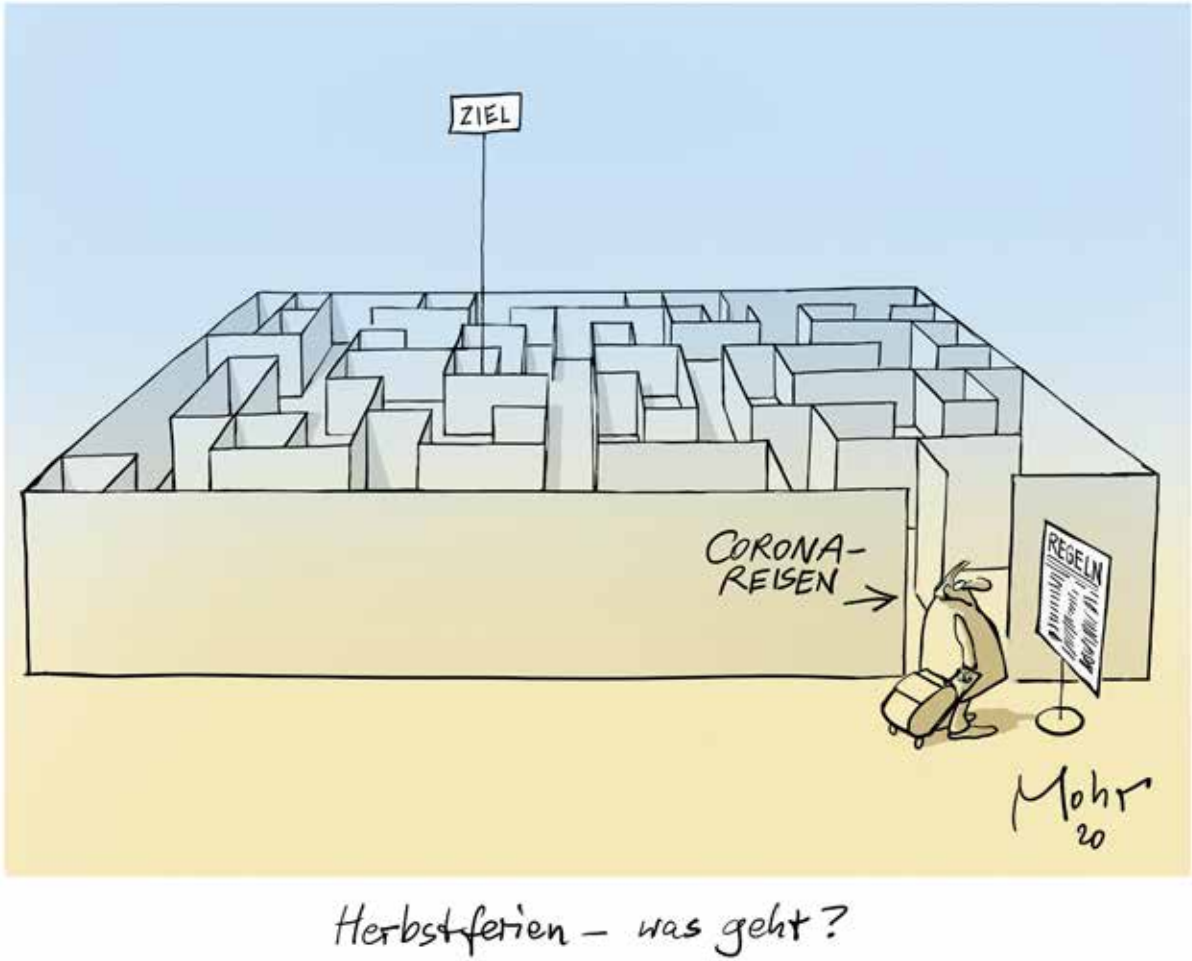
DatumUnterschrift

BÜCHER • KARTEN • KALENDER • FAHNEN/PINS • DVD/CD • SPIRITUOSEN • MARZIPAN • BERNSTEIN
Telefon 09 31/46 58 89 12 • Telefax 09 31/46 58 89 29 • www.rautenberg-buch.de
Telefonische Erreichbarkeit: Montags bis Freitags von 9.00 Uhr – 12.00 Uhr und 13.00 – 17.00 Uhr

● AUFGESCHNAPPT

Selbst die Tatsache, dass das Ehrenmal für die Gefallenen des Ersten und Zweiten Weltkrieges in der Kasseler Karlsau auch an Wehrmachtsdeserteure erinnert, hielt Linksextremisten nicht davon ab, das soeben für über drei Millionen Euro instandgesetzte Bauwerk zu beschmieren. Etwa mit einer „Ausbesserung“ wie „Deutschland muss sterben, damit wir leben können“. Laut Bekennerschreiben werde man „kein Gedenken an Mörder und Faschisten tolerieren“. Auszugehen sei davon, dass die Geehrten „tausende Verbrechen gegen die Menschlichkeit begangen haben“. Der Direktor der Museumslandschaft Hessen Kassel (MHK), Martin Eberle, meint, eine „heikle Sache“ sei das Denkmal für Gefallene, die gleichzeitig Opfer und Täter seien. Ihn ärgere, dass die Aktion vor Abschluss der Sanierung stattgefunden habe, erläuternde Schilder würden noch angebracht. Zudem sei die Gruppe nicht in den „Dialog“ mit der MHK getreten. Allerdings habe er in „gewisser Weise“ Verständnis für deren „Ansinnen“.

E.L.



DER WOCHENRÜCKBLICK

Der Ast knirscht

Warum wir gar keine Diktatur benötigen, und warum wir den wirtschaftlichen Aufprall nicht fürchten

VON HANS HECKEL

Es bleibt dabei: Jeder darf seine Meinung frei äußern. Und natürlich darf auch jeder wählen, was er möchte. Er muss dann aber auch mit den Folgen leben. So wie der US-Radsportler Quinn Simmons. Der hat im Netz durchblicken lassen, dass er am 3. November für Präsident Trump stimmen wolle. Prompt warf ihn sein Rennstall hinaus, wegen „spaltender, brandgefährlicher und schädlicher“ Äußerungen. Man unterstütze zwar das Recht auf Meinungsfreiheit, aber man werde „die Menschen für ihre Worte und Taten zur Rechenschaft ziehen“.

Na also, der wäre auch erledigt. Das Recht auf freie Meinung erinnert in der heute gelebten Form immer mehr an das Recht auf Ausreise, das allen DDR-Bewohnern zustand. Wer es jedoch in Anspruch nahm, von Peter Fechter bis Chris Gueffroy, der musste halt damit rechnen, „zur Rechenschaft gezogen“ zu werden. Oder wie es Margot Honecker aus dem chilenischen Exil einmal ausdrückte: Wer ohne Genehmigung über die Mauer wollte, der wusste ja, worauf er sich einlässt.

Das gilt auch für Michael Beleites. Der Sachse war in den 1980er Jahren einer der Protagonisten der DDR-Umweltbewegung, später Mitbegründer von Greenpeace in der DDR und verdient sein Geld heute mit dem biologischen Anbau und Verkauf von Blumen und Kräutertees.

Allerdings fungierte er auch von 2000 bis 2010 als Stasiunterlagen-Beauftragter des Freistaats Sachsen, was ihm womöglich nachgetragen wird. Nun haben sie ihn endlich. Beleites hat Beiträge veröffentlicht, die zwar inhaltlich niemand moniert, die aber in zwei Zeitschriften erschienen („Tumult“ und „Kehre“), die irgendwie auffällig sind. Klarer Fall für die „VG Verbrauchergemeinschaft Dresden eG“, die daraufhin ihre Geschäftsbeziehungen zu Beleites (und zu seiner Frau gleich mit, Sippe ist Sippe) beendete. Offizielle Begründung? Gibt's nicht, wozu denn?

PAZ-Autorin Vera Lengsfeld, die uns den Fall bekannt gemacht hat, fürchtet nun um die geschäftliche Existenz von Beleites. Aber der wusste ja schließlich, worauf ... oder nicht? Auch egal.

So wird unsere Republik von Woche zu Woche sauberer. Und auch demokratischer, denn beim Jagen und Denunzieren von Abweichlern darf jeder mitmachen. Sie und ich

ebenfalls: Am Verpetzen von Corona-Sündern können Sie schon mal üben, wobei es Ihnen besonders leicht gemacht wird, wenn Sie in Essen wohnen. Die Stadt hat ein eigenes Formular herausgegeben, mit dem wachsame Bürger Verstöße von Mitmenschen gegen die Corona-Regeln melden können. Es geht aber auch freihändig, wie ein Vorbild aus Neuruppin zeigt, wo ein eifriger Bürger eine Urlauberfamilie aus Berlin bei der örtlichen Polizeidienststelle gemeldet hat.

Hassredner, Spalter und Feinde der Zivilgesellschaft spießen solche Beispiele gern auf, um die Mär zu verbreiten, wir befänden uns auf dem Weg in eine neue Diktatur, eine „DDR 2.0“. Dem ist mit aller Härte entgegenzutreten. Wer behauptet, dass die Freiheit in Deutschland immer kleiner werde, ist ein Feind der Freiheit, dessen Freiheit eine Gefahr für die Freiheit darstellt und daher weg muss.

Zudem ist die Warnung vor der Diktatur völliger Unsinn. Eine solche benötigen wir doch gar nicht mehr, seit Nachbarn ihren Nachbarn streng auf die Finger schauen und klopfen. Diktatur ist nur nötig bei Völkern, die zu einem erheblichen Teil zur Widerständigkeit neigen. Bei uns ist das überflüssig, wir passen auf, weil wir gehorchen und Gehorsam fordern.

Zumindest, solange man uns füttert. Zum Glück ist Deutschland ein reiches Land, das Futter ist also gesichert. Nicht nur das: Während andere Länder hart für ihren Reichtum arbeiten müssen, ist der Reichtum der Bundesrepublik eine Art von natürlichem Aggregatzustand, an dem keine Macht der Welt rütteln kann. Deutschland ist reich und wird es immer bleiben.

Deshalb können wir auch unsere Energiesicherheit schwungvoll auf den Müll werfen und unsere industriellen Kerne tottrampeln. Deshalb dürfen wir unsere Sozialausgaben auch jedes Jahr um ein Mehrfaches schneller wachsen lassen als unsere Wirtschaftsleistung und nach Belieben Geld in die Welt streuen. Reich bleibt reich.

Wer an unserem grenzenlosen Reichtum Zweifel hegt, den machen wir platt. So hat es etwa jemand gewagt zu fragen, wie es sein könne, dass arme deutsche Rentner Flaschen sammeln müssen, derweil das reiche Deutschland pro Monat rund 5000 Euro oder mehr für „unbegleitete minderjährigen Flüchtlinge“, kurz MUFL genannt, ausgeben kann.

Die Methode kennen wir natürlich: Man kommt mit sogenannten Fakten, dabei sind

—
Wer behauptet, dass die Freiheit in Deutschland immer kleiner werde, ist ein Feind der Freiheit, dessen Freiheit eine Gefahr ist und daher weg muss

Fakten erwiesenermaßen unmoralisch, wie schon die Statistik über Ausländerkriminalität beweist. Wir entlarven solche Faktenmenschen mit dem moralischen Totschläger, dass sie das Schicksal von Rentnern und geflüchteten Schutzsuchenden schamlos gegeneinander ausspielen.

Das zieht immer, zumal es in Jahrzehnten harter Volkspädagogik gelungen ist, den Deutschen das Wissen über das Wesen von Politik gründlich auszutreiben. Früher wussten wir noch, dass es der Kern jeder Politik sei, Schwerpunkte zu setzen, man könnte auch sagen: Problemfelder und Aufgaben „gegeneinander auszuspielen“. In der Praxis hieß das: Da jede Mark nur einmal ausgegeben werden kann, muss man sich entscheiden, wofür. Das geht jedem Privatmann auch so, und bei den öffentlichen Geldern hat diese Entscheidung eben die Politik zu treffen. Dabei kümmert sich jede Regierung bei der Schwerpunktsetzung zunächst um die eigenen Bürger, bevor sie den Rest der Menschheit beschenkt.

Sie können es vermutlich kaum noch glauben, aber auf dieser zutiefst unmoralischen Annahme ruhte mal unser ganzes Gemeinwesen. Damals glaubte man auch noch, dass die Qualität der Streitkräfte an ihrer Kampfkraft zu messen sei und nicht an der Durchsetzung der Gender-Maßgaben. Oder dass die Schule breites Faktenwissen zu vermitteln habe statt unserer Werte der „Diversity“. Und dass es das Ziel der Wirtschaft sein müsse, materiellen Mehrwert zu schaffen statt die Welt zu retten.

Aus all diesen Verirrungen haben wir uns befreit. Wegen unseres Reichtums, der uns allerdings auch irgendwie peinlich ist. Er gehört uns nämlich gar nicht, weil unser Wohlstand nicht etwa der Leistung der Deutschen entsprungen sein soll, sondern der Ausbeutung der Dritten Welt! Welchen Anteil Senegalesen oder Somalier am deutschen Wirtschaftswunder genau hatten, konnte indes noch nie so genau ermittelt werden. Experten sprechen von etwa null. Aber das macht nichts. Selbstanklage mögen wir Deutsche.

Aber was ist, wenn unser Reichtum gar nicht so sicher ist und wir am Ast sägen, auf dem wir sitzen? Stört nicht. Zwar hören wir es schon knirschen am Astansatz. Doch wer noch nie auf dem harten Boden der Realität sitzen musste, den kann der Aufprall nicht schrecken, er kennt den Schmerz schließlich (noch) nicht. Also lasst uns weitersägen.

● STIMMEN ZUR ZEIT

Falls kein Impfstoff gefunden wird, will der Virologe die Corona-Vorschriften im Zweifel für immer aufrecht erhalten. Darüber ist Andreas Rosenfelder entsetzt. Er schreibt in der „Welt“ (8. Oktober):

„Ein weitgehend freies, ungestörtes Leben mit dem Virus, wie Schweden es anstrebt, ist für Drost ‚nicht tragbar‘ – ein dauerhaftes Leben in einer kontaktbeschränkten, verängstigten, unfreien Gesellschaft offenbar schon, mit allen fatalen Folgen für Kinder und Familien, Selbstständige und Künstler, Jugendliche und Einsame. Die Grundrechte einer offenen Gesellschaft gelten demnach nur bedingt, im konkreten Fall: in Abhängigkeit vom Erfolg einer Impfung gegen das Virus.“

Joachim Wagner, langjähriger Leiter des NDR-Magazins „Panorama“ und Moderator des „Berichts aus Berlin“, moniert im „Hamburger Abendblatt“ (10. Oktober) den einseitigen Blick auf Merkels „Wir schaffen das!“:

„Wer die zahlreichen rosarot gefärbten Bilanzen nach fünf Jahren ‚Wir schaffen das‘ liest, dem fällt auf, dass sie die Sonnenseiten der Integration etwa auf dem Arbeitsmarkt betonen, die Schattenseiten hingegen wie terroristische Gewalt und sexuelle Übergriffe von Asylbewerbern relativieren.“

Der Finanzexperte Manfred Gburek freut sich auf seinem Blog „gburek.eu“ (11. Oktober) darüber, dass die Kritik an immer neuen Sprach- und Denkvorschriften spürbar zunimmt:

„In Deutschland tobt gerade eine muntere Debatte um die Sprache einschließlich Sprachpolizei, um Begriffe und ihre seltsame Deutung, um Meinungsfreiheit und Gendergehab, ja um die Wahrheit als solche. Gut so, denn endlich merken die Bundesbürger, dass es außer dem Meinungsmonopol der Alt-Achtundsechziger und der „Rock gegen Rechts“-Veranstalter noch andere Ansichten von dieser Welt und ihren Bürgern gibt.“

Eine 26-jährige Studentin, die in einem Gesundheitsamt, Abteilung Corona-Verdachtsfälle, arbeitet und lieber anonym bleiben will, schilderte dem „Redaktionsnetzwerk Deutschland“ (13. Oktober) die Situation in ihrer Dienststelle:

„Bei uns brennt die Hütte. Was wir an Masse hier liegen haben, können wir mit der aktuellen Personaldecke nicht bewältigen. Wir schieben Überstunden wie verrückt, arbeiten am Wochenende durch und tun unser Bestes, aber es ist einfach unmöglich. Wir schaffen es nicht.“

● WORT DER WOCHE

„Wäre im April so viel getestet worden wie heute, dann wären auf dem Höhepunkt gut 10.000 Fälle mehr entdeckt worden.“

Clemens Fuest, Chef des Ifo-Instituts, rückt gegenüber „Börse online“ (12. Oktober) die Corona-Zahlen zurecht



Alle Beiträge von Hans Heckel finden Sie auch auf unserer Webseite unter www.paz.de